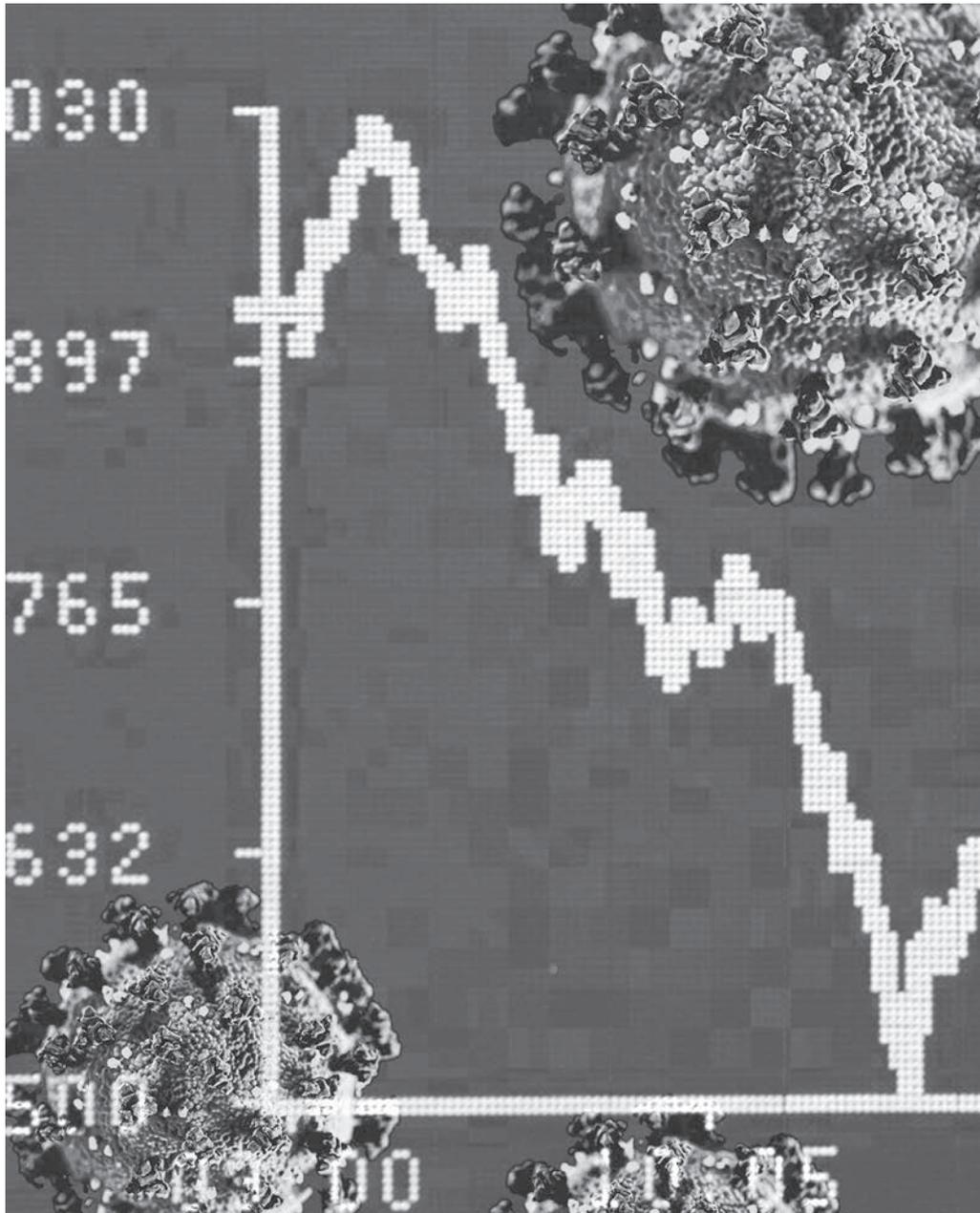


die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



COVID-19 – EINE GLOBALE SYSTEMKRISE

die internationale

Corona-Krise

Erklärung zur Corona-Krise, Büro der Vierten Internationale 3

COVID-19 in Afrika – ökonomisches und soziales Desaster, Klaus Engert..... 12

Aktionsplan gegen COVID-19, Koordination der ISO..... 19

Vorschläge für eine solidarische Gesundheitspolitik, Friedrich Voßkuhler und Janina Wilms..... 21

Arabische Länder

Pandemie und Ölkrise – naht ein zweiter arabischer Frühling? Interview mit Gilbert Achcar..... 24

Afrika

Ein anderes Afrika ist möglich! Erklärung der afrikanischen Organisationen für Klimagerechtigkeit zu Covid-19..... 29

Corona-Krise

Millionen haben nur eine Wahl: Hunger oder Covid-19, GRAIN..... 33

Ökonomie

Die Weltwirtschaft im Chaos, Michel Husson..... 39

inprekorr

Rassismus

Weltweite anti-rassistische Revolte! Büro der Vierten Internationale..... 47

Debatte

Antikapitalistische Strategie und Organisationsfrage, Júlia Cámara..... 50

Geschichte

Vor 90 Jahren Gründung der Linken Opposition der KPD, W. A...... 56

Letzte Seite

Sein aufmerksames Lächeln wird uns fehlen, Philippe Cyroulnik..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

ERKLÄRUNG DES BÜROS DER IV. INTERNATIONALE ZUR CORONA-KRISE

Die Corona-Krise bedroht Millionen von Menschen, beschleunigt den geopolitischen Umbruch und verschärft die gesellschaftlichen Spaltungen.

■ Büro der Vierten Internationale

Wir leben in Zeiten von Pandemie, wirtschaftlicher Depression, offenkundiger struktureller Ungleichheit und Unterdrückung infolge des Neoliberalismus, geopolitischer Konfrontation im Kampf um die globale Hegemonie und eines immer näher rückenden ökologischen Zusammenbruchs. All dies kommt in diesem Jahr zusammen, in dem die ganze Welt eine für unsere Generation beispiellose globale Pandemie erlebt.

Die Pandemie hat weltweit mehr als 400 000 Todesopfer gefordert (401 000 am 5. Juni), mit mehr als 6,8 Millionen offiziell registrierten Fällen in 216 Ländern. In der zweiten Märzhälfte - vor der Aufhebung des Lockdowns in Asien - waren mehr als 3 Milliarden Menschen zuhause eingesperrt.

Gegenwärtig lässt sich noch nicht beurteilen, ob und wie ausgedehnt eine zweite Infektionswelle sein wird und ob das Virus mutieren wird.

Längst nicht bloß ein Gesundheitsproblem

Gegenwärtig vereinen sich verschiedene langwierige Prozesse, die sich relativ autonom entwickelt haben und nun abrupt zusammentreffen: die ökologische Krise, die

Grenzen der Möglichkeiten des Neoliberalismus und die durch ihn verstärkte Ungleichheit sowie der Kampf um die geopolitische Hegemonie zwischen den alten imperialistischen Mächten und China. Diese Prozesse, die die 1945 geformte Welt strukturell verändern, treten heute deutlicher hervor und interagieren. Zweifellos stehen wir an einem geschichtlichen und für alle politischen Kräfte höchst bedeutsamen Scheideweg.

Die gefährlichen unterschiedlichen Krisen treffen momentan aufeinander und führen zu einer Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der schwersten seit den Weltkriegen des zwanzigsten Jahrhunderts. Gramsci nannte dies eine organische Krise: Es zeigen sich Risse im Gebälk der bürgerlichen Macht, ihr universeller Vertretungsanspruch beginnt zu bröckeln und bis dahin hegemoniale Gewissheiten entpuppen sich als das, was sie wirklich sind: Mittel zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung. Der gesellschaftliche Konsens bröckelt und die kapitalistische Richtschnur erscheint nicht mehr als das Beste für das Allgemeinwohl. Es kommt zu einer politischen Polarisierung und es öffnet sich ein politischer Raum, der von ökosozialistischen Antikapitalist*innen, aber auch von der extremen Rechten eingenommen werden kann, denn es werden gesellschaftliche Zerfallserscheinungen sichtbar.

Unser Entwurf für eine solidarische Gesundheitspolitik reicht erkennbar über den vom Kapitalismus gesetzten Rahmen hinaus. Unsere Gesundheit hängt von den Bedingungen ab, unter denen wir leben. Sie hängt davon ab, ob wir saubere Luft atmen, ob wir unbelastetes Wasser trinken, ob wir in der Lage sind, uns mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen, ob unsere Städte eine lebenswerte Umwelt bieten und so weiter. Kurzum, sie hängt davon ab, ob wir gut leben und ob unser Lohn ausreicht, uns ein gutes Leben zu sichern. Gesundheit ist ein physisches, soziales, kulturelles und ökologisches Gut, das die Grundlage für ein menschenwürdiges Leben bildet. Da die vom Kapitalismus geschaffenen Lebensbedingungen uns weder sozial noch kulturell noch ökologisch ein gutes Leben ermöglichen, geht eine solidarische Gesundheitspolitik über die vom Kapitalismus gesetzten Grenzen hinaus.

Die ökologische Krise

Entwaldung, Extraktivismus, kapitalistischer Produktivismus, die Zerstörung der Ökosysteme, die Massentierhaltung und die Zunahme von Fleischkonsum haben dazu geführt, dass Viren die Artenschranken leichter überspringen können. Drei Viertel der neuen Infektionskrankheiten, die seit 1960 aufgetreten sind, sind Zoonosen [von Tier zu Mensch und von Mensch zu Tier übertragbare Infektionskrankheiten]. Dazu gehören Ebola, AIDS, SARS, MERS und Covid-19. Die Globalisierung des Handels hat zu einer raschen weltweiten Ausbreitung der Viren geführt. Durch das Wachstum der Megastädte und der damit einhergehenden Slums verläuft die Ansteckung zwischen den Menschen zunehmend rascher. Insofern ist die Covid-19-Pandemie eine Konsequenz der sich überschneidenden Auswirkungen der Globalisierung.

Der Weltklimarat prognostiziert einen Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperaturen um bis zu 6°C bis 2100, was in den meisten Festlandsregionen und im Nördlichen Eismeer einen noch größeren Temperaturanstieg bedeutet, sowie einen signifikanten Anstieg des Meeresspiegels und weltweit häufigere und stärker ausgeprägte Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Waldbrände, Dürren, Überschwemmungen und verheerende Hurrikane/Taifune. Dies würde dazu führen, dass 3,5 Milliarden Menschen 19 % der Bodenfläche, einschließlich der Küstengebiete und tropischen Regionen, verlassen müssten. Diese Klimakatastrophe hätte neben anderen ökologischen Kipp-Punkten – vor allem dem Verlust der Biodiversität, der Entwaldung und dem Mangel an Trinkwasser – noch schrecklichere Folgen

als Covid-19, aber die Pandemie verschafft uns eine Vorstellung davon, zu welcher weltweiten Verheerungen solche Katastrophen führen können.

In einigen Teilen der Welt wird die gegenwärtige Pandemie von der Agrarindustrie genutzt, um die Zerstörung der Natur zugunsten kapitalistischer Projekte voranzutreiben. Ein Beispiel dafür ist Brasilien, wo im März und April die Abholzung der Amazonaswälder im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 29,9 % zugenommen hat. Dabei werden nicht nur die Wälder zerstört, sondern zugleich der Mord an den dortigen Völkern forciert, insbesondere an den indigenen Völkern, die von Covid-19 am stärksten betroffen sind. Daher ist es dringend geboten, dass unsere sozial-ökologischen Organisationen sich dem Kampf für den Schutz des Amazonas-Regenwaldes anschließen und für die vitalen Interessen der indigenen Völker während dieser Pandemie eintreten!

Die geopolitischen und ökonomischen Folgen für die Weltlage

Der Kampf um die Hegemonie zwischen China und den USA ist inzwischen verfestigt und spannungsgeladen, wobei beide Seiten eine aggressive Zuspitzung betreiben.

Chinas Wachstum während der letzten 50 Jahre vollzog sich in einer Art strategischer Partnerschaft mit den USA. Die Obama-Regierung hatte allerdings bereits versucht, auf Chinas bedrohliches Wachstum zu reagieren, indem sie es durch den 2015 unterzeichneten Transpazifischen Partnerschaftsvertrag (TPP) untergraben wollte. Doch infolge der geopolitischen Neuausrichtung unter Trump kündigte die US-Regierung das Abkommen im Januar 2017 und ließ damit Peking freien Spielraum. China konnte somit beginnen, sich als Verfechter des Freihandels und der wirtschaftlichen Globalisierung gegenüber dem nationalistischen Protektionismus der Washingtoner Regierung zu positionieren.

Die Auflösung dieser Allianz hat sich weltweit in allen Bereichen niedergeschlagen. Die USA und die Europäische Union (EU) sind von dieser Entwicklung am stärksten betroffen. Die bereits vom Brexit gebeutelte EU wird dabei der größte Verlierer sein. Ihre Unfähigkeit, in der Gesundheitskrise ein gesamteuropäisches Konzept zu vertreten, hat die EU zurückgeworfen: Die Mitgliedstaaten gingen bei Ausbruch der Krise in Europa nicht gemeinsam vor, sondern einseitig, indem sie unkoordiniert Grenzen schlossen, die Freizügigkeit aussetzten und Verkehrsverbindungen stoppten. Wochenlang erhielt Italien keine Hilfe, weder von Nachbarstaaten wie Frankreich

oder Deutschland (die zudem den Export von medizinischen Hilfsgütern und Ausrüstungen blockierten) noch auf EU-Ebene. Sogar aus China wurden mehr medizinische Ausrüstungsgüter geliefert.

Verschuldete Länder wie Spanien, Griechenland oder Italien werden an den EFSM (Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus) verwiesen, der eine spezielle Pandemie-Krisenhilfe in Höhe von 240 Milliarden Euro bereitstellt. Mit diesem Instrument werden als Ausgleich für die Kredite Sparmaßnahmen und Kürzungen der öffentlichen Dienstleistungen erzwungen.

In den USA gibt es Anfang Juni 40 Millionen Anträge auf Arbeitslosenunterstützung und man erwartet, dass die US-Wirtschaft zum Jahresende einen Rückgang von 5,8 % (IWF) erreichen wird. Vor dem Hintergrund der sozialen Krise (und der anschwellenden antirassistischen Protestwelle) finden im November die Präsidentschaftswahlen statt, was Auswirkungen auf die innen- und außenpolitische Entwicklung haben wird. Trump wird alle möglichen Mittel einsetzen, um wiedergewählt zu werden (einschließlich Betrug). Sein Ziel aber wird er nur schwer erreichen, da sein Ansehen bei der Hälfte der Bevölkerung stark gelitten hat. Die gegenwärtigen radikalen und breiten Mobilisierungen in den USA brachen explosionsartig aus und sind Ausdruck der sozialen und rassistischen Ungleichheit und der politischen Unzufriedenheit sowie der Erfahrungen, die eine neue Generation in ihren Kämpfen gesammelt hat. Zugleich erhalten sie Nahrung durch das katastrophale Vorgehen der Trump-Regierung gegen die Pandemie, die die schwarze Bevölkerung unverhältnismäßig stark trifft.

In den ärmeren Ländern werden die Menschen gleichermaßen unter Gesundheitsschäden und wirtschaftlichen Auswirkungen leiden. In Brasilien, Peru, Chile und Mexiko gibt es einen ersten Anstieg der Infektionszahlen. In Brasilien rechnen Gesundheitsexperten im Juni mit einer Explosion der Covid-19-Fälle, die durch die kriminelle Vorgehensweise von Bolsonaro noch verstärkt wird. Das Land leidet zugleich unter der sich explosionsartig verschärfenden Gesundheitskrise und einer wirtschaftlichen Rezession sowie einer schweren institutionellen Krise. Je stärker Bolsonaro isoliert ist, desto mehr appelliert er an seine radikale faschistisch indoktrinierte Basis, die von Teilen der Staatspolizei, der Armee und der Miliz unterstützt wird, um den Kongress und den Obersten Gerichtshof auszuschalten und unverhüllt als Diktator zu regieren.

In Afrika und im Nahen Osten sind die Gesundheitssysteme auf dem niedrigsten Niveau, was durch die ständigen Kriege noch verschlimmert wird. Auch wenn die Zahl der

an Covid-19 infizierte Menschen relativ niedrig ist, addieren sich die Risiken dieser Pandemie zu den chronischen Leiden: 2018 starben in Afrika bspw. 380 000 Menschen an Malaria, 607 000 an Tuberkulose und 2 bis 3 Millionen an Unterernährung.

Die Bevölkerung wird mit noch mehr Sparmaßnahmen und Unterentwicklung, fehlender Ernährungssouveränität, zunehmender Verschuldung und einem noch stärkeren Zugriff der multinationalen Konzerne und des einheimischen Großkapitals auf Wirtschaft und Ressourcen konfrontiert werden. Dies sind eben die Ursachen, die schon den revolutionären Prozess während des arabischen Frühlings ausgelöst haben und die nach Abklingen der Covid-19-Pandemie diesem Kampf neuen Auftrieb geben werden.

Die völlige Ungewissheit darüber, ob die wirtschaftliche Erholung V-förmig [mit schnell einsetzender Erholung] verlaufen wird, macht die Kapitalist*innen und ihre Regierungen eher noch aggressiver. Solange der Kapitalismus nicht besiegt ist, wird jede Vorstellung von einer anderen und besseren Welt „danach“ reine Utopie sein; die Welt wird sogar noch ungleicher sein. Der Kampf für eine anti-kapitalistische Alternative wird daher immer dringender.

Krise des neoliberalen Modells

Die Wurzeln dieser Krise liegen in der Globalisierung und alle schon bestehenden Krisen werden nach der Pandemie noch schärfer hervortreten. Außerdem zeigte die Covid-19-Pandemie schon, wie zerbrechlich die globalisierte kapitalistische Produktionsweise ist, deren einziges Ziel die Maximierung des Mehrwerts (mittels Wertschöpfungsketten und Anpassung der Produktion in den abhängigen Ländern an die Interessen der kapitalistischen Konzerne) und der Profitrate ist, die weitgehend unabhängig vom Wachstum ist. Nichtsdestotrotz werden die Kapitalist*innen auch in der nächsten Zeit darauf bestehen, so bald wie möglich das „business as usual“ wieder aufzunehmen.

Die forcierte Globalisierung und Sparpolitik waren bereits in den letzten Jahren an ihre Grenzen gestoßen: Seit der Finanzkrise 2008 haben die großen Zentralbanken, darunter die US-Notenbank, die EZB und die Bank of England, riesige Geldmengen in die Privatbanken gepumpt, um das gesamte Wirtschaftssystem am Laufen zu halten. Gleichzeitig ist trotz Null- oder Negativzins die Verschuldung der Staaten und der kapitalistischen Unternehmen sowohl in den USA als auch in Europa in die Höhe geschnellt.

Die Gelder, die die Zentralbanken in Hülle und Fülle verteilt haben, wurden von den Banken und den anderen kapitalistischen Konzernen nicht für produktive Investitio-

nen verwendet, sondern in den Finanzmarkt gesteckt. Dies führte zu einer Spekulationsblase auf dem Aktienmarkt, auf dem Anleihenmarkt (d. h. Schuldverschreibungen) und mancherorts auch im Immobiliensektor. Alle großen Unternehmen waren bereits zu Beginn dieser Krise überschuldet.

Eine tiefe Gesellschaftskrise

Infolge der Pandemie sind die Produktion und der Transport von Waren sowie die Nachfrage schlagartig eingebrochen.

Selbst in weniger stark von der Pandemie betroffenen Gebieten, wie z.B. Afrika (5 125 Tote bis 7. Juni), wo besonders Ägypten, Südafrika, Marokko und der Sudan betroffen sind, hat die Krise, die zunächst in China, dann in den USA und in der EU ausgebrochen ist, massive wirtschaftliche und soziale Auswirkungen: Das UN-Welternährungsprogramm WFP prognostiziert, dass sich 2020 die Zahl der hungernden Menschen, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, verdoppeln wird (2019 waren es dort 135 Millionen infolge von Kriegen und des Klimawandels).

Mit dieser Krise kehrt das Schreckgespenst des Hungers zurück zu den Ärmsten in der Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern. Besonders trifft es diejenigen, die keine oder nur prekäre Beschäftigung haben und keine Arbeitsrechte, zumeist farbige und aufgrund ihrer ethnischen und sozialen Zugehörigkeit ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen. Deswegen ist es von grundlegender Bedeutung, dass soziale Bewegungen Initiativen zur Organisierung der Klassensolidarität ergreifen, um den Hunger zu bekämpfen, was unmittelbare Auswirkungen auf die Möglichkeit der armen Bevölkerung hat, sich selbst politisch zu organisieren. Die Vorreiter solcher Initiativen sind Bewegungen unter den Farbigen und Migrant*innen (insbesondere in Brasilien, den USA und Europa), die eine maßgebliche Rolle bei der Organisierung des Volkswiderstandes gegen die Pandemie spielen.

Die Nahrungsmittelproduktion ist mittlerweile stark zentralisiert, wobei sich eine Handvoll großer Konzerne die verschiedenen Bereiche aufteilen. Viele dieser Produkte sind gesundheitsschädlich und Junk-Food trägt erheblich zu Übergewicht und Krankheiten bei, wovon zumeist die arme Bevölkerung betroffen ist, weil das Zeug billig ist und satt macht.

Die Auswirkungen auf die Arbeiter*innenklasse

Die Arbeiter*innenklasse einschließlich der Kleinbauern ist am stärksten von Covid-19 betroffen, was die Zahl der Toten angeht und indirekt durch Entlassungen, Kurzar-

beit oder Verlust sonstiger Erwerbstätigkeit sowie durch Lohnkürzungen.

Erste Untersuchungen, bspw. in den USA, Brasilien oder Frankreich, zeigen durchgängig, dass die meisten Covid-19-Todesfälle unter der einfachen Bevölkerung zu beklagen sind. Von 3,3 Milliarden Erwerbstätigen sind nach Schätzungen der ILO mehr als 80% von einer vollständigen oder teilweisen Betriebsschließung betroffen. In den USA wurden im April 20 Millionen Arbeitsplätze abgebaut und im März haben sich 30 Millionen Menschen neu arbeitslos gemeldet. In Großbritannien liegt die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe mit 950 000 zwischen dem 16. und 31. März zehnmal so hoch wie normal. In Europa hat die Kurzarbeit sprunghaft zugenommen. In Deutschland haben fast 500 000 Unternehmen im März Kurzarbeit eingeführt, zwanzigmal mehr als nach der Finanzkrise von 2008 in einem Monat.

In Afrika, Lateinamerika und Asien arbeiten viele Menschen in der informellen Wirtschaft, in Indien sind es sogar 90%. Diese informell Beschäftigten haben mit Covid-19 ihr Einkommen verloren und haben praktisch keine soziale Absicherung, keine Arbeitslosenunterstützung und kaum Zugang zur Gesundheitsversorgung. In etlichen Ländern sind darunter viele Migrant*innen, die entweder innerhalb des Landes vom Land in die Städte ausgewandert sind (Indien, große Teile Afrikas) oder aus anderen Staaten stammen (in den Golfstaaten aus Asien, in den USA aus Süd- und Mittelamerika etc.). Diese Arbeiter*innen sind zweifach gefährdet, nicht nur durch die verheerenden wirtschaftlichen Folgen, sondern auch durch rassistische Diskriminierung. Die IAO geht davon aus, dass weltweit 1,6 Milliarden Menschen – drei Viertel der informell Beschäftigten weltweit – im zweiten Quartal Gefahr laufen, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Sie schätzt, dass das weltweite Arbeitsaufkommen im zweiten Quartal um 6,7% zurückgehen könnte, was 195 Millionen Vollzeitstellen bei einer 48-Stunden-Woche entspricht, davon 125 Millionen in Asien, 24 Millionen in Nord- und Südamerika und 20 Millionen in Europa. Eine Studie der Afrikanischen Union geht von 20 Millionen weniger Arbeitsplätzen auf dem Kontinent und einer Zunahme der Verschuldung aus.

Verschärfte Diskriminierungen aufgrund von Covid 19

Am stärksten von der Pandemie betroffen sind in der Regel diejenigen, die unter den prekärsten Bedingungen arbeiten. In New York ist dies die schwarze Bevölkerung in der

Bronx und in den gesamten USA sind es die Ureinwohner und die Schwarzen; in der Region Paris sind es die rassistisch diskriminierten Einwohner*innen von Seine St. Denis, in Brasilien die Schwarzen in den Favelas. In Indien ist ein großer Teil der Menschen, die auf der Straße oder in den Schlafstätten der Slums leben, Muslime, die von den Vermieter*innen und dem Staat umgehend verjagt wurden, als Modi sehr schnelle und drakonische Maßnahmen zum Lockdown verhängte – was zu einer gewaltigen Binnenmigration führte. Für die Philippinen wird geschätzt, dass mehr als 70 000 Wanderarbeiter*innen im Ausland zur Rückkehr gezwungen werden, nachdem sie infolge der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Einige von ihnen arbeiteten im Baugewerbe, aber die Mehrheit im Gastgewerbe, einschließlich der Kreuzfahrtschiffe. All diese Bevölkerungsgruppen haben ein höheres Krankheitsrisiko infolge prekärer Ernährungs- und Wohnverhältnisse und ihrer Tätigkeit als Wanderarbeiter*innen.

■ In Europa, den USA und Kanada, Lateinamerika, Indien, China und im Nahen Osten haben Gewalt gegen Frauen und die Ermordung von Frauen unter den obwaltenden Umständen um 30-100% zugenommen.

■ In den USA, der Karibik und Südamerika (insbesondere in Brasilien) leiden die Bevölkerungsgruppen afrikanischer Herkunft, da sie mehrheitlich zu den Armen zählen, viel stärker unter Pandemie, Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust aus informeller Beschäftigung und staatlicher Gewalt.

■ Alle vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge, die in Lagern leben (Syrer*innen, Palästinenser*innen, Uiguren, Rohingya in Bangladesch), sind von dieser Situation noch stärker betroffen.

■ Am Arabischen Golf befinden sich heute Millionen von Arbeitsmigrant*innen aus Südasien in einer äußerst prekären Situation, da sie ohne Arbeit und mittellos sind.

■ Schüler*innen und Student*innen aus einfachen Verhältnissen leiden am meisten unter der Schließung der Bildungsstätten und der Umstellung auf Online-Unterricht, da keinerlei Maßnahmen ergriffen wurden, um Computer und Internetzugang für alle zu gewährleisten. Besonders bei jüngeren Kindern ist die Wahrscheinlichkeit am größten, dass sie dabei zuhause nicht ausreichend unterstützt werden können.

Abbau demokratischer Rechte

Viele Länder haben mit der Verhängung des Ausnahmezustands (Lockdown) Einschränkungen der demokratischen Rechte vorgenommen. In vielen Ländern wurden

Ausnahmegesetze verhängt und Oppositionelle verhaftet. Auf den Philippinen zum Beispiel nutzte Duterte die Pandemie, um seine repressive Politik und die Kontrolle der Bevölkerung weiter auszubauen. Dasselbe gilt für Hongkong, wo die Regierung in Peking die demokratischen Rechte weiter einschränkt. In Lateinamerika gilt das Gleiche bspw. für Brasilien, Kolumbien, Chile, Ecuador und Bolivien. In vielen Ländern sind die Isolations- und Kontrollmaßnahmen eine willkommene Gelegenheit, neue polizeiliche Methoden auszuprobieren, mit denen Bewegungen der Menschen mit technischen Mitteln nachverfolgt und überwacht werden können.

Das Ziel dabei ist natürlich, diese Maßnahmen zu verstetigen. Dies gilt umso mehr, als es vor der Pandemie in vielen Ländern, etwa in Hongkong, Algerien, Chile und Frankreich, zu zahlreichen sozialen Mobilisierungen gegen die Folgen der kapitalistischen Politik gekommen war. Da die herrschenden Klassen die sozialen Ungerechtigkeiten weiter verschärft hatten, befürchteten sie zu Recht ein Wiederaufleben der sozialen Mobilisierungen. Sie bereiten sich deshalb darauf vor, indem sie ihre repressiven Arsenale verstärken. Nichtsdestotrotz sind in Hongkong trotz Covid-19 bereits Menschen gegen die demokratiefeindlichen Gesetze der Pekinger Regierung auf die Straße gegangen und in Brasilien entsteht eine breite Bewegung, die Bolsonaro's Amtsenthebung fordert. In den nächsten Monaten ist mit vielen sozialen und politischen Mobilisierungen zu rechnen.

Die gegenwärtigen Proteste in den USA als Reaktion auf die Hinrichtung von George Floyd durch die Polizei von Minneapolis (eine Truppe mit einer langen Tradition von besonders eklatantem Rassismus) stehen in der Kontinuität der Black Lives Matter-Bewegung. Zugleich sind sie Ausdruck der überproportionalen Betroffenheit der schwarzen Bevölkerung von den politischen Maßnahmen der Trump-Regierung gegenüber der Pandemie.

Soziale Bewegungen und Antikapitalist*innen müssen sich gegen die Gewalt der aggressiven Politik organisieren

Da die Gesundheitsrisiken immer noch stark vorhanden sind und das einzige Ziel der herrschenden Klasse darin besteht, ihre Profite wiederherzustellen, steht die Arbeiter*innenklasse vor zweierlei Gefahren. Unternehmensschließungen und Entlassungen werden zunehmen und Löhne werden eingefroren oder gekürzt werden. Zugleich sind aber auch Gesetze zum Schutz der Arbeitsrechte (wo es sie gibt) während des Lockdowns weithin

beschnitten worden und es gibt Tendenzen, dies noch auszuweiten. In Indien z.B. drängt die Regierung Modi die Bundesstaaten zu solchen Maßnahmen und in Uttar Pradesh und Madhya Pradesh wurden die Rechte der Gewerkschaften ausgesetzt, gleichzeitig wurden die Hygiene- und Sicherheitsvorschriften für neue Inbetriebnahmen und Entlassungen erleichtert.

In verschiedenen Ländern wie Deutschland, dem spanischen Staat, den USA und Brasilien demonstrierten während des Lockdowns rechtsextreme Gruppen gegen die Isolationsmaßnahmen und verbreiteten rassistische und fremdenfeindliche Propaganda mit einem Mischmasch aus Verschwörungstheorien, Nationalismus und weißem Vorherrschaftsdenken. In Indien waren die 200 Millionen Muslime Zielscheibe rassistischer Kampagnen, in denen ihnen vorgeworfen wurde, für die Epidemie verantwortlich zu sein. Diese Gruppen versuchen, aus der sozialen und politischen Krise, die in vielen Ländern während und nach dem Lockdown herrscht, Kapital zu schlagen.

Aber in zahlreichen Ländern waren trotz der Isolationsmaßnahmen soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Gemeinschaften aktiv, um die zahlreichen Aktionen und Mobilisierungen fortzuführen, die vor dem Lockdown von Gewerkschaften, politischen Organisationen oder sozialen Bewegungen betrieben wurden. Dies waren bspw. Mobilisierungen gegen sexuelle oder rassistische Gewalt oder für das Recht auf Wohnraum, betriebliche Kämpfe wie die der Beschäftigten des Gesundheitswesens in Frankreich, antiautoritäre und demokratische Bewegungen in Chile, Libanon, Algerien, Hongkong und natürlich die Klimabewegung mit ihren Aktivitäten während der vorangegangenen Monate. In einigen Ländern ist aus dieser Situation eine neue soziale Bewegung entstanden, in der es um gegenseitige Hilfe und um die interessante Frage geht, ob man in der gegenwärtigen Lage „innerhalb und zugleich gegen den Staat“ etwas unternehmen kann, was vielleicht auch längerfristig Bestand hat und zum Aufbau von Gemeinschaftsstrukturen führt, wo es solche vorher nicht im gleichen Umfang gab. Die Pandemie und was damit über die Gesellschaft offenbart wurde, in der wir leben, wird sicherlich diese Mobilisierungen und die Entschlossenheit der Bewegungen stärken, solange für ihre Ziele zu kämpfen, bis sie Erfolg haben.

Während der Abriegelung entstanden vielerlei autonome Initiativen in den Betrieben und in den Regionen im Widerstand, auf dem Land und in den Städten. Beispiele für solche Initiativen in der Bevölkerung oder organisierte Strukturen finden sich in der Landwirtschaft, unter Indige-

nen, Arbeitslosen, Menschen und Gemeinschaften in den Außenbezirken der Großstädte, feministischen Solidaritätsnetzwerken u.a. Daraus entstanden sehr interessante alternative Ansätze, wie z.B. die kollektive Herstellung von Stoffmasken, die der Bevölkerung gespendet werden, um Ansteckungen zu vermeiden, Spenden und alternative Produktion von Nahrungsmitteln, Verteidigung des öffentlichen und allgemein verfügbaren Gesundheitswesens, Kritik an der wachsenden Gewalt gegen Frauen und der zermürbenden Pflegearbeit, die von diesen während der Isolation zu Hause geleistet werden muss, etc.

Eine Folge der Krise ist, dass sie viel breiteren Bevölkerungsschichten gezeigt hat, dass es verschiedene Arten von Arbeit gibt, nämlich die, die Gebrauchswerte schafft – un-abdingbare Arbeit –, und diejenige, die bloß um des Profits willen existiert. Es ist deutlich geworden, dass die Arbeit in der sozialen Reproduktion im Gesundheits- und Pflegebereich lebenswichtig ist, sei es zu Hause oder (schlecht) bezahlt im staatlichen oder privaten Sektor. Dies ist deutlich geworden sowohl im Allgemeinen als auch im Besonderen durch Aktionen der Wertschätzung, die Gemeinschaften der Arbeiter*innenklasse dieser lebensnotwendigen Arbeit entgegenbringen. In vielen Ländern wurden diese Aktivitäten (Beifall), die zunächst die Leistung des Gesundheitspersonals würdigten, dahingehend ausgeweitet, dass sie alle „systemrelevanten“ Arbeitskräfte einschlossen, insbesondere im Post- und Transportwesen sowie im Lebensmittelvertrieb und im Einzelhandel. Dabei wurde der hohe Anteil von Frauen, Schwarzen und Migrant*innen in diesen Sektoren besonders gewürdigt.

Gleichzeitig hat der massive Rückgang des Flugverkehrs und in geringerem Maße auch des Straßenverkehrs zu unerwarteten „Kollateralgewinnen“ geführt. Die Abnahme der Luftverschmutzung in Tausenden von Städten, die „normalerweise“ im Smog ersticken, und auch der Lärmbelästigung hat dazu geführt, dass viele zum ersten Mal seit Jahrzehnten – oder überhaupt jemals – die Vögel singen hören konnten.

In vielen sozialen Bewegungen und Teilen der Arbeiter*innenbewegung beginnen Diskussionen unter dem Stichwort #buildbackbetter, die die alte „Normalität“ infrage stellen: Armut trotz gesellschaftlichen Wohlstands, Obdachlosigkeit, prekäre Arbeitsbedingungen, Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung von Schwarzen und Migrant*innen, Umweltverschmutzung und weite Lebensmitteltransportwege und andere Aspekte der Umweltkatastrophe.

Während des Lockdowns und nach seiner Aufhebung gab es auch viele Aktionen und Streiks von Arbeiter*innen, in denen es um mehr Sicherheit, Herstellungsstopp für

nicht-notwendige Produkte, Sicherstellung der Arbeitsrechte und der Lohnfortzahlung ging. So streikten bspw. in vielen Ländern Beschäftigte von Amazon oder Beschäftigte in Catering- und Transport- oder Logistikunternehmen.

Insofern werden die sozialen Bewegungen in den kommenden Monaten vor der wesentlichen Herausforderung stehen, die lohnabhängige Bevölkerung für die Verteidigung ihrer Gesundheit und ihrer Rechte und gegen den drohenden sozialen Kahlschlag zu organisieren, der sich gegen die Arbeitsplätze, sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten richten wird, und zugleich eine nachhaltige Beziehung zwischen der menschlichen Bevölkerung und der Umwelt herzustellen.

Unsere Sofortforderungen angesichts von Gesundheitskrise, Wohnungsnot, Erwerbslosigkeit, Erziehungsnotstand, Flüchtlingselend und Umweltzerstörung

- Überall, und insbesondere in den von der Pandemie betroffenen Regionen, müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden, damit Screening-Kits breit verfügbar sind und die Zahl der Intensivbetten und Beatmungsgeräte erhöht wird. Geeignete Schutzmasken und immunologische Tests für die gesamte Bevölkerung müssen überall gewährleistet werden.

- Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben nur mit Gesundheitsschutz der Beschäftigten: Bereitstellung von Schutzmitteln (Masken, Desinfektionsmittel, Schutzbrillen, Handschuhe) zum Schutz für alle Beschäftigten und Anrecht auf sofortige Einstellung der Arbeit, wenn die Sicherheitsbedingungen nicht eingehalten werden.

- 100%ige Übernahme der Verantwortung der Unternehmen und/oder des Staates für die Lohnfortzahlung der Beschäftigten in Kurzarbeit, einschließlich der Migrant*innen, prekär Beschäftigten, Zeitarbeiter*innen, Hausangestellten, (Schein-)Selbständigen und Saisonarbeiter*innen, ohne die Verpflichtung, Urlaubstage zu nehmen oder die nicht geleistete Arbeitszeit nachzuholen. Verpflichtung des Staates, die Löhne der Beschäftigten zu zahlen, deren Betriebe während der Krise die Lohnfortzahlung verweigern. Die Regierung muss dann die Kosten dafür wieder hereinholen, indem sie die Unternehmen, die die Löhne zurückgehalten haben, mit einer Geldstrafe belegt.

- Bereitstellung eines garantierten Mindesteinkommens durch den Staat, das für ein menschenwürdiges Leben ausreicht, auch für die Beschäftigten im informellen Sektor, für Arbeitslose, für Studierende und für alle Bedürftigen.

- Verbot von Entlassungen und Betriebsschließungen durch die Kapitalist*innen, Wiedereinstellung von

Beschäftigten, die seit Beginn der Pandemie entlassen wurden.

- Wiedereröffnung der Schulen unter sicheren Bedingungen für Schüler*innen und Lehrer*innen. Keine Bestrafung von Studierenden für ausgefallenen Unterricht.

- Ablehnung jeglicher zwangsverordneter und außerordentlicher Maßnahmen zur Aussetzung sozialer Rechte, einschließlich des Streikrechts, und insbesondere der Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen nach Aufhebung des Lockdowns.

- Stopp aller Zwangsräumungen von Mieter*innen, Aussetzung von Mieten, Privatkrediten und Wasser-, Strom und Gasrechnungen, Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für alle, die in prekären Verhältnissen oder ohne Unterkunft leben, Beschlagnahme leerstehender Wohnungen.

- Bereitstellung angemessener sozialer Fürsorge für Behinderte, ältere Menschen und all jene, die durch den Lockdown sozial isoliert sind oder waren.

- Einrichtung sofortiger Nothilfemaßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, mit unverzüglicher Entscheidung, gewalttätige Ehepartner fernzuhalten oder alternative Unterkünfte für die Opfer bereitzustellen. Garantierter und unverzüglicher Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungen als lebenswichtige medizinische Maßnahmen.

- Umwandlung von geschlossenen Heimen für Flüchtlinge in offene Aufnahmezentren mit sanitären Einrichtungen. Sofortige Legalisierung aller Migrant*innen und Flüchtlinge ohne Papiere, um ihnen den Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen zu ermöglichen und Beendigung aller Ausweisungen. Sofortige Schließung der massiv überfüllten Auffanglager für Migrant*innen, insbesondere in Moria auf Lesbos und entlang der US-mexikanischen Grenze.

Im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Interessen der breiten Bevölkerung und die sozialen Bedürfnisse ins Zentrum einer Reihe von Dringlichkeitsforderungen stellen!

1 Alle wesentlichen Bereiche des Gesundheitssystems, einschließlich der Krankenversicherung und der pharmazeutischen und biotechnologischen Industrie sowie der gesamten medizinischen und pharmazeutischen Forschung und Entwicklung, müssen entprivatisiert und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Patente auf Medikamente, Wissen und medizinische Produkte müssen abgeschafft werden. Medizinische Forschung muss international und im Sinne

der Solidarität stattfinden und ausschließlich dem Dienst an der Menschheit gewidmet sein. Wissen und Technologien müssen jedem Land frei zugänglich gemacht werden.

2 Dies muss mit der Entwicklung einer kostenlosen sozialen Infrastruktur für Pflege, Betreuung und Gesundheit einhergehen. Die wesentlichen Arbeitsplätze der sozialen Reproduktion, die überwiegend oder sogar ausschließlich von Frauen besetzt sind, müssen sozial aufgewertet und besser entlohnt werden.

3 Es versteht sich von selbst, dass im Rahmen dieser Umstrukturierung des Gesundheitswesens alle privaten Krankenhäuser unter öffentliche Kontrolle gestellt und in gesellschaftliches Eigentum überführt werden müssen. Ein einheitlicher Gesundheits- und Krankenhaussektor ist unerlässlich.

4 Reinigungs- und andere Dienste, die für den Betrieb von Krankenhäusern und anderen Pflegeeinrichtungen notwendig sind, müssen wieder in öffentliche Hände gelegt werden. Die dort Beschäftigten müssen angemessen bezahlt und ihre gesundheitliche Unversehrtheit am Arbeitsplatz gewährleistet werden.

5 Um all dies finanzieren zu können, muss die gesamte Rüstungsproduktion eingestellt und die Produktion auf sozial nützliche Erzeugnisse umgestellt und die dabei freiwerdenden Mittel in den Ausbau des Gesundheitswesens investiert werden.

6 Finanzierung der Kosten für den Ausbau des Gesundheitssystems durch Sondersteuern auf hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen. Es muss alles getan werden, um sicherzustellen, dass die Kosten der Krise von denen getragen werden, die in den letzten Jahrzehnten auf Kosten der Allgemeinheit riesige Gewinne eingefahren und Vermögen angehäuft haben.

7 Die Arbeitsbedingungen dürfen die Menschen nicht krank machen, sondern müssen ihrer Weiterentwicklung und Gesundheit förderlich sein. Dies ist besonders dringlich für ungelernete Arbeitskräfte in der Fleischindustrie, Landwirtschaft, Altenpflege und den Lieferdiensten. Arbeitssicherheit, angemessene Sanitär- und Hygienemaßnahmen müssen gewährleistet sein. Verkürzung der Arbeitszeiten und bessere Pausenregelungen.

8 Beschlagnahme menschenunwürdiger Wohnungen und städtisch geplanter Ersatz durch qualitativ hochwertige Sozialwohnungen.

9 Stärkung und Erweiterung des öffentlichen Bildungssystems statt Privatisierungen. Aufbau von Unternehmen, die Internet-Lernpakete anbieten.

10 Übertragung der wichtigsten Social-Media-Plattformen in öffentliches Eigentum. Facebook, WhatsApp, Amazon

und Zoom, die massiv vom Lockdown profitieren und Daten sammeln, die in Zukunft enorme Gewinne versprechen, müssen entschädigungslos enteignet werden (sie haben bereits zu viel geschneffelt) und als gemeinnützige, transparente, öffentliche Dienste betrieben werden.

11 In jedem Land sollten die Bestattungsunternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden. Privatunternehmen darf nicht gestattet werden, vom Tod zu profitieren und die Trauer der Menschen für ihre Profitmaximierung zu missbrauchen.

12 Nachhaltige Landwirtschaft und globale Nahrungsmittelgerechtigkeit, Neuordnung der Produktions- und Verteilungskreisläufe entlang der sozialen Bedürfnisse. Reduzierung der Lebensmitteltransportwege und des Fleischkonsums. Schluss mit der Entwaldung, besonders der zum Wohle der Agrarindustrie.

13 Enteignung der Privatbanken ohne Entschädigung der Großaktionäre und Vergesellschaftung des Finanzsystems unter der Kontrolle der Bürger*innen, Aufhebung aller Bankgebühren auf Privatkonten und Bereitstellung von zinslosen Krediten für die Arbeiter*innenklasse zur Befriedigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse, Einfrieren der Bankschulden von Familien, Mikrokredite und Mieten? sowie sichere Versorgung aller mit Wasser, Strom, Gas und Internet.

14 Sofortige Aussetzung der Rückzahlung öffentlicher Kredite, um ausreichende Mittel zu mobilisieren, die die Länder für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung während der Pandemie benötigen. Die Aussetzung der Schuldendienste muss mit einer Überprüfung unter Bürgerbeteiligung kombiniert werden, um den unrechtmäßigen Teil zu auszumachen und zu streichen.

15 Öffnung der Grenzen für die sichere Aufnahme von Migrant*innen, mit Schaffung eines legalen Status und Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten.

16 Die Bekämpfung der Diskriminierung bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen für Indigene, Migrant*innen, Schwarze, Frauen, LGBTIQ und Behinderte kann nur durch positive Maßnahmenprogramme zur Bekämpfung jahrhundertelanger institutioneller Diskriminierung und durch die ständige Konsultation und Beteiligung dieser Gemeinschaften an einer echten Entscheidungsfindung erfolgen, um Dienste zu schaffen, die wirklich den Bedürfnissen aller entsprechen.

Eine andere Welt ist dringend geboten!

Die gegenwärtig zusammenfallenden Krisen erfordern eine antikapitalistische Politik mit einer ökosozialistischen

Perspektive, da sie die Lebensgrundlagen der Menschen gefährden. Sie zeigen, wie dringend geboten eine Gesellschaft auf der Grundlage sozialer Bedürfnisse ist, die von und für die Arbeiter*innenklasse organisiert ist und in der die Banken und die wichtigen Produktionsmittel in öffentlichem Besitz sind. Und diese Krise zeigt die dringende Notwendigkeit, die Ursachen des Klimawandels zu bremsen, den Umweltzerstörungen Einhalt zu gebieten, die „unser gemeinsames Haus“ zerstören, die Biodiversität verringern und den Weg für die heutigen Seuchen, wie z.B. durch Viren induzierte schwere Atemwegssyndrome, freimachen.

So wie es in den ersten Jahren des Neoliberalismus Bestrebungen und soziale Bewegungen gab, die sich unter der Parole „Eine andere Welt ist möglich“ zusammenschlossen, so müssen wir uns heute zusammenschließen, um zu erklären: „Eine andere Welt ist dringend geboten“! Wir brauchen gemeinsame internationalistische Aktionen, die uns Wege zu einer Welt aufzeigen, in der das Leben mehr wert ist als der Profit und in der die Natur aufhört, eine Ware zu sein. Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich, dass ein bedeutender Teil der kapitalistischen Produktion rein räuberisch, völlig überflüssig und verschwenderisch ist.

Anfang der 2000er Jahre brachte die Bewegung für globale Gerechtigkeit Millionen von Menschen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften unter Beteiligung radikal linker Organisationen zusammen. Heute müssen wir solche Zusammenschlüsse herstellen, die zum Kampf gegen Kapitalismus, Klimawandel und Diskriminierungen aufrufen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es in verschiedenen Ländern und auf internationaler Ebene bereits einige Initiativen. Die Organisationen und Aktivist*innen der Vierten Internationale werden sich für den Erfolg solcher Initiativen einsetzen. Es besteht ein dringender Bedarf an sozialen, antikapitalistischen und revolutionären Organisationen und Strömungen, die gemeinsame Aktionen auf regionaler und internationaler Ebene koordinieren, diskutieren und durchführen.

Es wird unmöglich sein, zum sogenannten Normalzustand vor der Corona-Krise zurückzukehren, der ein kapitalistischer „Normalzustand“ war, der als solcher schon die Zukunft der Menschheit und des Planeten bedrohte. Es ist dringend notwendig, zu einer neuen Gesellschaft überzugehen, die auf sozialen Bedürfnissen basiert, die von und für die Arbeiter*innenklasse organisiert ist und in der die Banken und die wichtigen Produktionsmittel in öffentlichem Besitz sind. Deshalb

braucht es eine radikale sozial-ökologische Umbauperspektive.

8. Juni 2020

Büro der IV. Internationale

■ Übersetzung: MiWe



COVID-19 IN AFRIKA – ÖKONOMISCHES UND SOZIALES DESASTER

“Political independence has no meaning if it is not accompanied by rapid economic and social development”. (Politische Unabhängigkeit bedeutet nichts, wenn sie nicht von einer schnellen ökonomischen und sozialen Entwicklung flankiert wird) Patrice Lumumba, Rede auf der All-African Conference in Leopoldville, August 1960

■ Klaus Engert

Diese Feststellung des aufgrund seiner antiimperialistischen Politik kurz nach seinem Amtsantritt als erster Präsident des Kongos nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit 1961 ermordeten Patrice Lumumba hat seine Gültigkeit bis heute behalten. Zwar hat in einer Reihe von Staaten des subsaharischen Afrikas, um das es in diesem Artikel geht, in den letzten Jahrzehnten nach der politischen Unabhängigkeit eine gewisse ökonomische Entwicklung stattgefunden, aber die soziale Entwicklung ist, vorsichtig gesagt, weit dahinter zurückgeblieben. Im Rahmen der derzeitigen Pandemie wird das – wieder einmal – offensichtlich.

Afrika – weniger von COVID betroffen?

Die renommierte britische medizinische Fachzeitschrift *Lancet* veröffentlichte kürzlich ein Editorial¹ unter dem Titel „COVID-19 in Africa: no room for complacency“, in dem unter anderem darauf hingewiesen wurde, dass einerseits Afrika die niedrigsten gemeldeten Zahlen an Infektionen und Todesfällen aufweist, dies andererseits aber

angesichts des schlechten Zustandes der Gesundheitssysteme und der Infrastruktur, und zusätzlich der verheerenden sozialen Lage auf dem Kontinent, ein Paradox darstelle.

Dieses vermeintliche Paradox lässt sich auflösen: Die regelmäßig veröffentlichten Zahlen sind schlicht nicht glaubhaft. Selbst wenn man in Betracht zieht, dass im Gegensatz zu den industrialisierten Staaten des globalen Nordens eine völlig andere Altersstruktur vorliegt (in Afrika sind 60 % der Bevölkerung unter 25 Jahre alt, in Europa gut 26 %)², so würde das zwar, da die Mortalität mit zunehmendem Alter steil in die Höhe geht, allenfalls eine niedrigere Sterblichkeit an SARS COVID-19 erklären, nicht jedoch eine niedrigere Infektionsrate. Dass die Zahlen so niedrig sind, belegt – wenn sie überhaupt irgendetwas belegen –, dass nicht ausreichend getestet wird.

Dass die Regierungen der afrikanischen Länder diese Zahlen selbst nicht glauben, zeigt sich an den getroffenen Maßnahmen: Mehr oder weniger frühzeitig wurde zu den gleichen Mitteln gegriffen wie in Europa. Von Ausgangssperren über Schließung der Außengrenzen und

Flughäfen, Verbot öffentlicher Veranstaltungen bis hin zur Schließung von Binnengrenzen zwischen den Bundesstaaten wie in Nigeria wurde das gesamte Arsenal an Mitteln zur Eindämmung der Pandemie aufgeboten. Die Erfolge sind durchaus zweifelhaft – je mehr inzwischen getestet wird, desto steiler gehen die Zahlen an Infektionen und Todesfällen nach oben. Dabei muss man anmerken, dass die Angst vor dem Virus sozusagen ungleich verteilt ist. Am meisten Angst hat die herrschende Elite, die durch den weltweiten Lockdown kaum mehr eine Möglichkeit hat, sich diskret ins Ausland abzusetzen.

Mit dem Testen war und ist es übrigens auch nicht so einfach. Die massiven Testkampagnen im globalen Norden führten zum Mangel an entsprechender Ausrüstung im Süden. Gegenüber der BBC äußerte sich im April Professor Robin Wood vom Desmond Tutu HIV Center in Südafrika wie folgt: „Der Westen hat das meiste der Testmaterialien geordert ... und wir stehen weiter hinten in der Schlange an, um sie zu bekommen.“ Ähnliches trifft auch auf die notwendigen Schutzausrüstungen zu, deren Preise außerdem um über 1000 Prozent in die Höhe geschossen sind.

Einige Regierungen reagierten andererseits auch mit schlichter Ignoranz. In Tansania wurden Testungen und Veröffentlichung von Zahlen zwischenzeitlich ausgesetzt. Der Präsident verlautbarte, die Testkits seien mit Coronaviren verseucht und die Ergebnisse deshalb nicht glaubhaft. Dem wurde vom afrikanischen CDC (Center of Disease Control) umgehend heftig widersprochen.³

Nun haben Maßnahmen wie die oben genannten ja schon in Ländern wie Deutschland ernste Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das konkrete Leben der Menschen. Was für den durchschnittlichen deutschen Staatsbürger jedoch im schlechtesten Fall eine gewisse Verarmung bedeutet, heißt für den durchschnittlichen afrikanischen Bürger Verlust der wirtschaftlichen Existenz, Hunger und Tod – aus mehrerlei Gründen.

Ökonomische Folgen der Pandemie in Afrika

71 Prozent der Bevölkerung Afrikas arbeiten im informellen Sektor. Das bedeutet nicht nur, dass diese Menschen keine Sozial- oder Krankenversicherung haben, sondern auch, dass im Falle der Ausgangssperre sämtliche Verdienstmöglichkeiten abrupt wegfallen. Gleichzeitig schießen die Preise nach oben, und zwar vorwiegend für die Grundnahrungsmittel. Ghana beispielsweise verzeichnete im April eine Inflationsrate von über 10 Prozent, in Nigeria stieg sie auf 12,3 Prozent, wobei die Nahrungsmittel sich um über 15 Prozent verteuerten. Die ILO (Weltarbeitsorganisation) schätzt den

Einkommensverlust für die im informellen Sektor Beschäftigten weltweit auf 60 %, in Afrika auf 81 %. Betrachtet man den Durchschnittsverdienst von 135 Dollar monatlich im (vergleichsweise reichen) Nigeria und dem von 35 Dollar im Kongo, so kann man sich in etwa vorstellen, was das bedeutet., zumal dieser Durchschnittsverdienst konkret heißt, dass die Masse der Armen von 2 bis 3 Dollar am Tag (und weniger) leben muss. Die Minderheit der Festangestellten ist von der Krise ebenso betroffen, denn fast alle Firmen, die wegen des Lockdown zumachen mussten, bezahlen gar nicht weiter oder wenn, dann lediglich einen Bruchteil des Gehalts. Auch Massentlassungen hat es gegeben, wodurch diese Menschen dann auch noch die Krankenversicherung verlieren.

Eine wichtige Einkommens- und Devisenquelle ist für eine Reihe afrikanischer Länder der Tourismus. Ghana gehört zu den Ländern Afrikas, deren Wirtschaft neben dem Export von Bodenschätzen wie Gold und von Agrarexporten wie Kakao stark von dieser Branche abhängig ist, die 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Der Tourismus ist durch die Pandemie praktisch komplett zum Erliegen gekommen mit den entsprechenden Folgen für die in diesem Sektor Beschäftigten. Ähnliches trifft für Länder wie Kenia und Tansania zu, aber auch Namibia, für die dieser Sektor eine wichtige Devisenquelle darstellt.⁴

Es gibt übrigens eine Sekundärfolge der Pandemie, über die sich die meisten Menschen keine Gedanken machen: Die Quarantänemaßnahmen im globalen Norden haben unmittelbare Auswirkungen auf die regelmäßigen Überweisungen von Migrant*innen an die Familien in ihren Herkunftsländern. Laut Erhebungen der Weltbank liegt die Gesamtsumme dieser Überweisungen inzwischen bei 440 Milliarden Dollar weltweit und übertrifft damit die staatliche Entwicklungshilfe um das Dreifache. Deutschland liegt dabei mit 20 Milliarden hinter den USA, Saudi-Arabien und der Schweiz an vierter Stelle, wobei anzumerken ist, dass diese Summe das Doppelte des Gesamtetats des einschlägigen Ministeriums ausmacht.⁵ Was Afrika betrifft, so gab die Weltbank vor kurzem bekannt, dass das Volumen der Rücküberweisungen ins subsaharische Afrika 2020 um 23,1 % von 48 Milliarden Dollar 2019 auf voraussichtlich 37 Milliarden sinken wird.⁶ Der komplette oder teilweise Wegfall dieser Transfers stellt für die betroffenen Familien eine ökonomische Katastrophe dar.

In den afrikanischen Ländern, die wie z.B. Angola oder Nigeria ihren relativen Reichtum aus dem Export von Rohöl beziehen, hat zusätzlich der Crash auf den Ölmärkten aufgrund der coronabedingt eingebrochenen Nachfrage

verheerende Auswirkungen auf die Staatsfinanzen und damit auch auf die finanziellen Möglichkeiten, mit der Krise umzugehen. Nigeria braucht z.B. aufgrund der hohen Förderkosten einen Preis von etwa 40 Dollar pro Barrel, um Gewinn zu machen, kann aber auch mit dem Verkauf nicht auf höhere Preise warten, weil es nur Lagerkapazitäten für wenige Tage hat. Diese Länder haben sich in den letzten Jahrzehnten auf die Öleinnahmen verlassen, die eine kleine herrschende Schicht zu Superreichen gemacht haben, aber für die Masse der Bevölkerung nichts gebracht haben – sowohl das Gesundheitswesen, wie auch der Bildungssektor (der in Nigeria vor dem Ölboom vorbildlich war) sind in einem desolaten Zustand und die Subsistenzproduktion ist stark zurückgegangen, so dass z.B. Nigeria, das bei der Unabhängigkeit noch nahrungsmittelautark war, heute 60 % der Lebensmittel importieren muss. Das schon ältere folgende Zitat des nigerianischen Nobelpreisträgers Wole Soyinka mutet in diesem Zusammenhang sehr aktuell an:

“I am convinced that Nigeria would have been a more highly developed country without the oil. I wished we’d never smelled the fumes of petroleum.” (Ich bin davon überzeugt, dass Nigeria ohne das Öl ein höher entwickeltes Land gewesen wäre. Ich wünschte, wir hätten den Rauch des Petroleums nie gerochen.)

Die bereits jetzt sichtbare Folge des Ausfalls der Staatseinnahmen ist ein rapider Anstieg der Staatsverschuldung. Für die Schwellenländer und Länder mit mittlerem Einkommen sagt der IWF (Weltwährungsfonds) einen Anstieg des Staatsdefizits von rund 5 % in 2019 auf über 9 % in 2020 voraus, für die ärmsten Länder einen Anstieg von 4 % auf 6 %.⁷ Der IWF hat Hilfen angekündigt, aber wenn man sich ansieht, in welchem asymmetrischen Verhältnis weltweit die entsprechenden Stützungsmaßnahmen stehen, wird das nicht viel helfen: Die G 20 alleine haben bereits rund 7 Billionen Dollar an Stützungsmaßnahmen für ihre Ökonomien kalkuliert – der IWF hat dagegen insgesamt 1 Billion Dollar für alle seine Mitgliedsländer zur Verfügung. Daraus wird jetzt ausgeschüttet. Einige Beispiele: Ghana bekommt 1 Milliarde Dollar, Nigeria 3,4 Milliarden, Senegal 342 Millionen, Elfenbeinküste 882 Millionen vom IWF, hinzukommen Gelder von der Weltbank. Die Frage ist erstens, wo das Geld hinfließt – zum größten Teil an die Falschen, und zweitens, wieviel davon in den Schatullen der ewig gleichen korrupten Politikerkaste hängenbleibt. Die vorgegebenen Regeln besagen zwar, dass die Verwendung über „Quittungen“ belegt und kontrolliert werden muss, aber vergangene Erfahrungen mit entsprechenden

Hilfen waren eher trübe. Aber mit diesen Almosen macht man sich einen schlanken Fuß und das Wort des nigerianischen Schriftstellers Chinua Achebe, bezogen auf derartige Hilfgelder, ist denn auch angebracht:

“Charity ... is the opium of the privileged.”

Zusammengenommen bedeutet all das, dass die eigentlich notwendigen Isolationsmaßnahmen nicht durchzuhalten sind – sie würden zur vollständigen sozialen Desintegration führen. Folgerichtig beginnen die ersten Länder auch schon, die bisherigen Beschränkungen zu lockern, sofern sie sie überhaupt bisher konsequent eingeführt bzw. eingehalten haben, was heißt, der Pandemie mehr oder weniger ihren Lauf zu lassen, ausgenommen die Aufrufe zum „social distancing“ und die Maskenpflicht, die allerdings daran krankt, dass sich viele keine Maske leisten können, geschweige denn in der Lage sind, sie, wie notwendig, täglich heiß zu waschen.

Gesundheitsversorgung auf dem afrikanischen Kontinent

Um zu verstehen, vor welchen Problemen die Menschen im subsaharischen Afrika in Zeiten der COVID-19-Epidemie stehen, muss man auch noch ein paar Worte über den Zustand der Gesundheitssysteme verlieren.

Die Situation kann man aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten:

■ Da sind zum einen die objektiven Zahlen. Was die Zahl an Ärzten pro 1000 Einwohner betrifft, so liegen die 54 afrikanischen Staaten in einer Liste von 183 Ländern fast geschlossen im hinteren Drittel, von wenigen Ausnahmen, wie z.B. der Insel Mauritius, abgesehen, liegt die Arztdichte unter einem Arzt pro 1000 Einwohner, von den letzten dreißig der Liste belegen 28 Plätze schwarzafrikanische Staaten, mit einer Arztdichte zwischen 0,16 und 0,02 – letzteres bedeutet 2 Ärzte pro 100 000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland haben wir 4,33 Ärzte pro 1000 Einwohner. (An der Spitze liegt übrigens unangefochten Kuba mit 8,19 Ärzten pro 1000 Bewohner, die USA rangieren auf Platz 51 mit 2,59/1000).⁸

■ Die Zahl der Ärzte allein lässt zweitens aber nur einen bedingten Rückschluss auf die Qualität der Versorgung zu. Eine einheitliche Ausbildung für Ärzte gibt es in den meisten Ländern nicht, die Qualität der Universitäten ist extrem unterschiedlich und die Ärzte, die es irgendwie können, leider meist die qualifizierteren, wandern ins Ausland ab (aus den ehemaligen britischen Kolonien vorwie-

gend nach Großbritannien, aber auch nach Nordamerika) oder sie verabschieden sich aus der öffentlichen Versorgung und machen Privatkliniken auf. Von daher ist die ärztliche Versorgungsqualität höchst unterschiedlich.

■ Drittens sind die technische Ausrüstung und deren Qualität von Bedeutung. High-Tech-Medizin ist, wenn überhaupt, nur in den städtischen Zentren möglich, nicht nur wegen der notwendigen Qualifikation des ärztlichen und technischen Personals, sondern auch, weil der technische Service vor Ort bei den Großgeräten nicht erhältlich ist und eingeflogen werden muss. Hinzu kommt die mangelhafte bis gar nicht vorhandene Elektrizitätsversorgung im ländlichen Bereich. Betreffend die COVID-Pandemie ist das Fehlen von oder der Mangel an technisierter Medizin von wesentlichem Belang: Die leichteren bis mittelschweren Fälle stellen medizinisch kein besonders großes Problem dar. Aber die schweren Fälle erfordern eine konsequente und aufwendige intensivmedizinische Versorgung.

■ Viertens spielt die Möglichkeit des Zugangs zu den Gesundheitseinrichtungen eine große Rolle. In fast allen Ländern ist der ländliche Bereich unterversorgt, (die einzige Ausnahme ist Südafrika, wo es tendenziell umgekehrt ist). Der Zugang wird aber nicht nur durch die räumliche Distanz zur nächsten Behandlungseinrichtung erschwert bis stellenweise verunmöglicht, sondern auch durch die weitverbreitete Korruption im Gesundheitswesen. Schmiergelder sind in der Regel, auch bei eigentlich garantierter kostenloser Behandlung, notwendig, in manchen Ländern auch ein sog. „admission fee“, eine Art Registrierungsgebühr.

Das afrikanische Forschungsnetzwerk Afrobarometer führte in den Jahren 2016 bis 2018 eine Untersuchung in 34 afrikanischen Staaten durch, die sich auf der Basis von Befragungen der Einwohner mit dem Thema der Gesundheitsversorgung beschäftigte. Dabei stellte sich heraus, dass die Befragten die Gesundheitsversorgung an die zweite Stelle ihrer Prioritäten setzten, was die Politik ihrer Regierungen betraf. 45 % von denen, die es zu einer Gesundheitseinrichtung schafften, gaben an, dass sie Schwierigkeiten hatten, die benötigte Hilfe auch tatsächlich zu bekommen. 53 % berichteten, dass sie im vergangenen Jahr mindestens einmal notwendige medizinische Versorgung nicht bekommen konnten, und 13 % sagten, dass sie ein Bestechungsgeld zahlen mussten. 41 % hatten keinen Gesundheitsposten in der näheren Umgebung. Dabei zeigte sich ein klarer Unterschied zwischen Städten und Land. 22 % der ländlichen Bevölkerung berichteten von mangelhafter Versorgung, gegenüber 12 % der städtischen.

Der Sozialstatus schließlich spielt die entscheidende Rolle beim Zugang zum Gesundheitswesen: 64 % der Ärmsten gaben an, „oft“ oder „immer“ abgewiesen zu werden, bei den mäßig Armen waren es noch 27 %, bei den besser Verdienenden 0 %.

Entsprechend war dann auch die Antwort auf die Frage, wie die Arbeit der jeweiligen Regierung betreffend die Verbesserung der Gesundheitsversorgung beurteilt würde: 46 % beurteilten sie als „ziemlich schlecht“ oder „sehr schlecht“.⁹

Es sei aber auch nicht verschwiegen, dass es zwischen den Ländern große Unterschiede gibt: Am besten schneidet Mauritius ab, in Ghana hat es deutliche Verbesserungen gegeben. Bei der Frage der Bestechungsgelder führt Sierra Leone, wo 50 % der Patienten blechen mussten, vor Liberia (43 %). In keinem einzigen Land gab es keine Bestechung, auch wenn am unteren Ende der Skala Botswana mit 1 % und Mauritius mit 2 % sehr niedrige Werte aufweisen. Hervorzuheben ist dabei, dass die Häufigkeit der Bestechung nicht, wie man annehmen möchte, mit dem Reichtum des jeweiligen Staates korreliert. Im reichen Nigeria liegt die Rate bei 20 %, im armen Zimbabwe bei 4 %.¹⁰

Zusammengefasst kann man sagen, dass trotz gewisser Fortschritte in einzelnen Ländern des Kontinents die Gesundheitsversorgung schlecht, ungerecht verteilt und in großen Teilen von Korruption geprägt ist. Hinzukommt ein weiterer Punkt, der hier nicht näher erläutert, aber zumindest erwähnt werden soll: In den letzten Jahren eröffnen internationale Investoren und Konzerne in lukrativen Regionen exzellente ausgestattete Privatkliniken, die allerdings nur einer kleinen reichen Elite zur Verfügung stehen, deren Existenz jedoch das statistische Bild verzerrt, weswegen die reinen Zahlen auch, wie eben belegt, trügerisch sind.

Der Umgang mit der Pandemie am Beispiel Nigeria

Es ist schlicht nicht möglich, in einem einzigen Artikel die Pandemiepolitik der Länder eines ganzen Kontinents abzuhandeln. Aber am Beispiel des mit seinen ca. 200 Millionen Einwohnern mit Abstand bevölkerungsreichsten und neben Südafrika reichsten afrikanischen Landes lassen sich die grundsätzlichen Probleme beim Umgang mit der COVID-Pandemie, die sich aus der soeben geschilderten ökonomischen und gesundheitspolitischen Situation ergeben, sehr gut illustrieren.

Nigerias Gesundheitssystem besteht aus einem unterfinanzierten und qualitativ schlechten öffentlichen Sektor, einer Unzahl von kleinen, qualitativ ebenfalls schlechten, privaten Kleinkliniken und Ambulatorien, sowie einer

begrenzten Zahl von hochwertigen privaten, teils spezialisierten, Kliniken, die zum Teil von ausländischen Investoren hochgezogen wurden, aber logischerweise nur in den großen städtischen Zentren wie Abuja, Lagos, Kano etc. existieren, wo eine entsprechende zahlungskräftige Klientel vorhanden ist.

Versichert ist nur eine Minderheit, denn (je nach Quelle) 70 bis 80 % der Bevölkerung arbeiten im informellen Sektor. Diese große Mehrheit besucht im Krankheitsfall entweder eine der öffentlichen Einrichtungen, geht in eine der kleinen Privatkliniken oder, meistens, stattdessen zum Apotheker, weil das am billigsten ist und die Medikamente sowieso bezahlt werden müssen (ausgenommen sind die staatlichen Programme betreffend HIV und Tuberkulose). Die meisten Leute, die über eine Festanstellung versichert sind, haben eine Basisversicherung, das heißt, bestimmte Leistungen, wie größere Operationen, sind ausgeschlossen. Außerdem handelt es sich um sogenannte Gatekeeper-Modelle, d.h., sie müssen sich bei einer bestimmten Klinik, die einen Vertrag mit ihrer Versicherung hat, registrieren und diese dann auch primär aufsuchen. Da die meisten Versicherungen relativ schlecht bezahlen, weigern sich die besser ausgerüsteten Krankenhäuser in der Regel, mit diesen Versicherungen Verträge abzuschließen – entsprechend ist die Versorgungsqualität.

Was nun die Pandemiebekämpfung betrifft, so ist auf dem Papier die Lage unter Kontrolle: Angeblich kann jeder Verdachtsfall an das NCDC (Nigeria Center for Disease Control) gemeldet werden, es gibt eine Reihe von Nummern der dortigen Hotline, und dann wird ein Team zum Testen losgeschickt. Bei positivem Befund werden die Patienten in Isolationszentren isoliert und „behandelt“.

Die Realität sieht gänzlich anders aus. Das nigerianische Gesundheitssystem ist in keiner Weise in der Lage (und das trifft auf praktisch alle Länder der Region zu), mit einer größeren Anzahl von wirklich schweren COVID-Fällen umzugehen. Funktionierende Intensivabteilungen mit entsprechend qualifiziertem Personal gibt es praktisch nur in den größeren Privatkliniken, im öffentlichen Sektor stehen für die 200 Millionen Einwohner sage und schreibe 50 Beatmungsplätze zur Verfügung.

Nicht nur die Armen im Lande haben deswegen permanent Angst, ernsthaft zu erkranken, weil sie wissen, dass sie sich eine anständige Behandlung nicht leisten können. Bei den Reichen war es bisher so, dass sie ihren landeseigenen Kliniken misstrauten und deshalb einen ausgedehnten Medizintourismus ins Ausland betrieben. Das ist nun nicht mehr möglich – die Grenzen sind auf beiden Seiten geschlossen.

Was tatsächlich im Verdachtsfall passiert, sei an zwei konkreten Fallbeispielen aus den Bundesstaaten Rivers und dem Federal Capital Territory illustriert:

FALLBEISPIEL 1:

Ein 45jähriger krankenversicherter Bauarbeiter stellt sich wegen Unwohlseins und Fieber in seiner lokalen Klinik vor, in der er als Patient registriert ist. Als er berichtet, er habe Fieber, wird er nicht hineingelassen, vor der Tür gemessen und er wird, als sich eine Temperatur von 40 Grad bestätigt, weggeschickt mit dem lapidaren Hinweis, dass man Patienten mit Fieber nicht aufnehme, nicht diagnostiziere und nicht behandle. Glücklicherweise findet er ein Labor, das einen Malariaetest macht, er hat tatsächlich eine Malaria, keine COVID- Erkrankung, und wird erfolgreich behandelt.

Dieses Vorgehen ist bei den lokalen privaten wie öffentlichen Kliniken die Regel, nicht die Ausnahme, nämlich, Verdachtsfälle mit Fieber gar nicht erst zur Tür hineinzulassen – zum einen wegen der Angst, sich selbst zu infizieren seitens des Klinikpersonals, zum anderen, weil man fürchtet, Patienten zu verlieren, wenn man COVID-Patienten hineinlässt und das ruchbar wird. Eine große Klinik in Abuja schrieb explizit alle Kooperationspartner an und warb damit, dass man vor der Klinik bereits Verdachtsfälle aussortiere und die Klinik „coronafrei“ sei. Man muss außerdem anmerken, dass die Gesundheitsbehörden zwar die Testkapazitäten deutlich aufgestockt haben, aber für die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen nicht ausreichend Schutzkleidung, Masken etc. zur Verfügung gestellt werden. Das Personal wird mit dem Problem schlicht alleingelassen.

FALLBEISPIEL 2:

Ein 50jähriger Nigerianer wird mit akuter Atemnot, Fieber und Schwäche in eine kleine Klinik eingeliefert. Das zuständige staatliche Testlabor für COVID wird benachrichtigt und gibt die Auskunft, man komme zur Testabnahme. Der Patient wird unter Sauerstoffgabe notdürftig stabilisiert. Nach acht Stunden und zweimaliger Erinnerung ist die Testung immer noch nicht erfolgt, der Patient verschlechtert sich und wird in das zuständige staatliche Hospital für Infektionskrankheiten, das über eine Isolierstation verfügt, transportiert. Dort wird er vor der Tür stehengelassen mit der Auskunft, ohne durchgeführten Test nehme man ihn nicht auf. Nach persönlicher Intervention des überweisenden Arztes wird er dann, inzwischen ist die Sauerstoffflasche fast leer, nach drei Stunden aufgenommen, in ein Zimmer verbracht und dort mit seiner ihn begleitenden Frau alleingelassen. Beim Versuch, zur Toilette zu gelangen, weil man ihm keine Urinflasche gege-

ben hatte und kein Pflegepersonal auftaucht, kollabiert er und verstirbt. Eine nachträgliche Testung wird nicht vorgenommen, er wird von den Verwandten abgeholt (das Klinikpersonal fasst ihn nicht an) und umgehend begraben.

Dieser Patient hatte höchstwahrscheinlich tatsächlich eine schwere Verlaufsform von SARS COVID19. Der Fall zeigt, dass die „Normalbevölkerung“ in diesen Fällen schlicht nicht behandelt wird. Selbst die offiziell eigentlich zuständigen öffentlichen Einrichtungen versuchen solche Patienten abzuschieben oder behandeln sie nicht – was letztendlich das Todesurteil bedeutet. Und getestet wird bei solchen Patienten offensichtlich auch nicht, die offizielle Beteuerung des NCDC, das über eine hübsche Website mit seitenlangen Anleitungen, wie zu verfahren sei, verfügt, man komme selbstverständlich in jedem Fall, erweist sich als leeres Gerede.

Anders sieht es nur bei prominenten – und zahlungskräftigen – Persönlichkeiten aus. Für diese gibt es in privaten Kliniken Intensivbetten, wobei auch dort die Qualität der Behandlung zweifelhaft ist, denn teilweise wird mit Medikamenten gearbeitet, deren Nutzen nicht erwiesen ist und deren Nebenwirkungen nicht unerheblich sind. (Eines der ersten Corona-Opfer war übrigens der zweite Mann hinter dem Staatspräsidenten Muhammad Buhari, der in einer privaten Klinik in Lagos verstarb, nachdem er sich Ende März in Deutschland mit dem Coronavirus infiziert hatte). Aber nicht jede der großen Privatkliniken behandelt Coronapatienten. Eine türkisch-nigerianische Firma fragte bei einer großen, exzellent ausgestatteten türkischen Klinik an, ob sie bereit sei, im Bedarfsfall die ausländischen, d.h. türkischen, Mitarbeiter zu behandeln, wenn man ein paar Beatmungsmaschinen auf eigene Kosten zur Verfügung stelle. Die Antwort war negativ: Man behandle grundsätzlich keine Coronafälle.

Schlussfolgerungen

Die Einführung der gleichen Maßnahmen (s. oben), die in den industrialisierten Ländern mit strukturierten Sozialsystemen und (mehr oder weniger) gut ausgebauten Gesundheitssystemen zur Bekämpfung der Pandemie implementiert wurden, führt in sozialen Settings wie denen im subsaharischen Afrika zu gänzlich anderen Folgen. Zum einen können Isolierungs-/Quarantänemaßnahmen aus den oben genannten Gründen allenfalls kurzfristig durchgehalten werden, ohne zu verheerenden sozialen Konsequenzen wie Verlust der Existenzgrundlage, Hunger und Elend zu führen. Die materiellen „Hilfsmaßnahmen“, die in einigen

Ländern wie Südafrika und Nigeria stattfinden, sind im Volumen lächerlich und können aufgrund der Finanzsituation ebenfalls nur zeitlich begrenzt durchgeführt werden.

Was die medizinische Seite betrifft, so stellt sich die Lage so dar, dass zum einen die COVID-Testfrequenzen viel zu niedrig sind, um auch nur einen groben Überblick über die Ausbreitung der Pandemie zu bekommen (in Nigeria z.B. wurden bisher insgesamt 88 000 Tests durchgeführt, Stand 16.6.2020, zum Vergleich in Deutschland 4,7 Millionen, wobei Nigeria 2,5 mal so viele Einwohner hat). Was man aus den Zahlen der WHO und der Johns Hopkins Universität allenfalls ablesen kann, ist, dass die Länder mit der höchsten Testfrequenz, zuvörderst Südafrika, auch den höchsten Anstieg an Todesfällen und Infektionen haben. Wie weit die Durchseuchung mit dem Virus in Afrika derzeit fortgeschritten ist, darüber können diese Zahlen keinerlei Auskunft geben. Umfelduntersuchungen bzw. Verfolgung von Infektionsketten finden im Normalfall nicht statt, (mit gewissen Ausnahmen: in der Regierungsetage in Nigeria z.B., in der nach dem erwähnten Infektionsfall des Chief of Staff des Präsidenten flächendeckend getestet wurde), Stichproben auf Antikörper wurden bisher ebenfalls nicht gezogen.

Die Risiken und Nebenwirkungen der Pandemiepolitik in Afrika stellen sich aber noch als viel verheerender dar, wenn man sich ins Gedächtnis ruft, dass in den sogenannten tropischen Ländern fieberhafte Erkrankungen wie an erster Stelle die Malaria, aber auch bestimmte andere Parasitosen und Durchfallerkrankungen um ein Vielfaches häufiger sind als COVID-19, und auch eine erheblich höhere Sterblichkeit aufweisen. In einem Artikel im *Lancet* wurde kürzlich die Besorgnis geäußert, dass die Fokussierung auf die Pandemie die diagnostischen Möglichkeiten für die gefährlichsten Massenerkrankungen in Afrika, nämlich TBC und HIV, dramatisch verschlechtere, weil die entsprechenden Testplattformen teilweise zugunsten von COVID umgewidmet werden.¹¹ Die Autoren warnen zu Recht von einer „Covidisierung von allem und jedem“.

Besonders schlimm ist, ruft man sich das oben angeführte erste Fallbeispiel ins Gedächtnis, dass die Angst vor dem Coronavirus dazu führt, dass mit Sicherheit zahlreiche Malariaerkrankungen nicht oder sehr spät diagnostiziert und behandelt werden. Denn die Malaria ist nach der TBC mit weltweit 500 000 Todesfällen pro Jahr nach wie vor einer der größten „Killer“, und 90 % der Fälle entfallen auf den afrikanischen Kontinent.¹² Der Unterschied zu COVID ist, dass Malaria eigentlich, bei rechtzeitiger Erkennung, eine gut behandelbare Erkrankung ist, bei

Nichtbehandlung aber meist, insbesondere bei Kindern, zum Tode führt, während COVID in den meisten Fällen gar keiner Behandlung bedarf, bzw. auch gar nicht spezifisch behandelt werden kann.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass durch die derzeitige Angst vor COVID und die geschilderte Verfahrensweise der meisten Behandlungseinrichtungen die Todesfälle durch die genannten fiebrigen Erkrankungen in die Höhe schnellen werden, von den Gefahren durch die deswegen zunehmende Selbstmedikation einmal ganz abgesehen: Als der amerikanische Präsident Trump Chloroquin als Medikament gegen COVID propagierte, gab es prompt zahlreiche Fälle von Chloroquinvergiftung.

Aus allen diesen Gründen stellt die COVID-Pandemie nicht wegen der Gefährlichkeit des Virus selbst für den afrikanischen Kontinent eine ernste Bedrohung dar. (Der Autor hat diesbezüglich übrigens schon vor zwei Monaten die Vermutung geäußert, dass die infectionfatality rate, also die Sterblichkeit bezogen auf die Zahl der Infektionen, insgesamt nicht wesentlich über der der großen Influenzaepidemien des letzten Jahrzehnts liegen dürfte, und die letzten einschlägigen Studien aus den USA und der Schweiz scheinen diese Vermutung zu bestätigen).

Die wirklichen Gefahren sind zusammengefasst von viererlei Natur:

- Die allgemeinen ökonomischen Folgen für die afrikanischen Länder sind schon jetzt verheerend und werden zu einer weiteren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich führen.
- Die Politik der kritiklosen Übernahme von Rezepten zur Pandemiekontrolle aus den Staaten des globalen Nordens verschärft die soziale Lage der Bevölkerung dramatisch. Das wiederum wird zu einem Anstieg von Kriminalität und zu sozialer Desintegration führen und zu schon jetzt zu beobachtenden Binnenkonflikten bzw. Verschärfung derselben (Boko Haram in Nigeria, Bürgerkrieg in Mali etc.). Hinzu kommt die Militarisierung des öffentlichen Lebens durch die verstärkte Präsenz von Militär und Polizei zur Durchsetzung der Restriktionen. Diese hat bereits zu zahlreichen Todesopfern geführt.
- Die Angst vor dem Virus führt zu einer Nicht- oder Unterversorgung bei ansonsten eigentlich gut behandelbaren, nichtsdestoweniger jedoch gefährlichen Erkrankungen.
- Der immense Mitteleinsatz zur Bekämpfung der Pandemie geht zu Lasten der Millenniumsziele der WHO betreffend die Zurückdrängung der Massenerkrankungen wie TBC, HIV und Malaria. Aber auch die neuerliche Masern-epidemie in Burundi¹³ (Sterblichkeit bis zu 2 %) zeigt, dass

z.B. die Vernachlässigung erforderlicher Impfprogramme durch die Fokussierung auf COVID Rückwirkungen hat, die tödlich sein können.

Im Endeffekt zeichnet sich ab, dass den afrikanischen Staaten nichts anderes übrig bleiben wird, als der Pandemie ihren Lauf zu lassen, einmal abgesehen von allgemeinen Empfehlungen wie zum Tragen von Masken (wofür die meisten schlicht kein Geld haben, wie bereits angemerkt), social distancing (was für die meisten angesichts ihrer Wohnverhältnisse ein schlechter Witz ist) und Desinfektionsmaßnahmen/persönlicher Hygiene (wobei das erstere ebenfalls nicht bezahlbar ist). Da die meisten Fälle von COVID glimpflich ablaufen, die schweren Fälle aber, wie oben dargelegt, unter den Bedingungen eines insuffizienten Gesundheitswesens sowieso nicht adäquat behandelt werden können, bleibt nur das Warten auf eine ausreichende Herdenimmunität oder auf einen funktionierenden Impfstoff.

Trübe Aussichten also für den Kontinent. Da ist es auch kein Trost, dass die herrschenden korrupten Eliten, die die herrschenden Zustände zu verantworten haben, jetzt die Wahrheit eines alten afrikanischen Sprichworts zu spüren bekommen:

„Du kannst vor dem davonlaufen, was hinter dir her ist, aber was in dir ist, das holt dich ein.“

1 *Lancet* Vol 395 May 30, 2020

2 http://www.instat.de/tabellen/europa_afrika_alterstruktur.htm

3 www.thelancet.com/infection Vol 20 June 2020

4 Die negativen Folgen des Ausbleibens der Touristen für das Bestehen der Nationalparks, die zum großen Teil aus den Tourismuseinnahmen unterhalten werden, sind nicht Gegenstand dieses Artikels, sollen aber zumindest nicht unerwähnt bleiben.

5 Zahlen von 2018

6 <https://qz.com/africa/1844973/world-bank-remittances-to-africa-to-plunge-by-a-quarter/>

7 NZZ vom 15.4.2020

8 https://www.who.int/gho/health_workforce/physicians_density/en/

9 https://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ab_r7_dispatchno352_pap15_lack_of_healthcare_affects_majority_of_africans.pdf

10 Ibid.

11 <http://www.thelancet.com/microbe>, Vol.1, June 2020

12 <https://www.who.int/malaria/media/world-malaria-report-2017/en/#Global%20and%20regional%20malaria%20trends%20in%20numbers>

13 <http://www.thelancet.com/microbe>, Vol.1, June 2020

AKTIONSPLAN GEGEN COVID-19

Solidarität heißt Menschen schützen –
unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

■ Koordination der ISO

Die Bundesregierung feiert sich wegen ihrer „Erfolge“ in der COVID-19-Bekämpfung. Aber sind offiziell rund 7000 Tote und 165 000 Erkrankte bei 82 Mio. Einwohner*innen hierzulande ein Erfolg? Südkorea etwa meldet 11 000 Infizierte und 250 Tote bei 52 Mio. Einwohner*innen.

Die Bundes- und die Landespolitik hat nicht nur 6 Wochen zu spät reagiert. Sie hat den vorbeugenden Katastrophen- und Gesundheitsschutz nach 1990 durch „Sparpolitik“ weitgehend zerstört. Das Gesundheitssystem hat sie durch Privatisierungen schwer geschädigt. Sie hat nicht die Einhaltung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes durchgesetzt. Und jetzt hat sie auch noch auf Druck von Wirtschaftskreisen viel zu früh „Lockerungen“ genehmigt.

Das alles ist eine Missachtung des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ (Art. 2.2 GG)

Die Verantwortlichen für diese zynische Politik müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Milliarden für Konzerne – Bomber statt Gesundheitsschutz?

Die bisherige Corona-Politik der Bundesregierung hat ein Volumen von rund 1000 Mrd. €. Sie nützt vor allem den Konzernen.

Zwingend erforderlich ist jedoch, den größtmöglichen Gesundheitsschutz aller Menschen sicherzustellen (Masken, Tests, Desinfektionsmittel etc.). Das kostet ca. 15 Mrd. € und kann einen erneuten „Lock-down“ verhinder-

tern. Stattdessen will die Regierung jetzt Bomber für rund 20 Mrd. € kaufen.

Gesellschaftlicher Aktionsplan jetzt!

Es muss konsequent ein gesellschaftlicher Aktionsplan gegen COVID-19 durchgesetzt und ständig weiterentwickelt werden. Eine entschlossene Bekämpfung der Corona-Pandemie sollte auf drei Ebenen erfolgen:

1. Nachvollziehbarer Gesundheitsschutz für alle:

- Sichere Masken/Visiere für alle! Strikter Arbeitsschutz überall – vor allem aber in Pflege-, Dienstleistungs-, Handels-, Industrie und Verkehrsbereichen.
- Wirksamer Gesundheitsschutz auch für die am meisten benachteiligten Menschen (Heimbewohner*innen, Obdachlose, Geflüchtete und Illegalisierte). Niemand darf zurückgelassen werden!
- Preiskontrolle und Enteignung von Firmen, die mit Gesundheitsschutzmitteln Wucher treiben.
- Umgehendes Auflegen eines staatlich geförderten, bundesweit und international koordinierten und gesellschaftlich kontrollierten Forschungsprogramms für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19. Außerdem sofortige Entwicklung und Umsetzung eines Produktionsprogramms für ausreichende und wirksame Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen (Masken, Handschuhe, Schutzbrillen bzw. -visiere, Schutzkleidung), Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte.
- Selektionsmechanismen (wie Triage) verbieten. Intensivbettenzahl an Steigerung von Covid-19-Erkrankungen

anpassen. Akutversorgung von Erkrankten durch ausreichendes Fachpersonal sichern.

- Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Vergesellschaftung wesentlicher Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie gemäß Artikel 14 und 15 GG unter demokratischer Kontrolle.

2. Soziale Verbesserungen durchsetzen!

■ Insbesondere für die Beschäftigten in der Pflege müssen schnell wirksame soziale Verbesserungen: Ausreichende Neueinstellungen im Alten und Krankenpflegebereich. 1000 € Corona-Zulage für alle und sofort, 15 € Mindestlohn, dauerhafte Erhöhung der Monatseinkommen um mindestens 500 €, reguläre Arbeitsverhältnisse für alle!

■ Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären. Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts.

■ Es gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen.

■ Die Lockerung des Arbeitszeitgesetzes ist umgehend rückgängig zu machen.

■ Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung. 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort. Danach weitere Reduzierung auf 30-Wochenstunden.

■ Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständig Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern.

■ Aussetzen von Sanktionen, Stromsperrungen und Zwangsraumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Menschen ohne Wohnraum.

■ Ausbau von Frauenhäusern und Kinderbetreuung für Opfer sexueller und anderer Gewalt.

■ Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % für alle Geldvermögen über 1 Million Euro, von 35 % über 10 Millionen Euro und 50 % über 100 Millionen Euro.

3. Verteidigung und Ausbau der Grund- und Menschenrechte!

Statt Stellvertreterpolitik im Staat, der Gewerkschaft und im Betrieb weiter hinzunehmen, treten wir für Eigenaktivität und demokratische Selbstorganisation ein. Jetzt ist es an der Zeit, sich besser zu vernetzen und solidarisch zu organisieren. Gemeinsames Engagement im Stadtteil, im Betrieb und in den Gewerkschaften ist dringend erforder-

lich. Den neoliberalen und rechten Lügen müssen wir verständliche Aufklärung auf möglichst breiter Ebene entgegensetzen.

■ Wir treten deshalb für die Bildung und Vernetzung von aktiven Solidaritätsstrukturen in den Stadtteilen, Bildungseinrichtungen und Betrieben ein.

■ Die Ursachen und das Ausmaß der Corona-Krise in Deutschland müssen öffentlich aufgearbeitet werden.

■ Wir treten für Verteidigung und Ausbau unserer Grund- und Menschenrechte ein.

■ Wir schlagen deshalb allen in diesem Sinn handlungsbereiten Kräften die Entwicklung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit vor!

Nein zu der von Politik und Kapital angestrebten Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit! Die Reichen und die Konzerne müssen zahlen!

Ja zum Aufbau einer solidarischen Front über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen hinweg! Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden und wirksame Hilfe leisten!

Wir zahlen nicht für eure Krisen! Nur gemeinsam sind wir stark!

02. Mai 2020



VORSCHLÄGE FÜR EINE SOLIDARISCHE GESUNDHEITSPOLITIK

Der folgende Text entstand durch die Auseinandersetzung mit „Ein Aufruf. Corona. Kapital. Krise. Für eine solidarische und ökologische Alternative“ von Verena Kreiling, Winfried Wolf und Christian Zeller.

■ **Friedrich Voßküher und Janina Wilms**

Wenn wir hier einen Vorschlag zu einer solidarischen Gesundheitspolitik vorlegen, dann ist uns klar, dass die Forderungen, die wir erheben, über den vom Kapitalismus gesteckten Rahmen hinausweisen. Unsere Gesundheit hängt von den Verhältnissen ab, in denen wir leben. Sie hängt davon ab, ob wir saubere Luft atmen, ob wir unbelastetes Wasser trinken, ob wir in der Lage sind, uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln zu versorgen, ob unsere Städte ein lebenswertes Umfeld darstellen usw. Kurz: Sie hängt davon ab, ob wir gut leben und ob unsere Löhne dafür ausreichen, um uns ein gutes Leben zu gewährleisten. Gesundheit ist ein physisch-leiblicher, sozialer, kultureller und ökologischer Sachverhalt, der Grundlage für ein menschlich reiches Leben ist. Das, was uns Gesundheit bedeutet, kann nicht den Medizinern und Pharmazeuten überlassen werden. Auch nicht den Virologen, deren Expertisen im Moment von der staatlichen Administration herangezogen werden, um ihre Maßnahmen zu begründen. Da die vom Kapitalismus geschaffenen Lebensbedingungen uns weder in sozialer, noch in kultureller und ökologischer Hinsicht ein gutes Leben ermöglichen, sprengt eine solidarische Gesundheitspolitik die vom Kapitalismus gezogenen Grenzen. Dem Kapitalismus ist das Profitprinzip das höchste Gut, den Menschen aber ihre Gesundheit und der andere Mensch.

Unsere Situation ist durch drei Krisen gekennzeichnet, die innerlich zusammenhängen: die ökologische Krise, die Gesundheitskrise und die kapitalistische Wirtschaftskrise. Die Corona-Krise, auf die zurzeit die Aufmerksamkeit gerichtet ist, darf nicht vergessen machen, dass die ökologische Krise immer bedrohlichere Formen annimmt, dass wir in eine Wirtschaftskrise größten Ausmaßes eingetreten sind und dass gerade auch die offensichtliche Gefährdung der Gesundheit Teil einer falschen, am Profitprinzip ausgerichteten Produktionsweise ist.

Diese falsche, weil die Grundlagen eines guten Lebens aufs Spiel setzende Ausrichtung, erfordert eine antikapitalistische Politik mit ökosozialistischer Perspektive. Eine solche Perspektive stellt den Kampf z.B. gegen die sich anbahnende Klimakatastrophe, die Gefährdung der Gesundheit und den gesellschaftlichen Widerstand gegen die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise unter das strategische Ziel einer solidarischen, sozialistischen Gesellschaft, für die das Wohl der Menschen oberster Zweck allen gesellschaftlichen Handelns ist.

Für eine solche Perspektive Partei zu ergreifen, bedeutet auch, dass es auf gar keinen Fall der Wunsch sein kann, zum sogenannten Normalzustand vor der Corona-Krise zurückzukehren. Der Normalzustand vor der Corona-Krise war schon lange einer der Gefährdung der Zukunft

der Menschheit durch eine Produktionsweise, die nichts anderes kennt als das rastlose Profitstreben auf Kosten der Menschen und der Natur.

Deswegen brauchen wir alles andere als den Schulterchluss mit den Regierenden und Herrschenden, der es ihnen nur leichter macht, die Kosten der Wirtschaftskrise den Lohnabhängigen, Prekären und Frauen aufzubürden. Deswegen wollen wir keine Konjunkturpakete für die Automobil-, Luftfahrt- und Rüstungsindustrie, sondern die sozialökologische Konversion dieser Industrien. Deswegen vertreten wir die Ansicht, dass gesellschaftlich nicht erforderliche Wirtschaftszweige kontrolliert und geplant herunterzufahren sind. Wir halten also eine radikale sozial-ökologische Umbauperspektive für notwendig, die schrittweise die kapitalistische Produktionsweise auf Gebrauchswertproduktion umstellt. Um dies durchzuführen, wird letztendlich eine demokratische Wirtschaftsplanung notwendig sein. Es muss dann um Produktion von Gütern und Dienstleistungen gehen, aber nicht mehr um Warenproduktion.

Eine solidarische Gesundheitspolitik bedarf also der ökosozialistischen Perspektive. Und diese geht darauf hinaus, dass die kapitalistische Produktionsweise als solche auf eine Güterproduktion umgestellt werden muss, die von den Menschen demokratisch geplant wird. Das, was die Menschen wirklich brauchen: saubere Luft, unbelastetes Wasser, eine lebenswerte Umwelt und hochwertige Lebensmittel usw., hat dabei im Mittelpunkt zu stehen. Nur wenn das der Fall ist, ist es erreicht, dass die Gesundheit zur Grundlage für ein erfülltes Leben werden kann. Dass dies nicht ohne die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gelingen kann, ist selbstverständlich.

1 Um von da aus im engeren Sinn auf das Gesundheitswesen zu sprechen zu kommen: Wir halten dessen gesellschaftliche Aneignung und demokratische Kontrolle durch die Bevölkerung für unumgänglich. Alle wesentlichen Bereiche des Gesundheitswesens einschließlich der Krankenversicherungen und schließlich auch der Pharma- und Biotechindustrie sowie der gesamten medizinischen und pharmazeutischen Forschung und Entwicklung sind zu enteprivatisieren und der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Patente auf Medikamente, Wissen und Medizinprodukte müssen abgeschafft werden. Medizinische Forschung muss international und solidarisch stattfinden und allein dem Dienst am Menschen verschrieben sein. Wissen und Technologien müssen jedem Land frei zur Verfügung gestellt werden. Gesundheit darf keine Ware mehr sein!

2 Das muss damit einhergehen, dass eine kostenlose gesellschaftliche Infrastruktur für Pflege, Sorge und Gesundheit ausgebaut wird. Die jetzt herrschende skandalöse Ausnutzung der Arbeitskraft der dort Beschäftigten hat einer der tatsächlichen Arbeitsleistung entsprechenden Entlohnung zu weichen.

3 Da in Deutschland in den Krankenhäusern und in der Altenpflege 150 000 Arbeitskräfte fehlen, ist zusätzliches Personal auszubilden und einzustellen. Allen in der Pflege tätigen Arbeitskräften ist ab sofort monatlich eine Zulage von 500 € ausbezahlen.

4 Es ist klar, dass in diesem Rahmen die Krankenversicherungen zu einer einzigen demokratisch kontrollierten Einheitskasse zu fusionieren sind. Sie ist mittels progressiv ansteigender und paritätisch von den Kapitalisten mitbezahlter Lohnbeiträge zu finanzieren. Die Aufgabe dieser Einheitskasse hat es zu sein, die Menschen für die Kosten im Krankheitsfall zu versichern, nicht aber Profite zu erzielen.

5 Es ist selbstverständlich, dass im Rahmen dieses Umbaus des Gesundheitswesens alle privaten Krankenhäuser unter Kontrolle der Beschäftigten, der Patient*innen und der allgemeinen Öffentlichkeit zu stellen und in gesellschaftliches Eigentum zu überführen sind. Ein einheitlicher Gesundheits- und Kliniksektor ist unabdingbar erforderlich.

6 Die Finanzierung der Krankenhäuser über Fallpauschalen ist sofort zu beenden. Private Konzerne, die ein Geschäft mit Krankheit und Gesundheit machen, sind zu enteignen.

7 Die Reinigung und andere Dienstleistungen, die für den Betrieb der Krankenhäuser und der sonstigen Pflegeeinrichtungen notwendig sind, sind wieder in öffentliche Aufgaben zu verwandeln. Die Beschäftigten, die die entsprechenden Arbeiten ausführen, sind angemessen zu bezahlen, ihre gesundheitliche Unversehrtheit am Arbeitsplatz muss sichergestellt werden.

8 Um dies alles bewältigen zu können, halten wir es für angezeigt, die gesamte Rüstungsproduktion einzustellen, deren Fertigung auf gesellschaftlich sinnvolle Produkte umzustellen und die zugleich freiwerdenden Mittel in den Ausbau des Gesundheitswesens zu stecken. Als erster Punkt müssen die Gesundheitseinrichtungen der Bundeswehr entmilitarisiert und in die öffentliche Gesundheitsvorsorge überführt werden.

9 Wir halten es auch für erforderlich, die anfallenden Kosten für den Ausbau des Gesundheitswesens durch Sondersteuern auf hohe Einkommen, auf Gewinne und Vermögen zu finanzieren. In einem Land wie Deutschland

könnten diese Steuern ein Volumen von 250 Milliarden Euro haben. Aktuell besteht die Gefahr, dass die Kosten der neuen Wirtschaftskrise erneut, wie 2008/2009, von der einfachen Bevölkerung bezahlt werden sollen – in Form schnell steigender Arbeitslosigkeit, Einkommenseinbußen und Sozialabbau und vermittelt über höhere Staatsschulden. Tatsächlich muss alles getan werden, damit die Krisenkosten von denen gestemmt werden, die in den vergangenen Jahrzehnten auf Kosten der Allgemeinheit riesige Gewinne gemacht haben und Reichtum angehäuft haben.

10 Damit hängt zusammen, dass es unumgänglich ist, die Austeritätspolitik zu beenden bzw. der Sparpolitik entschieden entgegenzutreten. Und zwar mit dem Zweck, ins Gesundheitswesen und in die gesellschaftliche Infrastruktur, die in den letzten Jahren geradezu ausgeräubert wurde, zu investieren, also in Schulen und Kitas (Gebäude und Personal), in den massiven Ausbau des ÖPNV usw.

11 Arbeits- und Wohnort dürfen nicht krank machen und müssen der Entwicklung und Gesundheit der Menschen zuträglich sein. Besonders dringend betrifft das die Beschäftigten in der Fleischindustrie, der Landwirtschaft, der Altenpflege und den Zustelldiensten. Arbeitssicherheit, ausreichende Sanitärmöglichkeiten und Hygienemaßnahmen müssen gewährleistet werden. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, bessere Pausenregelungen und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und menschenwürdigen Wohnverhältnissen sind notwendig. Es müssen menschenwürdige Wohnverhältnisse für Obdachlose, Hartz-IV-Empfänger*innen und Geflüchtete in Zusammenarbeit mit den in diesen Bereichen tätigen sozialen Verbänden geschaffen werden. Die geschlossenen Zentren müssen sofort in offene Aufnahmezentren mit sanitären Einrichtungen umgewandelt werden. Undokumentierte Migranten und Migrantinnen müssen legalen Status erhalten.

12 Es müssen mehr öffentliche Stellen in der sozialen Arbeit geschaffen werden. Es braucht mehr Zufluchthäuser für Menschen, die häusliche Gewalt erleben und insgesamt eine enorme Förderung an Projekten zur Unterstützung und Betreuung von Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenslage befinden oder traumatische Erfahrungen gemacht haben.

13 Pflege- und Reproduktionsarbeit muss gesellschaftlich entlohnt, wertgeschätzt und organisiert werden. Der unentgeltlichen Beanspruchung von überwiegend Frauen in diesem Bereich muss entgegengetreten werden.

14 In ihrem „Aufruf“ „Corona. Kapital. Krise. Für eine solidarische und ökologische Alternative“ schreiben Krei-

linger, Wolf und Zeller: „Nutzen wir die Krise, um eine Ökonomie der Nähe und Solidarität zu entwickeln. Ändern wir unsere Essgewohnheiten. Kaufen wir von lokalen Bioproduzenten. Das umweltschädliche Agrobusiness gilt es zu zerschlagen, während gleichzeitig die biologische Landwirtschaft international ausgeweitet und entsprechend gefördert werden muss. Das ist zu verbinden mit der Selbstbestimmung der indigenen Völker, der Förderung genossenschaftlicher Bauerngemeinschaften und dem Aufbau einer vielfältigen Agrarökologie, die dazu beiträgt, die Ausbreitung von Krankheitserregern einzudämmen. Schließlich sind Schritte einzuleiten, um die Massentierhaltung abzuschaffen und die chemisch und biotechnologisch gestützte Agrarindustrie zu überwinden. Ein System, das sich auf bäuerliche Forstwirtschaft und Agrarökologie stützt, wird uns gesunde Lebensmittel bieten, zugleich die Biodiversität wieder steigern, damit die Gefahr neuer Viren vermindern und einen wesentlichen Beitrag gegen die Erderwärmung leisten“. Hier wird angesprochen, worum es uns erstens geht. Nämlich um den Zusammenhang zwischen Ökologie und Gesundheit. Und zweitens darum, dass der Kapitalismus diesen Zusammenhang zerreißt. Und die Punkte 8 bis 10 davor haben drittens vielleicht deutlich gemacht, dass ohne den Eingriff in die herrschenden Eigentumsverhältnisse der Zusammenhang zwischen Ökologie und Gesundheit, den es zu beachten gilt, nicht hergestellt werden kann. Alles drei gehört zu dem, was wir die ökosozialistische Perspektive nennen. Sie reicht über den Kapitalismus, wie man sieht, hinaus.



PANDEMIE UND ÖLKRISE – NAHT EIN ZWEITER ARABISCHER FRÜHLING?

In diesem Interview spricht **Gilbert Achcar** darüber, wie der Preiskrieg der Erdöl exportierenden Länder des Nahen Ostens zu einem „zweiten arabischen Frühling“ führen könnte und wie die Linke in den USA die wahre Bedeutung von Internationalismus neu beleben muss.

Ashley Smith: Wie werden sich die Pandemie und die weltweite Rezession auf den Nahen Osten und Nordafrika auswirken?

Gilbert Achcar: Es gibt einen Effekt, den diese Region mit dem Rest der Welt gemein haben wird. Dabei handelt es sich natürlich um diese große Wirtschaftskrise, die immer mehr Gestalt annimmt und bereits schlimmer ist als alles, was die Welt seit der großen Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren gesehen hat.

Eine Besonderheit gibt es allerdings für diese Region, und das sind die Vorkommen an Öl und Erdgas. Diese Region ist von diesen Ressourcen wirtschaftlich komplett abhängig. Der Preis dieser Ressourcen ist jedoch so stark eingebrochen, dass er in den USA kurzzeitig bis auf einen Punkt unterhalb von Null gefallen ist; die Verkäufer des Öls bezahlten Käufer dafür, ihnen ihr Öl abzunehmen, weil ihre eigenen Lagerkapazitäten dafür nicht mehr ausreichten.

Die Führer Saudi-Arabiens befeuerten dabei diese Katastrophe, indem sie Anfang März, gerade als die Coronakrise richtig Fahrt aufnahm, ihren sogenannten Ölpreiskrieg starteten. Die Kombination aus Überproduktion und nachlassender Nachfrage aufgrund von Pandemie und Rezession erzeugte diese riesige Ölschwemme und den daraus folgenden Preisverfall.

Natürlich wird sich der Preis mit der Zeit von diesem unterirdischen Level wieder erholen, aber da die Nachfrage aufgrund der während der Pandemie heruntergefahrenen Wirtschaft gering ist, wird er auf niedrigem Niveau stagnieren. Das wiederum wird verheerende wirtschaftliche Auswirkungen auf alle Länder in der Region haben.

Und das gilt nicht nur für Erdöl exportierende Länder, sondern auch für andere Länder in diesem Bereich. Auch deren jeweilige Wirtschaften sind von Öl-Einnahmen abhängig, die sie in Form von Beihilfen und Investitionen von den ölreichen Ländern erhalten.

Allerdings wird es nicht alle Länder gleich hart treffen. Ölreiche Länder mit geringer Bevölkerungszahl oder hohem Pro-Kopf-Einkommen wie Saudi-Arabien werden zwar einige Sparmaßnahmen ergreifen, sie verfügen jedoch über ein gewaltiges Finanzpolster, auf das sie zurückgreifen können.

Erdöl exportierende Länder mit einer zahlenmäßig großen Bevölkerung wie der Iran, der Irak und Algerien werden sich sehr viel größeren Problemen gegenübersehen. Ihre Wirtschaftssysteme sind erheblich schwächer, sie verfügen über viel geringere finanzielle Reserven und sie werden gezwungen sein, strikte Sparmaßnahmen durchzusetzen, was die Wut ihrer jeweiligen Bevölkerung, die ja

bereits im Verlauf des letzten Jahres massenhaft revoltiert hat, noch weiter anheizen wird.

Sämtliche Länder in der Region, die von den Ölproduzenten abhängig sind, werden dann in schwere Krisen stürzen. Unerwartet steht ihnen dieses Geld der Golfstaaten nicht mehr zur Verfügung, Geld, das Wirtschaftssysteme wie z. B. die Wirtschaft Ägyptens über Wasser gehalten hat. Das Ergebnis ist immer striktere Sparsamkeit und immer weiter zunehmende Armut. Und so sieht sich die gesamte Region einer noch schlimmeren sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenüber, als die, in der sie sich in den letzten zehn Jahren befunden hat.

Welche Auswirkungen hatte die Pandemie in der Region bisher?

Die Auswirkungen waren nicht so apokalyptisch, wie viele befürchtet hatten. Zumindest bis jetzt waren sie es noch nicht. Einige reiche Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar haben die Mittel, mit der Pandemie zurechtzukommen. Sie kümmern sich dabei zwar um einige Teile der Bevölkerung, um andere hingegen gar nicht, vor allem nicht um die Masse der Arbeitsmigranten.

Diese Migranten leben bereits unter menschenunwürdigen Bedingungen, es wäre für sie eine Katastrophe, bräche das Virus unter ihnen aus. Der Rest der Bevölkerung jedoch ist erheblich besser geschützt und von diesen Menschen abgeschottet, da er unter mindestens so guten Bedingungen lebt wie die Bewohner der weiter nördlich gelegenen Länder.

Sollte sich das Virus jedoch in Ländern wie Ägypten oder dem Irak, ganz zu schweigen vom Jemen ausbreiten, wo die Lebensbedingungen für den größten Teil der Bevölkerung extrem schlecht sind, wären die Auswirkungen entsetzlich. Der Iran ist bereits stark betroffen, die Türkei scheint als nächstes Land zu folgen.

Was für Auswirkungen werden die Pandemie und der Verfall des Ölpreises auf das geopolitische Gleichgewicht in der Region haben?

Ölreiche Golfstaaten wie Saudi-Arabien verfügen über gigantische Finanzreserven. Daher wird ihr Einfluss in der Region nicht allzu sehr leiden. Der Iran und dessen Einfluss werden hingegen sehr stark betroffen sein. Das Land leidet bereits sehr unter den von den USA verhängten Sanktionen, durch die die Folgen der Pandemie und des Verfalls des Ölpreises noch erheblich verstärkt werden.

Das saudische Öl hat die Wirtschaft des Irans in die Knie gezwungen; genau das war von Anfang an die

Absicht der Herrschenden in Riad. Die Kombination all dieser Dinge ist für den Iran eine einzige Katastrophe. Die Möglichkeiten des Irans, seinen regionalen Einfluss in seinen Außenposten Irak, Syrien und Libanon zu festigen, werden dadurch stark beschnitten.

Hinter Saudi-Arabien stehen die USA, und in der Kombination sind die Möglichkeiten dieser beiden Länder, die Region geopolitisch zu gestalten, erheblich größer als die des Irans und dessen halbherziger Freunde Russland und China, die Ereignisse dort sehr viel weniger beeinflussen können.

Allerdings sehen sich alle großen wie auch alle regionalen Mächte aufgrund der Krise mit großen Problemen konfrontiert. Und wenn der Machtkampf nach dem Abflauen der Pandemie wieder Fahrt aufnimmt, könnten Kräfte des Volkes die Initiative übernehmen.

Sprechen wir doch mal über den Zustand des Kampfes von unten. Im Verlauf des letzten Jahres wurden wir Zeugen einer neuen Welle von Aufständen, die von vielen als „zweiter arabischer Frühling“ bezeichnet wurde. Wie sieht es mit diesem Kampf jetzt aus?

Im letzten Jahr sahen wir eine weltweite Welle des Widerstandes von Lateinamerika über den Nahen Osten und Nordafrika bis Hongkong. All diese Kämpfe wurden durch die Pandemie paralytisiert.

In Hongkong hat die Regierung mit Peking im Hintergrund die Situation dazu genutzt, die Bewegung niederzuknüppeln. Dieselbe Geschichte im Nahen Osten und Nordafrika. In Algerien hörten die großen wöchentlichen Demonstrationen auf und viele Leute wurden verhaftet. Auch im Sudan, im Libanon und im Irak liegen die Kämpfe auf Eis.

Durch die Pandemie konnten die Staaten Lockdowns verhängen – nicht aus medizinischen, sondern aus politischen Gründen. Das haben sie liebend gern getan, ganz anders als Donald Trump in den USA oder Jair Bolsonaro in Brasilien – und zwar nicht, weil sie sich so sehr um die Gesundheit ihrer Bevölkerung sorgten, sondern weil sie die Gelegenheit beim Schopf ergreifen konnten, sozialen Protesten ein Ende zu machen.

Sobald die Pandemie vorüber ist, dürfte aufgrund der Verschlimmerung der sozialen Krise ein erneutes Aufflammen der Kämpfe in noch größerem Umfang zu erwarten sein. Bereits jetzt beginnt die Bewegung, sowohl im Libanon als auch im Irak erneut ihren Kopf zu erheben. Die Menschen im Libanon wurden durch den Zusammenbruch

der Wirtschaft dazu getrieben. Sie können sich nicht einmal mehr so grundlegende Dinge wie Nahrungsmittel leisten.

Im letzten Jahr des Aufstandes war der Sudan eines der zentralen Länder. Wie stellt sich die Situation dort heute dar?

Das Land befindet sich noch immer im selben Zustand des Umbruchs wie seit letztem Juli, als die Bewegung eine Übergangslösung mit dem Militär ausgehandelt hatte. Durch dieses Abkommen entstand etwas, das ich als Dualität der Macht zwischen der Volksbewegung und dem Militär beschreiben würde: Beide existieren nebeneinander innerhalb desselben Staates. Allerdings handelt es sich dabei um einen angespannten und vorläufigen Zustand, der zwangsläufig mit dem Sieg einer der beiden Seiten, also des Militärs oder der Bewegung, enden wird.

Das Militär hat versucht, den Stillstand des Kampfes zu nutzen, um die Umsetzung einiger wichtiger Zugeständnisse, die die Militärspitzen machen mussten, zu verhindern. Natürlich könnten sie auch etwas in der Art eines Putsches versuchen. Die Volksbewegung würde sich jedoch einem solchen Versuch, welcher Art auch immer, vehement entgegenstellen, was das Land erneut in eine offene Konfrontation zwischen den Massen und dem Militär stürzen würde.

Woraus sind die ständigen Wellen von Kämpfen in dieser Region entstanden? Was ist Teil des allgemeinen Musters der globalen Revolten, die wir erlebt haben, und was ist das Besondere an der politischen Ökonomie des Nahen Ostens und Nordafrikas?

Der Neoliberalismus hat sich auf die ganze Welt gleichermaßen ausgewirkt, es gibt jedoch durchaus regionale und nationale Besonderheiten. Global gesehen hat der Drang des Neoliberalismus zu Privatisierung, Deregulierung und Internationalisierung die sozialen Ungleichheiten verschärft und soziale Sicherheitsnetze ausgehebelt. All das hat für Widerstand gesorgt, der sich weltweit Bahn bricht, wenn auch mit unterschiedlicher Stärke.

Aber wie ich schon seit dem arabischen Frühling im Jahr 2011 sage, befindet sich die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas in einem spezifischen, abgegrenzten und revolutionären Umbruch aufgrund der Interaktion zwischen globalem Neoliberalismus, der besonderen absolutistischen Natur vieler Staaten dieser Region und deren wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Öl.

Diese Kombination hat bei der wirtschaftlichen Entwicklung für einen strukturellen Stillstand gesorgt. Die

Regime verweigern ihrer Bevölkerung Freiheit und verlassen sich auf Einkünfte durch Öl und Gas. Darüber hinaus fließt privates Geld nicht etwa in wirtschaftliche Entwicklungen, sondern in spekulative Investitionen.

Durch all das ist der Einfluss des Neoliberalismus hier sehr viel größer als anderswo auf der Welt. So verzeichnete diese Region über viele Jahre hinweg die höchste Zahl in puncto Jugendarbeitslosigkeit. Wege, diesem Problem durch demokratische Wahlen beizukommen, sind ausgeschlossen.

Man kann dort weder eine Regierung aus dem Amt wählen noch das Verwaltungsteam ändern oder eine Politik umkrempeln, wie das in Europa oder den USA möglich wäre. Deshalb waren die Aufstände hier weitaus größer als die Proteste in Ländern wie Chile, Spanien oder Griechenland.

In Nordafrika und im Nahen Osten hat ein lange währender revolutionärer Prozess begonnen. Und die gesamte Gegend wird tief in ihrer Krise verwurzelt bleiben, es sei denn, es gäbe eine radikale Transformation der gesamten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur.

Wir haben in der Region zwei Wellen des Aufstands gesehen. Was ist dort unter dem Strich bislang herausgekommen? Und was kann man aus dem revolutionären Prozess lernen?

In diesem Zeitraum kam es in zehn Ländern der Region zu großen Aufständen. Im Jahr 2011 waren es sechs, vier weitere gab es 2019. Fast die Hälfte der dortigen Länder erlebte massive und lang anhaltende Revolten.

Das ist eine revolutionäre Schockwelle auf regionaler Ebene, vergleichbar in etwa dem, was Europa am Ende des ersten Weltkriegs erlebte. Schon allein das Ausmaß des Prozesses beweist, dass diese Aufstände nicht dem normalen Widerstand gegen den Neoliberalismus zuzurechnen sind.

Von der ersten Welle des Aufstands bis zur zweiten ist die Bewegung politisch reifer geworden. Das wiederum ist typisch für langfristige revolutionäre Prozesse, wie wir sie von der Geschichte her kennen. Sie durchlaufen eine Lernkurve, bei der sowohl die herrschenden Klassen als auch die Volksbewegung hinzulernen.

Im arabischen Frühling von 2011 gehörten islamistische fundamentalistische Kräfte zu den Hauptakteuren. Sie machten einen großen Teil der Opposition gegen die Diktaturen aus. Als die Aufstände begannen, sprangen sie auf diesen Zug mit auf und versuchten, die Revolten für ihre reaktionären Ziele zu usurpieren.

Unglücklicherweise waren sie damit in diversen Ländern erfolgreich und drückten die progressiven Kräfte an

den Rand, da diese nicht genügend organisiert und nicht unabhängig genug waren, um eine politische Alternative anzubieten. Als Ergebnis wurden wir Zeugen eines Zusammenpralls zweier konterrevolutionärer Pole: die alten Regime auf der einen und die islamischen Fundamentalisten auf der anderen Seite.

In einigen Ländern nahm dies tragische, blutige Formen an: Bürgerkriege. Auf der regionalen Ebene wandelte sich die ursprüngliche revolutionäre Phase dann mit Beginn des Jahres 2013 in eine konterrevolutionäre Phase. Seit damals gelang es den alten Regimen der Region, in Syrien und Ägypten ihre Macht wiederherzustellen, teilweise auch in Tunesien.

Wie konnte die Bewegung wieder auferstehen? Und wie unterscheidet sich die neue Welle der Aufstände von der ersten?

Die Bewegung war nie völlig verschwunden. Trotz des Rückschlags im Jahr 2013 ging der revolutionäre Prozess weiter. In der ganzen Region, von Marokko bis Tunesien, vom Sudan und Irak bis Jordanien, kam es immer wieder zu sozialen Eruptionen. Dann lösten im Dezember 2018 die Unruhen im Sudan eine neue Welle von Aufständen aus, die dann auch Algerien, den Irak und den Libanon erfasste. Die Medien bezeichneten diese Welle als „zweiten arabischen Frühling“.

In dieser neuen Phase spielten die in der ersten Phase so überaus prominent agierenden islamistischen fundamentalistischen Kräfte überhaupt keine Rolle mehr. Im Sudan hatten sie sich ursprünglich mit der Diktatur verbündet. Im Irak und im Libanon wurden die auf den Iran ausgerichteten fundamentalistischen Kräfte sogar zum Hauptangriffsziel der Aufstände.

In Algerien kollaborierte ein Teil der Fundamentalisten mit dem Regime und die Bewegung gestattete ihnen nicht, dort irgendeine Rolle zu spielen. Unglücklicherweise erwies sich jedoch keine progressive Kraft als fähig, einen nach vorn gerichteten nationalen Weg aufzuzeigen. In dieser Frage einer progressiven Alternative ist der Sudan ein Vorbild für den Rest der Region. Unter den zehn Ländern, in denen es zu großen Aufständen gekommen war, verzeichnet der Sudan die größten Fortschritte.

Was haben die progressiven Kräfte im Sudan gemacht, das so anders ist?

Sie haben eine organisierte Bewegung aufgebaut, die auf mehreren Ebenen operiert. Die Grundlage bilden Ba-

sisorganisationen, die es in jedem Viertel gibt. Dort sind Tausende, vor allem junge Menschen eingebunden, die zumeist keiner politischen Partei angehören, aber durch die Revolution, in der sie die treibende Kraft darstellen, radikalisiert wurden. Sie stellen deren kritisches Bewusstsein dar. Das ist auch der Grund, warum sie unbedingt ihre lokale Autonomie bewahren wollen und sich dem Zentralismus verweigern.

Diese Komitees delegierten das Recht, die Volksbewegung zu repräsentieren, an eine Koalition professionell agierender Vereinigungen, die vor dem Aufstand im Untergrund gebildet wurden und aus Ärzten, Anwälten, Journalisten, Lehrern und Professoren bestanden.

Die „Sudanese Professionals Association“ hat die Aufgabe übernommen, die Kämpfe auf nationaler Ebene zu koordinieren und zu zentralisieren. Sie ist mit politischen Parteien eine Koalition eingegangen, um der Diktatur die Opposition als eine geeinte Front entgegenzustellen. Damit zwang sie der Diktatur eine Vereinbarung ab, mit der die Macht übergangsweise geteilt wurde. Das ist die aktuelle Situation mit dualer Macht, wie ich sie zuvor schon beschrieben habe.

Der Sudan zeigt uns damit die Art von Organisation, die eine progressive Volksbewegung braucht, um größere Ziele zu erreichen. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Bewegung einen endgültigen Sieg errungen hat. Zwischen der Bewegung und der Diktatur besteht weiterhin ein angespanntes Patt.

Was sind nun zusammenfassend für die Linke in der Region als zentrale Lektionen anzusehen? Und welche Haltung sollte die internationale Linke in Bezug auf diese Kämpfe einnehmen?

Es gibt hier zwei Arten von Lektionen. Zum einen gibt es allgemeine Lektionen aus der Region für alle progressiven Bewegungen. So wie der Sudan mit seinem progressiven Kampf, der auf einer massiven Basisbewegung aufbaut, einen Pflock in den politischen Boden schlägt, ist das z. B. nützlich für alle Menschen weltweit. Man stelle sich einfach nur vor, was wohl wäre, wenn die um Senator Bernie Sanders herum entstandene Bewegung dieselbe Form annehmen könnte, wie wir es im Sudan gesehen haben, wenn dort also im ganzen Land in allen Vierteln Basis-Komitees aktiv würden!

Bei der zweiten Lektion geht es um Internationalismus. Der arabische Frühling konfrontierte die internationale Linke mit der Frage, ob sie sich in Ländern, deren Regime kein gutes Verhältnis zu Washington hatten, auf die Seite

der Regime oder auf die der Volksbewegungen schlagen würde. Das entpuppte sich für einige Teile der Linken, die nur an eine binäre Sicht durch die Imperialisten/Antiimperialisten-Brille gewöhnt waren, als echte Herausforderung.

Die Aufstände rüttelten an diesem Gerüst. Sie wandten sich sowohl gegen von den USA unterstützte Regime wie Ägypten, Tunesien oder Bahrain als auch gegen andere Regime, denen die USA feindselig gegenüberstanden, wie Libyen oder Syrien, wobei letzteres von Russland, einer weiteren imperialistischen Macht, unterstützt wird.

In den USA unterstützten viel zu viele vorgeblich links ausgerichtete Leute das syrische Regime, nur weil es von der amerikanischen Regierung bekämpft wird, und weigerten sich, Solidarität mit der syrischen Revolution zu zeigen, selbst in deren anfänglich vom Volk getragenen Phase. Sie verteidigten weiterhin das Regime, trotz all der von ihm begangenen Gräueltaten. Paradoxerweise taten sie das im Namen des Antiimperialismus, als das syrische Regime in Wirklichkeit von einer weiteren imperialistischen Macht, Russland, unterstützt wurde, ein Land, das sehr großen Anteil an den Massakern in Syrien hat.

Das hat absolut nichts mit Internationalismus zu tun, denn Internationalismus bedeutet mehr als alles andere vor allem eins: Solidarität mit den ausgebeuteten und unterdrückten Massen. Die Linke sollte immer auf der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten stehen, die für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen, ganz gleich, ob der Staat, dem sie sich entgegenstellen, für oder gegen Washington ist.

Internationalismus bedeutete nie, dass man sich mit einem Imperialismus gegen einen anderen stellt, Internationalismus bedeutete immer grenzüberspannende Solidarität zwischen unterdrückten Völkern und Arbeiterklassen. Diese wahre Bedeutung von Internationalisierung müssen wir unbedingt wiederbeleben.

6. Mai 2020

■ **Gilbert Achcar** ist Dozent für Entwicklungsstudien und internationale Beziehungen an der SOAS University of London. Zu seinen jüngsten Büchern gehören „Marxism, Orientalism, Cosmopolitanism“ (2013), „The People Want“ (2013) und „Morbid Symptoms: Relapse in the Arab Spring Uprising“ (2016).

Quelle: <https://truthout.org/articles/pandemic-and-oil-crisis-could-make-second-arab-spring-return-with-a-vengeance/>

<https://www.vientosur.info/spip.php?article16003>

Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel

Marxistische Wirtschaftstheorie

Schriften 1

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro
2007, ISBN 978-3-89900-115-0

Ernest Mandel

Macht und Geld

Eine marxistische Theorie der Bürokratie

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro
2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Ernest Mandel

Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes

191 Seiten, 17,80 Euro
2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Ernest Mandel

Einführung in den Marxismus

isp-pocket 4
239 Seiten, 12,00 Euro
8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89900-004-7

Ernest Mandel

Die langen Wellen im Kapitalismus

Eine marxistische Erklärung
130 Seiten, 8,50 Euro
2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel

Oktober 1917

Staatsstreich oder soziale Revolution?
Zur Verteidigung der Oktoberrevolution
167 Seiten, 12,50 Euro
1992, ISBN 978-3-929008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

EIN ANDERES AFRIKA IST MÖGLICH!

Die unterzeichnenden Organisationen wollen sich nicht mit dem Beklagen der Krise begnügen. Sie formulieren, was sich grundlegend ändern muss, aber auch, was es sofort umzusetzen gilt.

■ Afrikanischen Organisationen für Klimagerechtigkeit zu Covid-19

Soziale Bewegungen aus Afrika und verbündete zivilgesellschaftliche Gruppierungen sind in den letzten Wochen zusammengekommen, um über die sie betreffenden Auswirkungen und Weiterungen der Krisen zu diskutieren, eine Analyse zu erstellen und einen Appell zu einem ersten Forderungskatalog an unsere afrikanischen Regierungen und Institutionen zu verfassen. Die rund 15 Netzwerke (siehe unten) fordern jetzt eine breitere Unterstützung und Billigung dieser Erklärung [...] in und außerhalb Afrikas.

Die Covid-19-Pandemie ist vielleicht das größte globale Ereignis der letzten Jahrzehnte. Die Krise verdeutlicht die bestehenden Ungleichheiten im neoliberalen und patriarchalischen globalisierten sozioökonomischen System und verschärft sie noch. In vielen unserer afrikanischen Länder verwandeln sich die Dominoeffekte der Isolationspolitik bereits jetzt in tiefe soziale und wirtschaftliche Krisen, von denen die Schwächsten jetzt und auch künftig am stärksten betroffen sind. Unsere Bevölkerung leidet unter dem eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung, dem Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen, Strom- und Wassermangel, Problemen bei der Begleichung von Rechnungen und sogar drohenden Zwangsräumungen, wenn die Miete nicht mehr bezahlt werden kann. In ganz Afrika könnte eine massive Nahrungsmittelkrise drohen, da die informellen Märkte geschlossen sind und die Subsistenzwirtschaft gefährdet ist.

In dieser Zeit der Krise grüßen wir, die unterzeichnenden afrikanischen sozialen Bewegungen, zivilgesell-

schaftlichen Organisationen und ihre Verbündeten, die Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt, Krankenschwestern, Ärzte und anderes Gesundheitspersonal, auf den Märkten und in den Supermärkten, Straßenfeger, Müllmänner, Haus- und Pflegepersonal, Chauffeure, Lastwagenfahrer, Bauern und Bäuerinnen, Beschäftigte in der Lebensmittel- und Energieversorgung und all diejenigen, die täglich arbeiten müssen, um ihre Familien zu ernähren, für die mutige Arbeit und die Opfer, die sie bringen, damit wir zu Hause bleiben können, um das Virus einzudämmen.

Gemeinsam für eine neue Gesellschaft

Leider wird die Klimakrise voranschreiten, während die Welt sich auf die Gesundheitskrise von Covid-19 konzentriert. Beide Krisen sind vom Menschen verursacht und haben ihren Ursprung in der Art und Weise, wie unsere politischen und wirtschaftlichen Systeme – getrieben vom Profitstreben – die Erde und ihre Bevölkerung behandeln. Unser Kontinent und viele andere Teile der Welt litten bereits erheblich unter der Klimakrise, als die Erde von der Covid-19-Pandemie heimgesucht wurde. Das südliche Afrika leidet noch immer unter den verheerenden Wirbelstürmen Idaï und Kenneth im letzten Jahr und steht vor verheerenden Klimafolgen wie Dürren, Überschwemmungen, Anstieg des Meeresspiegels etc. Der für Afrika prognostizierte Anstieg der globalen Temperaturen ist ein Vorbote des Zusammenbruchs, der Menschheit, Gesellschaft und Umwelt betreffen wird.

Die multinationalen Konzerne, die in Kollaboration mit den afrikanischen Regierungen und anderen Eliten ungestraft und über die Menschen und den Planeten hinweg operieren, gehören zu den Hauptschuldigen an der gegenwärtigen Energie-, Klima-, Ernährungs- und Umweltkrise. Ihre Geschäfte haben die Lebensgrundlagen der lokalen Gemeinschaften ruiniert, indem sie sich das Land und die natürlichen Ressourcen unter den Nagel gerissen haben. Dabei haben sie unsere Luft, unser Wasser und unsere Böden verschmutzt sowie unsere Gesundheit und unser Sozialleben beeinträchtigt. Der Großteil ihrer Profite wird zumeist illegal aus dem Land geschafft und landet in den vielen Steueroasen auf der ganzen Welt. Nunmehr, wo der Rohölpreis zum ersten Mal in der Geschichte unter null sinkt, muss die Ära des Extraktivismus, der den Menschen und dem Planeten schadet, beendet werden. Es ist an der Zeit, sich von den fossilen Brennstoffen und der unheilvollen industriellen Landwirtschaft zu verabschieden.

Die gegenwärtige Krise hat wegen des teilweisen oder kompletten Stillstands der Industrieproduktion zu einem vorübergehenden Rückgang der CO₂-Emissionen und der Umweltverschmutzung geführt. Aber dies geht zu Lasten der Arbeitsplätze und der Existenzsicherung der Bewohner unseres Kontinents und anderer Menschen, die unter prekären Bedingungen leben. Es handelt sich also mitnichten um einen „gerechten Übergang“, wie wir ihn mit unseren Mitstreiter*innen in der Arbeiterbewegung gefordert haben. Zugleich wird offenbar, dass viele Regierungen die Umweltauflagen und den Umweltschutz abschaffen oder lockern, um auf Teufel komm raus kurzfristige Investitionen anzulocken, was aber nur zu einer weiteren Beeinträchtigung der Umwelt führen und den Krisenzyklus verschärfen kann.

Wie jedoch die Luftverschmutzung in einigen Regionen, in denen vorübergehend Transport und Industrie eingeschränkt wurden, zurückgegangen ist, zeigt aufs Deutlichste, wie unhaltbar unser „normales“ Wirtschaftsleben und die „normale“ Entwicklung des Systems eigentlich sind. Die Erde wird gedeihen, wenn wir uns für eine andere Entwicklung entscheiden, die jungen Menschen werden zum ersten Mal in ihrem Leben einen klaren blauen Himmel sehen und Millionen von Menschen mit Asthma werden besser Luft bekommen, wie sich momentan zeigt.

Die „Strukturanpassungs“- und Sparmaßnahmen, der Abbau des Staates und der öffentlichen Dienste, die Reduzierung der sozialen Dienste, die Privatisierung der

Grundversorgungsleistungen und die Verschuldung haben dazu geführt, dass die afrikanischen Staaten am wenigsten darauf vorbereitet sind, auf solche Krisen zu reagieren. Diese Situation hat ihre Wurzeln in der kolonialen und postkolonialen Geschichte Afrikas und in unseren Beziehungen zu den neoliberalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die unter der Bedingung von „Strukturanpassungen“ große Kreditsummen zu hohen Zinssätzen vergeben haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich dieselben Praktiken in unserem Umgang mit der Neuen Entwicklungsbank oder einer anderen derartigen Institution wiederholen. Sämtliche Konditionen in Verbindung mit Unterstützungsleistungen und/oder Solidaritätsdarlehen müssen im Sinne einer neu zu schaffenden und ehrlichen Demokratie offengelegt werden.

Nichts darf bleiben, wie es ist

Die rasche Reaktion von Regierungen und anderen Akteuren auf die Covid-19-Pandemie offenbart auch das weltweite Unvermögen, auf die Klima- und andere Krisen ernsthaft zu reagieren. Dabei liegt auf der Hand, dass die Bewältigung der Krise unbedingt den politischen Willen erfordert, gewaltige Ressourcen aufzubringen und politisch anders vorzugehen, um gegen die Krise vorzugehen und alle Anstrengungen auf ihre Eindämmung und Beendigung auszurichten.

Wir können nicht zur Normalität zurückkehren. Wir müssen eine andere Welt, ein anderes Afrika schaffen und die jetzige Situation nutzen, um eine Wende für unsere Region und die Welt einzuleiten. Die Covid-19-Pandemie zeigt, dass wir dringend die Lösungsvorschläge umsetzen müssen, die wir als Gruppen für Klimagerechtigkeit in ganz Afrika als vordringlich bezeichnet haben. Das ist unsere Hoffnung. Die Rückkehr zum gegenwärtigen System kann keine Option sein. Wir brauchen Antworten auf der Grundlage neuer Formen des Regionalismus und der Solidarität für den Wiederaufbau und den Übergang, die für alle, insbesondere für die Armen und Schwächsten, fair und gerecht sind. Dazu verpflichten wir uns und rufen die Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Afrika und auf der ganzen Welt auf, sich uns im Kampf für eine neue Welt anzuschließen.

Unsere Forderungen für einen gerechten Neuanfang in Afrika und anderswo

Sicherung der Daseinsvorsorge, der Ernährung, Wasserversorgung und des Gesundheitssystems:

- Bereitstellung von Schutzausrüstung für alle Beschäftigten des Gesundheitswesens und die Beschäftigten an vorderster Front der elementaren Bereiche, wie z.B. Müllabfuhr, Lebensmittelversorgung, Kleingewerbe und Produktion von Lebensmitteln etc.
- Die Gesundheitssysteme in ganz Afrika müssen vollständig überprüft und überholt werden, und kostenlose und gut zugängliche Gesundheitsdienste müssen allen Afrikaner*innen als Menschenrecht zur Verfügung gestellt werden. Afrika muss seine eigenen Kapazitäten ausbauen, um seine eigenen Heilmittel zu entwickeln und um auf seinem Territorium Medikamente und medizinische Ausrüstungsgüter für die eigene Bevölkerung herzustellen, und zwar im Rahmen öffentlichen Eigentums und basierend auf dem Prinzip der Souveränität der Völker anstelle der privaten Profitgier, damit wir nicht alles aus dem Ausland importieren müssen.
- Jeder Impfstoff, der zur Bekämpfung von Covid-19 entwickelt wird, muss patentfrei und für alle Menschen auf der ganzen Welt kostenlos verfügbar sein. Unsere Bewohner*innen dürfen nicht als Versuchskaninchen missbraucht werden, um neue Impfstoffe zu testen, und die Tests müssen transparent genehmigt und weltweit durchgeführt werden.
- Alle afrikanischen Staaten müssen die Bauern, Kleinbauern und Produzenten von Grundnahrungsmitteln als wirtschaftlichen Schlüsselsektor in dieser Krise behandeln. Alle Nothilfemaßnahmen müssen sich an der Erklärung der Vereinten Nationen für die „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ (UNDROP) orientieren.
- Die afrikanischen Staaten müssen sich verpflichten, vorrangig den Gemeinden zu Hilfe zu kommen, die unter Wasserknappheit leiden, namentlich durch den Einsatz von Wassertankern, da die ausreichende Versorgung mit Wasser für die Bekämpfung dieses Virus essentiell ist.
- Ein Moratorium für alle Zwangsräumungen muss verhängt und die öffentlichen Dienste für die Dauer der Pandemie aufrecht erhalten werden, wobei den armen Familien und den Schutzlosesten Vorrang eingeräumt werden muss.
- In ganz Afrika müssen emissionsarme öffentliche Verkehrsmittel auf lokaler und regionaler Ebene entwickelt werden, damit wir nicht von teuren und umweltschädlichen Flügen und dem Individualverkehr abhängig sind, wie es derzeit der Fall ist.

Reorganisation der Wirtschaft und besonders des Pflege-sektors:

- In Anbetracht der ungerechten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung muss eine Umverteilung und Aufwertung der alltäglichen Pflegearbeit (eine häusliche Tätigkeit, die derzeit überwiegend von Frauen geleistet wird) durchgesetzt werden. Frauen repräsentieren auch die Mehrheit der Beschäftigten im Gesundheitswesen.
- Unterstützung der lokalen Wirtschaft, insbesondere der lokalen Lebensmittelerzeugung für den lokalen Gebrauch.
- Einführung eines universellen und/oder Grundeinkommens zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Familien.

Schluss mit der Förderung fossiler Brennstoffe und dem Extraktivismus:

- Alle laufenden Projekte zur Gewinnung fossiler Brennstoffe und Rohstoffe und der industriellen Landwirtschaft (insbesondere mit Gentechnik) müssen während und nach der Corona-Krise gestoppt werden, und zwar in allen afrikanischen Ländern, unabhängig davon, wo die Unternehmen ihren Sitz haben. Staatliche Subventionen für die fossile Brennstoffindustrie und den militärisch-industriellen Komplex müssen ebenfalls gestoppt werden.
- Die Projekte zur Rohstoffgewinnung müssen transparent und demokratisch bewertet werden und die Ressourcen den von diesen Projekten betroffenen Menschen und Gemeinschaften, einschließlich der Beschäftigten in diesen Sektoren, zugute kommen.
- Diese Projekte bedürfen der Zustimmung der Gemeinschaften, die auch das Recht erhalten müssen, schädliche Projekte abzulehnen und diese einer demokratischen Anhörung zu unterziehen. Die Regierungen dürfen weder die Umweltgesetze und -vorschriften, die die Beteiligung der Öffentlichkeit garantieren, noch andere Grundrechte missachten.
- Vor allem müssen die afrikanischen Staaten die Machthaber, einschließlich der Polizei- und Militärführung, zur Rechenschaft ziehen. Darüber hinaus müssen die zunehmenden Fälle von Missbrauch und ungerechtfertigter Gewalt während und nach der Pandemie unverzüglich unterbunden werden. Es müssen unabhängige Ermittlungsorgane und Schiedsstellen eingerichtet werden, damit die Bürger sich frei äußern können, ohne Menschenrechtsverletzungen befürchten zu müssen. Die Gewalt muss aufhören.

Schluss mit der Sparpolitik und der Schuldenkrise; Anerkennung der Klimaschuld:

■ Die Finanzhilfen zur Bekämpfung von Covid-19 und der wirtschaftlichen Folgen in den afrikanischen Ländern dürfen nur in Form von Beihilfen und nicht als Kredite gewährt werden und nicht mit irgendwelchen Auflagen, etwa als Strukturanpassungsmaßnahmen, verbunden sein, weil dies zwangsläufig wieder nur zu Lasten der Daseinsvorsorge ginge.

■ Die Sparmaßnahmen und die Strukturanpassungen müssen beendet werden. Stattdessen müssen die Grundrechte auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Erziehung und eine Grundversorgung für alle Menschen in Afrika und anderswo gewährleistet werden.

■ Alle von den internationalen Finanzinstitutionen auferlegten historischen Schulden müssen mit sofortiger Wirkung erlassen werden. Diese Schulden werden die Regierungen bei der Bekämpfung der Corona-Krise nur weiter lähmen.

■ Die historische Klimaschuld des globalen Nordens gegenüber Afrika und den übrigen Ländern des globalen Südens muss endlich anerkannt werden. Demnach darf die finanzielle Unterstützung für Afrika die Schuldenkrise nicht weiter verschlimmern.

■ Die afrikanischen Staaten müssen energische Maßnahmen ergreifen, um korrupte Beamte und Korruptionsnetze zu beseitigen, die politisches Kapital aus der Unterstützung für besonders gefährdete Familien während dieser Pandemie schlagen, deren Bekämpfung erschweren und die Krise für unmoralische Zwecke zu ihrem eigenen Vorteil ausschachten.

Ein gerechter Neubeginn:

■ Konjunkturpakete müssen zunächst den ärmsten und schwächsten Menschen zugute kommen, anstatt die Großunternehmen wieder zu alimentieren. Unterstützungsleistungen sollten nur den von Unternehmensschließungen betroffenen Beschäftigten gewährt werden.

■ Der unkontrollierten Macht der Unternehmen müssen ernsthafte Grenzen gesetzt werden, und die ihnen auferlegten Maßnahmen zur Rechenschaftslegung müssen verstärkt werden.

■ Wir wünschen uns einen ganzheitlichen und gerechten Neubeginn. Dafür müssen insbesondere die tieferen Ursachen für die Corona-Krise und die Klimakrise analysiert werden. Dasselbe gilt für die erforderlichen Maßnahmen, um den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern.

■ Es bedarf einer bewussten politischen Anstrengung,

um diese Pandemie zu überwinden und soziale und ökonomische Verhältnisse zu schaffen, in denen das Wohl der Menschen und des Planeten im Mittelpunkt steht. Dafür brauchen wir einen gerechten Übergang und einen gerechten Neuanfang.

11. Mai 2020

Liste der Erstunterzeichner (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Centre for Alternative Research and Studies (CARES), Mauritius
2. Centre for Natural Resources Governance (CNRG), Zimbabwe
3. Farmers Movement, Senegal
4. Friends of the Earth Africa
5. Grain Africa
6. GroundWork (Friends of the Earth South Africa)
7. Health of Mother Earth Foundation
8. Justiça Ambiental (Friends of the Earth Mozambique)
9. Khelkom Fishers Association
10. La Via Campesina Africa
11. Lumiere Synergie pour le Developpement (LSD)
12. Peoples Dialogue Southern Africa
13. Rural Womens Assembly
14. Save Lamu movement, Kenya
15. South Durban Community Environmental Alliance (SDCEA)
16. WoMin African Alliance
17. World March of Women

■ *Übersetzung: MiWe*



MILLIONEN HABEN NUR EINE WAHL: HUNGER ODER COVID-19

Am Vorabend des Ersten Mai 2020, mitten in der Coronavirus-Pandemie, veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) einige haarsträubende Statistiken. Etwa 1,6 Milliarden Arbeiter*innen aus dem informellen Sektor befinden sich aufgrund der von den Regierungen verhängten Lockdowns, mit denen die Ausbreitung des Virus gestoppt werden soll, in einer ernststen Notlage.

■ GRAIN¹

Nach Angaben der IAO [ILO] sind etwa 60% der Lohnabhängigen weltweit in der informellen Wirtschaft tätig und arbeiten ohne Verträge, Sicherheitsnetze oder Ersparnisse.² Je nach Land stellen Frauen einen höheren oder niedrigeren Anteil der informellen Arbeitskräfte und werden durchweg schlechter bezahlt als Männer.³

Jetzt gibt es wegen Quarantäne und Beschränkungen, Produktionsstopps und Ausgangssperren keine Arbeit mehr. Keine Arbeit bedeutet kein Einkommen. Ohne Einkommen keine Nahrung. Ohne alternative Einkommensquellen «werden diese Lohnabhängigen und ihre Familien keine Mittel zum Überleben haben», warnte die IAO.⁴

Wenn Arbeiter*innen im informellen Sektor nicht in der Lage sind, sich selbst zu ernähren, sind sie auch nicht in der Lage, weiterhin Millionen, wenn nicht sogar Milliarden von Menschen zu ernähren. Die informelle Arbeit hält die Lebensmittelversorgung in den meisten Teilen der Welt am Laufen: Sie macht weltweit 94% der Arbeit in der Landwirtschaft und einen großen Teil der Arbeit im Lebensmittelhandel, im Einzelhandel, bei der Zubereitung und Lieferung von Lebensmitteln in vielen Teilen der Welt aus.⁵

Die Covid-19-Krise hat nicht nur unsere Abhängigkeit von gut funktionierenden Gesundheits- und Ernährungssystemen offengelegt, sondern auch die schreienden Ungerechtigkeiten, die denjenigen, die in diesen wesentlichen Sektoren arbeiten, in der «besten» Zeit zugefügt wurden: niedrige Löhne, kein Zugang zur Gesundheitsversorgung, keine Kinderbetreuung, kein Sicherheitsschutz am Arbeitsplatz, oft kein Rechtsschutz und keine Vertretung bei Verhandlungen über Arbeitsbedingungen. Dies gilt sowohl für den informellen als auch für den formellen Sektor des globalen Ernährungssystems. In der Tat ist der Kontrast zwischen dem Reichtum an der Spitze der größten Nahrungsmittelkonzerne und dem Elend ihrer Beschäftigten an der vordersten Front extrem. Nestlé beispielsweise, die Nummer eins unter den Nahrungsmittelkonzernen der Welt, schüttete seinen Aktionären Ende April 2020 eine Dividende in Höhe von 8 Milliarden US-Dollar aus; dieser Betrag übersteigt das Jahresbudget des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WEP).⁶

Die einzige jetzt entscheidende Frage ist, wie sichergestellt werden kann, dass alle Menschen Zugang zu Lebens-

mitteln haben, und ihre Sicherheit und Gesundheit entlang des ganzen Weges vom Bauernhof bis zum Verbraucher und zur Verbraucherin gewährleistet werden kann. Leider war dies nicht die Priorität, die die Lebensmittelversorgung in den letzten Jahrzehnten geprägt hat. Aber der Weg dorthin ist nicht so kompliziert, wie es scheinen mag.

Shutdown führt zu Hunger

Die Abschaltung eines Großteils der Weltwirtschaft seit März 2020 hat dazu geführt, dass viele Menschen auf ihr Zuhause oder ihre Nachbarschaft beschränkt sind und nicht arbeiten können. Fabriken wurden stillgelegt, Bauprojekte gestoppt, Restaurants und Büros geschlossen und Transportmittel stellten den Betrieb ein. In vielen Ländern haben Wanderarbeiter*innen, Studentinnen und Studenten sofort versucht, nach Hause zu ihren Familien zu gelangen, auf die sie sich abstützen können; vielen aber gelang diese Reise wegen fehlender Transportmöglichkeiten oder aufgrund von Grenzsicherungen nicht.

Diese Corona-Maßnahmen scheinen ohne große Rücksicht auf die tatsächliche Funktionsweise der Lebensmittelversorgung umgesetzt worden zu sein. Die Landwirte waren zwar meistens – wenn auch nicht immer – in der Lage, die Arbeit auf ihren Höfen weiterzuführen, aber es fehlt ihnen an Arbeitskräften – und dies gerade zu einer Zeit, wenn in vielen Teilen der Welt Ernte- oder Geburtszeit ist – und an den Mitteln, um Produkte und Vieh vom Hof zu Kooperativen, Sammelstellen, Schlachthöfen, Händlern oder Märkten zu bringen. Die Schließungen von Schulen, Büros und Restaurants haben das System erstickt, was zu einer enormen Verschwendung geführt hat. Infolgedessen wird Milch weggeschüttet, Tiere werden eingeschläfert und Feldfrüchte in den Boden gepflügt. In ähnlicher Weise wurde gegen Fischer, die wie in Uganda nachts vor Ort fischen, aufgrund von Ausgangssperren Hausarrest verhängt.⁷

In den Städten haben oft Gewalt, Missbrauch und Korruption diese Schließungen auf unverständliche Weise begleitet. In Ostafrika, wie auch in Teilen Asiens, wurden Straßenverkäufer*innen, die auf der Straße erwischte wurden, mit Peitschen und Gummigeschossen konfrontiert.⁸ In städtischen und stadtnahen Gemeinden kam es zu Unruhen, als knappe Nahrungsmittelhilfe eintraf.⁹ Im Libanon wurde bei solchen Unruhen sogar eine Person getötet.¹⁰ Und in eSwatini, dem ehemaligen Swasiland, hat die Regierung einfach beschlossen, dass sie nicht die Städte ernähren, sondern sich dabei auf die ländlichen Gebiete konzentrieren wird.¹¹

In der Zwischenzeit wurden den Nahrungsmittelkonzernen Ausnahmeregelungen gewährt, die die Gesundheitskrise wesentlich verschärft haben, ohne dass die Menschen zu genügend Nahrung kommen. Einige der weltweit schlimmsten Ausbrüche von Covid-19 waren in Fleischverarbeitungsbetrieben multinationaler Konzerne in Brasilien, Kanada, Spanien, Deutschland und den USA zu verzeichnen. Obwohl diese Betriebe hauptsächlich Fleisch für den Export produzieren, galten sie als «lebenswichtige Dienstleistung» und durften ihre Kapazitäten voll auslasten, wodurch ihre Arbeiter*innen mit den umliegenden Gemeinden wissentlich einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt werden.¹² In den USA sind bis zum 6. Mai d. J. 12 000 Arbeiter*innen in Fleischfabriken erkrankt und 48 sind gestorben.¹³ Auch Verarbeitungsbetriebe für Meeresfrüchte sind Hotspots, wie etwa in Ghana, wo ein Ausbruch in einer Thunfischkonservenfabrik der Thai Union für 11% der Covid-19-Fälle im ganzen Land verantwortlich ist.¹⁴ Die Beschäftigten von Supermärkten und E-Commerce-Plattformen sehen sich ebenfalls mit der enormen Schwierigkeit konfrontiert, sich einerseits genügend zu schützen und andererseits die so genannten «wesentlichen Arbeiten» zu erbringen, die von den Sperren ausgenommen sind. Die Ölpalmenplantagen haben ihren Betrieb größtenteils aufrechterhalten – um die Produktion dringend benötigter Seifen zur Bekämpfung der Pandemie sicherzustellen, wie ihre Eigentümer behaupten – aber einige haben sich über lokale Verordnungen hinweggesetzt oder nicht den notwendigen Schutz für die Beschäftigten bereitgestellt.¹⁵

Es besteht die Gefahr, dass die Genesung schlimmer wird als die Krankheit. Menschen, die seit dem Ausbruch der Pandemie weder Arbeit noch Lohn haben – der Großteil des informellen Sektors, aber auch Arbeiter*innen aus dem formellen Sektor – sehen sich nun mit der wachsenden Realität des Hungers konfrontiert. Nach Angaben des WEP [Welternährungsprogramm] ist das Risiko derzeit in etwa zehn Ländern am höchsten, von denen die meisten in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, wie Somalia oder Südsudan. Doch der mangelnde Zugang zu Nahrungsmitteln aufgrund der Betriebsschließungen unter Covid-19 und die daraus resultierende weltweite Rezession, die, wie uns gesagt wird, noch Monate andauern wird, bedroht jetzt viele andere Länder. In Indien haben 50% der Landbevölkerung aufgrund der Schließung weniger zu essen.¹⁶ Weltweit könnte sich die Zahl der Menschen, die unter akutem Hunger leiden, von heute 135 Millionen auf 265 Millionen bis Ende des Jahres verdoppeln, so das WEP.¹⁷

Schon jetzt stehen die am härtesten Betroffenen vor dieser schmerzlichen Wahl. Das Sprichwort «Lieber sterbe ich am Coronavirus als zu verhungern» ist in Haiti, Angola, im Libanon, in der Demokratischen Republik Kongo, Mayotte, Indien und Lateinamerika weit verbreitet.¹⁸ Sogar in Belgien heißt es nun: «Entweder wir sterben an Hunger oder am Coronavirus. Wir müssen uns entscheiden».¹⁹ In Westafrika lautet die Losung: «Der Hunger wird uns töten, bevor es Corona tut».

Klar ist: Wenn dieser sich ausbreitende Hunger das Ausmaß einer globalen Krise erreicht, dann nicht wegen mangelnder Produktion oder gar wegen Hortens. Das Angebot ist reichlich vorhanden. Vielmehr hat sich gezeigt, dass das System der Verteilung nicht in der Lage ist, alle sicher zu ernähren; dies betrifft gerade die hochkonzentrierten und exponierten Bevölkerungssegmente, die nicht auf die Krise reagieren können.

Kreative Alternativen aus der Bevölkerung

Eine der ersten Maßnahmen, die viele Behörden ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen, war die Schließung von Restaurants, Cafés, Imbissständen und Frischmärkten. Als Reaktion darauf entstanden oft spontan viele andere Wege, um Lebensmittel dorthin zu bringen, wo sie benötigt werden, oft unter Nutzung sozialer Medien. Auf Facebook und Whatsapp haben sich Gruppen gebildet, um gemeinsam zu ermitteln, wo sich die Lebensmittelvorräte befinden oder um gemeinsam Produkte von Bauern zu beschaffen. Geschlossene Restaurants und Kantinen nutzen ihre Ressourcen, um auf lose Lebensmittelvorräte wie Mehl oder Getreide zuzugreifen, sie neu zu verpacken und in kleinen Mengen zu verkaufen. «Umnutzung» ist zum Wort der Stunde geworden, wenn Gemeinschaften zusammenkommen oder sich formieren, um Lebensmittel mit kreativen Mitteln zu finden und zu transportieren.

Die Landwirte beschreiten ebenfalls innovative Wege, um ihre Produkte zu verkaufen und zu transportieren. In Europa haben sie mit dem Verkauf ab Hof, mit Lieferungen an Krankenhäuser und mit Online-Vertrieb begonnen und sind über öffentliche Landwirtschaftsprogramme und Bauernmärkte direkt mit den Verbraucher*innen in Kontakt getreten.²⁰ In Asien sind die Bauern und Bäuerinnen über soziale Medien oder E-Commerce-Instrumente online gegangen, um alternative Märkte zu organisieren.²¹ Im indischen Karnataka beispielsweise haben Landwirte begonnen, Twitter zu nutzen, um Videos zu ihren Produkten aufzuschalten und mit Käufer*innen in Kontakt

zu treten. Andere beleben erneut traditionelle Tauschsysteme, um dem Mangel an Bargeld beizukommen und das Angebot an die Nachfrage anzupassen.²² In Indonesien hat eine Gewerkschaft von Fischer*innen in Indramayu, West-Java, eine Initiative gestartet, um mit lokalen Bauerngruppen im Rahmen einer kollektiven Aktion mit dem Namen «Lebensmittelscheune der Fischer» Handel zu treiben. Da Restaurants und Märkte geschlossen wurden, fehlen den Fischern die Käufer*innen. Deshalb tauschen sie mit den Bauern und Bäuerinnen Fisch gegen Reis und Gemüse. Dadurch sorgen die verschiedenen Gemeinden für Nahrung und Lebensunterhalt.²³

In Lateinamerika sind die ländlichen Gemeinden am wenigsten von dem Virus betroffen. Viele von ihnen organisieren sich, um Nahrungsmittel an die Armen in den Städten zu verteilen. In Cauca, Kolumbien, haben die Nasa – die sich selbst als Langzeitüberlebende von Viren, Kriegen und dem Eindringen der Agrarindustrie betrachten – gemeinsam einen «Lebensmittelmarsch» organisiert und Lieferungen aus ihrer Ernte in die verarmten Stadtviertel gebracht, um der Abriegelung zu trotzen.²⁴ In Brasilien hat die Landlosen-Bewegung ohne jegliche staatliche Unterstützung 600 Tonnen gesunder Nahrungsmittel an Krankenhäuser, Obdachlose und andere gefährdete Teile der Bevölkerung in 24 Bundesstaaten des Landes gespendet.²⁵ Die Mitglieder sind auch dabei, städtische Cafés in Suppenküchen und Bildungseinrichtungen in behelfsmäßige Krankenhäuser umzuwandeln, in denen mit ihnen verbündete Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen ihre Dienste anbieten.²⁶

In Simbabwe hat die Abriegelung den Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse von den großen Farmen im ganzen Land zum Erliegen gebracht. Kleinbauern und -bäuerinnen, die nur begrenzte Unterstützung erhalten, füllen die Lücke und suchen neue Wege, Gemüse und andere Produkte auf die Märkte zu bringen. Frontleute der Bauernbewegung sagen, diese Verschiebung in der Nahrungsmittelmatrix zeige, dass die 1,5 Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen des Landes in der Lage sind, die Nation zu ernähren.²⁷

Auch lokale Regierungen, Privatpersonen und Unternehmen haben ihren Beitrag geleistet. In Vietnam wurden öffentliche Automaten erfunden, so genannte «Reis-Geldautomaten»; mit diesen wird Familien der Zugang zu einer kostenlosen Tagesration Reis ohne physischen Kontakt oder Horten ermöglicht.²⁸ In Indien hat der Bundesstaat Kerala eine Kampagne namens «Subhiksha Keralam» gestartet, die mittels Subventionen, Infrastruktur und ande-

ren Unterstützungsmechanismen die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu erreichen sucht.²⁹ In Thailand wurden unter der Quarantäne mit Unterstützung der lokalen Behörden Bangkoks mobile Gemüseläden wiederbelebt. Der städtische Großmarkt stellt Kleinproduzenten und Händlern Hunderte von Lastwagen zur Verfügung, damit sie auf Haus-zu-Haus-Lieferungen umsteigen können.³⁰ Und in vielen Teilen Afrikas passen die Motorradlieferdienste ihre Praktiken an, um die Lebensmittelversorgung der Menschen zu erleichtern, die sie benötigen.³¹

Ob durch Solidarität, gegenseitige Hilfe, ehrenamtliche Arbeit oder Kooperativen, ob formell oder informell, diese Welle gemeinschaftsorientierter Bemühungen, Nahrungsmittel dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden, ist von entscheidender Bedeutung und erfordert dringend Ressourcen. Initiativen an der Basis sind zwar nicht «die» Lösung, aber sie weisen sicherlich in die richtige Richtung.

Übergang zu kommunitären Ernährungssystemen

Um die Katastrophe zu verhindern, vor der uns sowohl die IAO als auch das WEP warnen, fordern wir drei Arten von Maßnahmen.

Kurzfristig:

1) *Materielle und finanzielle Ausstattung von Gemeinschaftsinitiativen:* Es ist dringend notwendig, dass die Bemühungen der informellen Zusammenhänge um die Versorgung der Bedürftigen klar anerkannt und unterstützt werden. Für diese Bemühungen sollten finanzielle Mittel, Instrumente und andere Mittel bereitgestellt werden. Dabei kann es sich um Geld oder Materialien für Nachbarschaftsgruppen oder indigene Gemeinschaften handeln, die persönliche Schutzausrüstung, Räume oder Mittel benötigen, mit denen Vorräte organisiert und transportiert werden können. Dies kann Unterstützung für regionale und lokale Regierungen umfassen, damit diese die Arbeit gemeinsam mit gemeindebasierten Organisationen, Kooperativen, Bäuerinnen und Bauern durchführen können. Und dann die Unterstützung der lokalen Regierungen selbst, sei es durch politische Maßnahmen oder Infrastruktur. Viele tun dies bereits, aber diese Anstrengungen müssen massiv und schnell aufgestockt werden. Die Finanzmittel der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und anderer Geber an die Regierungen für die Meisterung der Gesundheitskrise gehen zu einem großen Teil an große Unternehmen. Es wäre besser, den lokalen Regierungen mehr Mittel zuzuweisen, damit sie die Bemühungen der Gemeinden unterstützen können.

Längerfristig:

2) *Verbesserung der Bedingungen für Bauern, Bäuerinnen und Arbeiter*innen:* Wir müssen die Position der Arbeitenden im Lebensmittelsystem verbessern, von der Produktion oder Beschaffung bis hin zum Einzelhandel, zur Lieferung und zum Lebensmittelservice. Das bedeutet unter anderem: Höhere Löhne oder ein universelles Grundeinkommen, das einkommensschwache Lohnabhängige viel besser bezahlt und auch die Menschen außerhalb der Lohnarbeit erreicht; eine Mitentscheidung über eine Neudefinition von Arbeit und der Arbeitsprozesse, wie es viele Gewerkschaften fordern; volle Rechte auf Gesundheitsversorgung, Gefahrenzulage, sichere Arbeitsbedingungen und Kinderbetreuung; und, vielleicht am wichtigsten, einen besseren Status in der Gesellschaft. Die Landwirte müssen auch mit zuverlässigen Systemen unterstützt werden, damit sie ihre Produkte zu fairen Preisen auf die Märkte bringen und ihren Lebensunterhalt sichern können. Gleichzeitig müssen den Landarbeiter*innen existenzsichernde Löhne und gesunde Arbeitsbedingungen garantiert werden. Die Covid-19-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig landwirtschaftliche Arbeit, Transport, Lebensmittelverteilung für unser Wohlergehen sind. Die Menschen, die in diesem System arbeiten, arbeiten ebenso an der Front wie die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Sie verdienen einen besseren Arbeitsplatz, eine bessere Bezahlung und eine gerechtere Verteilung der Leistungen. Jetzt ist es an der Zeit, diesen Strukturwandel voranzutreiben.

3) *Wiederaufbau einer öffentlichen Lebensmittelversorgung:* Wir müssen von der Öffentlichkeit kontrollierte Märkte im Lebensmittelbereich neu erfinden und stärken, und zwar von der lokalen Ebene an aufwärts. Und wir müssen diese Märkte mit der Produktion der Kleinlandwirtschaft und Fischerei verbinden. Die Corona-Sperrmaßnahmen haben uns recht deutlich vor Augen geführt, dass wir uns nicht auf den Welthandel als Strategie verlassen können, und dass die Kontrolle der Konzerne über wichtige Segmente unserer Nahrungsmittelversorgung unser Überleben gefährdet. Wir müssen damit aufhören, öffentliche Gelder an große Nahrungsmittel- oder Agrarunternehmen zu vergeben, es sei denn zur Stärkung der Arbeitenden. Wir müssen die Konzentration der Lebensmittelindustrie zurückdrängen, und zwar durch Maßnahmen wie Anti-Kartellgesetze im gesamten Nahrungsmittelsektor und mittels direkter Nahrungsmittelverteiler. Wir wissen, dass weitere Pandemien kommen werden. Jetzt ist die Gelegenheit für Fortschritte durch den Aufbau einer öffentlichen Ausrichtung unserer Lebensmittelsysteme, ähnlich wie

im Gesundheitssektor, wo wir öffentliche medizinische Forschung, öffentliche Krankenhäuser und Generika haben müssen, die nicht durch Patente belastet sind, die dem Profit der Unternehmen dienen. Lebensmittel sind nicht nur ein öffentliches Gut; sie sind ein soziales Gut und sie müssen ebenso wie die Gesundheitsversorgung garantiert, geschützt und für alle bereitgestellt werden.

Wenn etwas Positives aus dieser Krise hervorgehen sollte, so müssen wir nach Jahrzehnten der Privatisierung und der Einflussnahme der Konzerne die öffentlichen Versorgungssysteme in unseren Ländern zurückgewinnen und konsolidieren. Diese Systeme sollten Lösungen unterstützen und auf Lösungen aufbauen, die lokale Gemeinschaften bereits anbieten. Nahrung ist ebenso wie Gesundheit ein entscheidender Ansatzpunkt.

Quelle: <https://grain.org/e/6465#.XsE6dyHDAHs.twitter>

■ Übersetzung: Willi E.

1 GRAIN ist eine kleine internationale Non-Profit-Organisation zur Unterstützung von Kleinbauernschaften und sozialen Bewegungen in ihrem Kampf für Ernährungssysteme, die von den Communities kontrolliert werden und der Erhaltung der Biodiversität verpflichtet sind. (Siehe ihre ausführliche Selbstdarstellung unter <https://grain.org/en/pages/organisation>). [Anm. d. Red.]

2 Hausangestellte mit Verträgen, Bauern und Bäuerinnen, Kleinhändler*innen mit eingetragenen Unternehmen werden nicht unter die Definition der informellen Ökonomie gefasst.

3 ILO, “Women and men in the informal economy: A statistical picture”, 2018, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_626831.pdf, page 21.

4 ILO, “As job losses escalate, nearly half of global workforce at risk of losing livelihoods”, 29 April 2020, https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_743036/lang-en/index.htm

5 ILO, “Women and men in the informal economy: A statistical picture”, 2018, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_626831.pdf, page 21.

6 Nestlé, “Results of the 153rd Annual General Meeting of Nestlé S.A. held on April 23, 2020”, <https://www.nestle.com/sites/default/files/2020-04/annual-general-meeting-2020-summary-minutes-en.pdf>. Im Jahr 2018 sammelte das WEP 7.2 Milliarden US\$, siehe: <https://www.wfp.org/overview>

7 International Panel of Experts on Sustainable Food Systems, “COVID-19 and the crisis in food systems”, April 2020, <http://www.ipes-food.org/pages/covid19>

8 Alex Esagala et al, “Canes, tears in Kampala over coronavirus”, Daily Monitor, 26 March 2020, <https://www.monitor.co.ug/News/National/Photos-that-will-compel-you-cancel-your-journey-Kampala/688334-5505362-g3u0ib/index>.

html and Boitumelo Metsing, “Food parcel protest turns ugly as cops fire rubber bullets at hungry residents”, The Star, 29 Apr 2020, <https://www.iol.co.za/the-star/sport/food-parcel-protest-turns-ugly-as-cops-fire-rubber-bullets-at-hungry-residents-47325962>

9 Tom Odula and Idi Ali Juma, “Stampede in Kenya as slum residents surge for food aid”, Associated Press, 10 April 2020 <https://komonews.com/news/nation-world/stampede-in-kenya-as-slum-residents-surge-for-food-aid>

10 Jean Shaoul, “Protester killed in Lebanon during riots against soaring food prices”, World Socialist Website, 29 April 2020, <https://www.wsws.org/en/articles/2020/04/29/leba-a29.html>

11 “Swaziland govt. confirms it will not feed the starving in towns and cities during coronavirus lockdown”, Swazi Media Commentary, 29 April 2020, <https://allafrica.com/stories/202004290702.html>

12 United Food and Commercial Workers International Union, “UFCW calls on USDA and White House to protect meatpacking workers and America’s food supply”, 30 April 2020, <http://www.ufcw.org/2020/04/30/covidpacking/>. Während es in der europäischen Fleischverarbeitung ebenfalls zu Ausbrüchen kommt, so sind diese nicht so tiefgreifend und breit wie in den USA, wo die Konzentration der Fabriken höher ist.

13 Leah Douglas, “Mapping Covid-19 in meat and food processing plants”, Food and Environment Reporting Network, 22 April 2020, <https://thefern.org/2020/04/mapping-covid-19-in-meat-and-food-processing-plants/>

14 Rachel Sapin and Drew Cherry, “Thai Union plant is source of coronavirus outbreak that sickened over 500, officials say”, IntraFish, 12 May 2020, <https://www.intrafish.com/processing/thai-union-plant-is-source-of-coronavirus-outbreak-that-sickened-over-500-officials-say/2-1-807547>

15 ARD, Green Advocates, JUSTICITIZ, MALOA, NMJD, RADD, Synaparcam and YVE, “We demand justice and safety for workers on Socfin’s rubber/oil palm plantations during the Covid-19 pandemic”, Open letter to Socfin, 29 April 2020, <https://farmlandgrab.org/29602>

16 “Coronavirus impact | Half of rural India is eating less due to COVID-19 lockdown: Survey”, Monetcontrol, 13 May 2020, <https://www.moneycontrol.com/news/india/covid-19-impact-half-of-rural-population-eating-less-amid-coronavirus-crisis-5259491.html>

17 Paul Anthem, “Risk of hunger pandemic as COVID-19 set to almost double acute hunger by end of 2020”, WFP, 16 April 2020, <https://insight.wfp.org/covid-19-will-almost-double-people-in-acute-hunger-by-end-of-2020-59df0c4a8072>

18 Bello, “Choosing between livelihoods and lives in Latin America”, The Economist, 2 May 2020, <https://www.economist.com/the-americas/2020/05/02/choosing-between-livelihoods-and-lives-in-latin-america>; “Lebanon: A New Surge in the Popular Struggle”, International Socialist League, May 4, 2020, <http://lis-isl.org/en/2020/05/04/libano-un-nuevo-salto-en-la-rebelion-popular/>; La Rédaction, « Ici, on a plus peur de mourir de faim que du coronavirus ! », Charlie Hebdo, 6 avril 2020, <https://charliehebdo.fr/2020/04/courrier/courrier-des-lecteurs-mayotte-on-a-plus-peur-de-mourir-de-faim-que-du-coronavirus/>; AFP, “Dans l’Inde confinée,

les pauvres luttent pour survivre”, 9 avril 2020, <https://www.journaldemontreal.com/2020/04/09/dans-linde-confinee-les-pauvres-luttent-pour-survivre>; AFP, “Haïti: mourir de faim aujourd’hui ou du coronavirus demain”, 3 May 2020, <https://www.la-croix.com/Monde/Haiti-mourir-faim-aujourd-hui-coronavirus-demain-2020-05-03-1301092306>; AFP, “«Mieux vaut mourir de cette maladie que mourir de faim»: les Angolais bravent le verrouillage du virus”, 6 Avril 2020, <https://www.fr24news.com/fr/a/2020/04/mieux-vaut-mourir-de-cette-maladie-que-mourir-de-faim-les-angolais-bravent-le-verrouillage-du-virus.html>. Bello, “Choosing between livelihoods and lives in Latin America”, *The Economist*, 2 May 2020, <https://www.economist.com/the-americas/2020/05/02/choosing-between-livelihoods-and-lives-in-latin-america>; “Lebanon: A New Surge in the Popular Struggle”, *International Socialist League*, May 4, 2020, <http://lis-isl.org/en/2020/05/04/libano-un-nuevo-salto-en-la-rebelion-popular/>; La Rédaction, « Ici, on a plus peur de mourir de faim que du coronavirus ! », *Charlie Hebdo*, 6 avril 2020, <https://charliehebdo.fr/2020/04/courrier/courrier-des-lecteurs-mayotte-on-a-plus-peur-de-mourir-de-faim-que-du-coronavirus/>; AFP, “Dans l’Inde confinée, les pauvres luttent pour survivre”, 9 avril 2020, <https://www.journaldemontreal.com/2020/04/09/dans-linde-confinee-les-pauvres-luttent-pour-survivre>; AFP, “Haïti: mourir de faim aujourd’hui ou du coronavirus demain”, 3 May 2020, <https://www.la-croix.com/Monde/Haiti-mourir-faim-aujourd-hui-coronavirus-demain-2020-05-03-1301092306>; AFP, “«Mieux vaut mourir de cette maladie que mourir de faim»: les Angolais bravent le verrouillage du virus”, 6 Avril 2020, <https://www.fr24news.com/fr/a/2020/04/mieux-vaut-mourir-de-cette-maladie-que-mourir-de-faim-les-angolais-bravent-le-verrouillage-du-virus.html>.

19 Annick Ovine, “Nous, on doit choisir: mourir de faim ou crever du coronavirus”, *La Libre*, 16 March 2020, <https://www.lalibre.be/belgique/societe/nous-on-doit-choisir-mourir-de-faim-ou-crever-du-coronavirus-5e6f91f-c9978e201d88bcf20c>

20 European Coordination Via Campesina, “ECVC survey on the impact of Covid-19 on peasant farming”, April 2020, <https://www.eurovia.org/wp-content/uploads/2020/04/ECVC-SURVEY-ON-THE-IMPACT-OF-COVID-19-ON-PEASANT-FARMING.pdf>

21 Zhenzhong Si, “Commentary: How China ensured no one went hungry during coronavirus lockdown”, *Channel News Asia*, 19 April 2020, <https://www.channelnewsasia.com/news/commentary/coronavirus-covid-19-china-grocery-food-security-price-delivery-12640426>

22 Shahroz Afridi, “Madhya Pradesh: Left without cash, lockdown forces villagers to adopt barter system”, *Free Press Journal*, 22 April 2020, <https://www.freepressjournal.in/bhopal/madhya-pradesh-left-without-cash-lockdown-forces-villagers-to-adopt-barter-system>

23 Pandangan Jogja, “Barter Ikan Nelayan dengan Beras Petani, Cara Nelayan Bertahan di Tengah Pandemi”, *Kumparan*, 11 Mei 2020, <https://kumparan.com/pandangan-jogja/barter-ikan-nelayan-dengan-beras-petani-cara-nelayan-bertahan-di-tengah-pandemi-1tOVhGXPMQr>

24 Rita Valencia, “Los nasa de Colombia dicen: Porque no seremos los mismos, hay que liberar”, *Ojarasca*, 9 May 2020,

<https://ojarasca.jornada.com.mx/2020/05/09/nasa-de-colombia-porque-no-seremos-los-mismos-hay-que-liberar-1000.html>

25 MST, “Produzir alimentos saudáveis e plantar árvores: a Reforma Agrária Popular no combate ao Coronavírus”, 29 de março de 2020, <https://mst.org.br/2020/03/29/produzir-alimentos-saudaveis-e-plantar-arvores-a-reforma-agraria-popular-no-combate-ao-coronavirus/>

26 Rebecca Tarlau, “Activist farmers in Brazil feed the hungry and aid the sick as president downplays coronavirus crisis”, *The Conversation*, 5 May 2020, <https://theconversation.com/activist-farmers-in-brazil-feed-the-hungry-and-aid-the-sick-as-president-downplays-coronavirus-crisis-136914>

27 Ignatius Banda, “COVID-19: Zimbabwe’s smallholder farmers step into the food supply gap”, *IPS*, 12 May 2020, <http://www.ipsnews.net/2020/05/covid-19-zimbabwes-smallholder-farmers-step-food-supply-gap/>

28 “Vietnam entrepreneur sets up free ‘rice ATM’ to feed the poor amid coronavirus lockdown”, 16 April 2020, <https://youtu.be/IWLuIO1DGAA>

29 Samuel Philip Matthew, “COVID-19 in Kerala: Staying ahead of the curve”, *NewsClick*, 9 May 2020, <https://www.newsclick.in/COVID-19-Kerala-Highest-Recovery-Rate-Pandemic>

30 Juarawee Kittisilpa, “Thai grocery trucks get new life from coronavirus shutdown”, *Reuters*, 14 April 2020, <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-thailand-grocery-t/thai-grocery-trucks-get-new-life-from-coronavirus-shutdown-idUSKCN21W0O4?il=0>

31 AFP, “African e-commerce firms get coronavirus boost”, 15 May 2020, <https://news.yahoo.com/african-e-commerce-firms-coronavirus-boost-033743948.html>

DIE WELTWIRTSCHAFT IM CHAOS

Die Pandemie hat die Weltwirtschaft tiefgreifend gestört. Anstatt zu versuchen, Prognosen zu treffen, möchte ich mit diesem Artikel zeigen, warum dies unmöglich ist. Die Logik dieser Krise ist in der Tat beispiellos und der Ausweg daraus wird nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von gesundheits- und sozialpolitischen Faktoren abhängen. Dabei soll ausführlicher auf die Folgen dieser Krise für das Schuldenmanagement in Europa eingegangen werden.

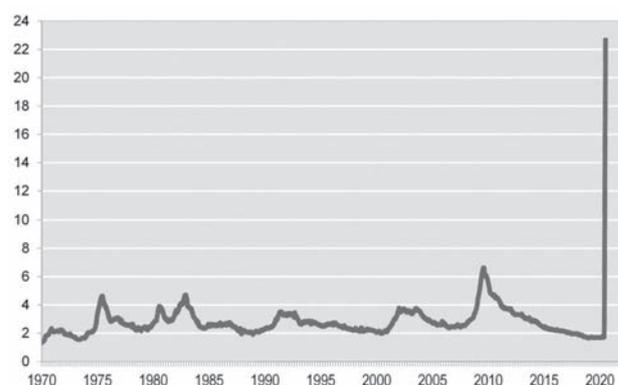
■ Michel Husson

Diese Krise ist außerordentlich schwerwiegend, wie unter anderem diese spektakuläre Grafik zur Zahl der registrierten Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten zeigt.¹

In einem früheren Beitrag habe ich darauf hingewiesen, dass „das Coronavirus nicht einen gesunden Organismus infiziert, sondern einen Organismus, der bereits an chronischen Krankheiten leidet“.² Die Auswirkungen der Krise lassen sich jedoch nicht vollständig auf die Schwächen des bestehenden Systems reduzieren. Es ist anzunehmen, dass die Pandemie in jedem Fall gewaltige Auswirkungen gehabt hätte, auch wenn sie auf eine „gesunde“ Wirtschaft gestoßen wäre. Diese Krise hat ihren Ursprung nicht in der Finanzsphäre, sondern direkt in der sogenannten „realen“ Wirtschaft. Sie kann daher nicht in der gleichen Weise analysiert werden wie die vorangegangene Krise aus dem Jahr 2008. Tatsächlich sind es hier die produktiven Beziehungen, die direkt blockiert wurden, sodass sich die Übertragungswege diesmal völlig unterscheiden.

Ökonomen unterscheiden gerne zwischen „Angebotsschocks“ und „Nachfrageschocks“, aber diese Unterscheidung, die schon immer fragwürdig war, macht im Fall dieser Krise eindeutig keinen Sinn. Es ist die Menge

GRAFIK 1



der Reproduktionsschemata – um einen marxistischen Begriff zu verwenden –, die aufgebrochen worden sind. Wichtig an der Analyse von Marx ist, dass die Bedingungen dieser Reproduktion sowohl die Produktion von Waren – und von Mehrwert („Angebot“) – als auch die soziale Nachfrage betreffen, die diesen Mehrwert „realisieren“ kann. Unter den gegenwärtigen Umständen sind die Bedingungen für diese Reproduktion nicht mehr gewährleistet.

Man braucht sich nur die verschiedenen Komponenten dieses Angebots und dieser Nachfrage anzuschauen, um zu verstehen, warum. Die unmittelbare Folge der Einschränkungen (Lockdown) ist ein Rückgang des Verbrauchs und der Produktion: Betriebe werden geschlossen und produzieren daher nicht mehr, Geschäfte werden geschlossen und der Konsum eingeschränkt. Investitionen stehen offensichtlich wegen der sinkenden Auftragslage, aber auch wegen der Unsicherheit über die Aussichten still. Schließlich ist der Welthandel geschrumpft. Wir sehen die unauflösbare Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage, die in den offiziellen Prognosen nicht berücksichtigt wird.

Kein V-förmiger Wiederaufschwung

Ausgangspunkt sind dabei die jüngsten Prognosen der Europäischen Kommission (die sich qualitativ kaum von der des IWF unterscheidet).³ Die nachstehende Tabelle zeigt, dass die Kommission für alle Länder eine „V-förmige“ Erholung prognostiziert, d. h. einen Rückgang von 7,7 % im Jahr 2020, gefolgt von einer Erholung von +6,3 % 2021 für die Eurozone. (Tabelle 1)

Die Daten für 2020 sind vorläufig und veranschaulichen das Ausmaß des Einbruchs. Da es sich jedoch um durchschnittliche Wachstumswahlen von einem Jahr zum nächsten handelt, gehen sie implizit von einer enormen Erholung ab der zweiten Jahreshälfte aus. Im Falle Frankreichs stützt die Regierung ihren jüngsten Budgetentwurf auf die Annahme eines Rückgangs des BIP um 8 % für das Jahr 2020, aber angesichts des bereits verzeichneten Rückgangs läuft dies darauf hinaus, ein sehr unwahrscheinliches Wachstum von 35 % im dritten Quartal und 16 % im vierten Quartal anzunehmen.⁴

Im Privaten äußern sich Ökonomen besorgt über diese „Schwarze-Loch-Ökonomie“⁵ (oder sollten es sein). Auf jeden Fall sind ihre Prognosen für 2021 absolut lächerlich. In der Tat postulieren sie, dass die schrittweise Öffnung ab der zweiten Hälfte des Jahres 2020 abgeschlossen sein

TABELLE 1

	Bruttoinlandsprodukt		Arbeitslosigkeit	
	2020	2021	2020	2021
Allemagne	-6,5	5,9	4,0	3,5
Grece	-9,7	7,9	19,9	16,8
Espagne	-9,4	7,0	18,9	17,0
France	-8,2	7,4	10,1	9,7
Italie	-9,5	6,5	11,8	10,7
Portugal	-6,8	5,8	9,7	7,4
Zone euro	-7,7	6,3	9,6	8,6

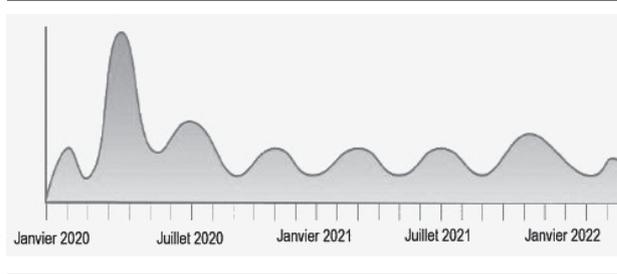
wird. Dabei wird jedoch ein wesentliches Merkmal dieser Krise außer Acht gelassen, nämlich die Kombination zweier Mechanismen: der Stillstand der Wirtschaft – eine Rezession, die man als „normal“ bezeichnen könnte, wenn sie nicht außergewöhnlich heftig wäre – und eine Gesundheitskrise, die einen bestimmten Zyklus auslöst. Mit anderen Worten, die Erholung wird durch außerökonomische Faktoren, die wellenartige Schwankungen auslösen könnten, behindert. Dies war die in einem früheren Beitrag⁶ formulierte Hypothese, die durch eine neuere Studie⁷ bestätigt wird, aus der die folgende Grafik stammt: Sie veranschaulicht den möglichen Verlauf der Zahl der Infizierten im am wenigsten pessimistischen Szenario. (Grafik 2)

„Alle unsere V-förmigen Szenarien haben wir fallengelassen“, räumt ein Betriebswirtschaftler ein.⁸ Eine V-förmige Erholung scheint kurz gesagt ausgeschlossen, weil der wirtschaftliche Abschwung abrupt war, während die Lockerungen notwendigerweise schrittweise erfolgen werden. Hinzu kommen wirtschaftliche Faktoren, die eine rasche Erholung behindern.

Globaler Lockdown

Das Auseinanderbrechen der globalen Wertschöpfungsketten wird den Warenhandel dauerhaft blockieren. Die vo-

GRAFIK 2



rangegangene Krise hatte ihr Wachstum bereits dauerhaft gebremst: Der Trend ab 2011 ist schwächer als zwischen 1990 und 2008, wie die folgende Grafik zeigt. Die aktuelle Krise wird kurzfristig den gleichen Effekt haben, und es ist das pessimistische Szenario der WTO (Welthandelsorganisation),⁹ das am wahrscheinlichsten erscheint: Auch hier ist eine Rückkehr zum vorherigen Trend ausgeschlossen. (Grafik 3)

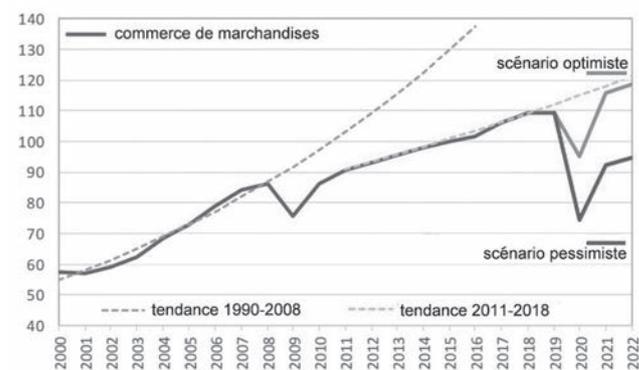
Hinzu kommen die Auswirkungen der Krise auf die Länder des Südens. Entgegen den Befürchtungen hat sich die Pandemie in Afrika bisher relativ wenig ausgebreitet, was ein Glücksfall ist. Aber in vielen Ländern des Südens wird der Hunger mehr gefürchtet als das Virus, weil die Krise die Wirtschaftstätigkeit und die verfügbaren Ressourcen beschränkt.¹⁰ Hinzu kommt, dass die stark globalisierten Lebensmittelversorgungsketten wie alle anderen durcheinandergeraten sind.¹¹

„Der Covid-19-Schock macht nur deutlich, was bereits eine sich rasch entwickelnde Staatsschuldenkrise in den Entwicklungsländern war“, so die UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung).¹² Diese Länder waren bereits von Schuldenlasten niedergedrückt: So gaben die afrikanischen Länder beispielsweise mehr Geld für Schulden als für Gesundheit aus. Mit der Krise sehen sie sich mit einer Verschlechterung ihres Außenhandels, sinkenden Preisen (Öl!) und schwindendem internationalem Kapital konfrontiert. Der IWF hat zwar beschlossen, die Schuldentrückzahlung und die Zinsen für dieses und das nächste Jahr auszusetzen, und der Pariser Club, in dem die wichtigsten Gläubiger zusammenkommen, hat für dieses Jahr für die afrikanischen Länder dasselbe beschlossen.

Die UNCTAD weist jedoch zu Recht darauf hin, dass diese Aussetzung „auf der heroischen Annahme beruht, dass der Covid-19-Schock nur von kurzer Dauer sein wird und dass das Business as usual im Jahr 2021 wieder aufgenommen wird“. Sie ruft feierlich zum Schuldenerlass auf, weil „die Verwüstungen, die die Krise voraussichtlich anrichten wird, wenn keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, für die internationale Gemeinschaft mehr als ausreichend Motivation sein sollten, endlich zu einem kohärenten und umfassenden Rahmen für den Umgang mit nicht tragfähigen Staatsschulden überzugehen“.

Ganz allgemein wird der Wiederaufbau globaler Wertschöpfungsketten auch insofern behindert, als viele Regierungen planen, ihre Unternehmen gezielt zu unterstützen und Produktionsverlagerungen zu fördern.

GRAFIK 3

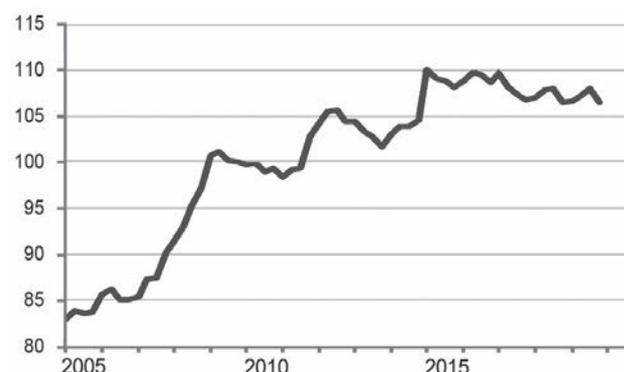


Obwohl diese Versuche zweifellos vergeblich sein werden, verdeutlichen sie einmal mehr die Verflechtung der gesundheitlichen und der wirtschaftlichen Dimensionen der Krise.

Die Unternehmensverschuldung

Die Verschuldung der Unternehmen hatte in der Eurozone bereits ein hohes Niveau von fast 110 % des BIP erreicht, d.h. höher als die Staatsverschuldung. Die untenstehende Grafik¹³ zeigt auch, dass die Kurve schrittweise ansteigt: Auf jede Zunahme der Verschuldung (z.B. mit der Krise 2008) folgt eine Periode des Schuldenabbaus. Dann beginnt die Kurve wieder anzusteigen usw. Sie kann leicht ausgeweitet werden: Die Coronavirus-Krise wird zu einem erneuten Anstieg der Verschuldung führen, was die Unternehmen dazu veranlassen wird, ihre Schulden durch Einschnitte bei Gehältern und Investitionen (aber wahrscheinlich nicht bei Dividenden, denn

GRAFIK 4



die Aktionäre müssen beruhigt werden) zu reduzieren. (Grafik 4)

Hindernisse für eine „normale“ Erholung

Zu den Hindernissen, die einer raschen Erholung im Weg stehen, gehören die Verzerrung der sektoralen Nachfragestruktur auf Kosten von Industriegütern, abzubauen Lagerbestände und Verluste bei der Arbeitsproduktivität, ganz zu schweigen von der Gefahr eines Wiederauflebens der Sparpolitik. Wir beschränken uns hier darauf, die Schlussfolgerung eines bereits zitierten früheren Beitrags (Endnote 7) zu wiederholen.

- 1 Die Unternehmen werden wegen der Verschuldung und der unsicheren Marktchancen nur zögerlich investieren und versuchen, Arbeitsplätze und Löhne abzubauen;
- 2 Haushalte, die verarmt oder beunruhigt sind, werden ihren Konsum reduzieren, lieber vorsorglich sparen oder den Kauf von langlebigen Gütern aufschieben;
- 3 Die Regierungen werden am Ende versuchen, die öffentlichen Finanzen zu „bereinigen“;
- 4 Die Wertschöpfungsketten sind desorganisiert und der internationale Handel wird sich verlangsamen;
- 5 Die Schwellenländer, die von Kapitalabflüssen und fallenden Rohstoffpreisen betroffen sind, werden zu einer schrumpfenden Weltwirtschaft beitragen.

Die Frage der Staatsverschuldung

Die unmittelbare Auswirkung der Krise ist eine dramatische Ausweitung der öffentlichen Defizite und damit ein Anstieg der Staatsverschuldung aufgrund des Verlustes von Ressourcen im Zusammenhang mit dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und der Ausgaben zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen. Dies gilt für alle Länder des Euroraums, wie aus der nachstehenden, von der Europäischen Kommission erstellten Tabelle hervorgeht.¹⁴ (Tabelle 2)

Diese Zahlen sind natürlich provisorisch, aber sie erlauben, das Ausmaß des Schocks abzuschätzen. Für Spanien wird erwartet, dass das öffentliche Defizit von 2,8 % des BIP im Jahr 2019 auf 10,1 % im Jahr 2020 ansteigen wird. Die Staatsverschuldung wird voraussichtlich von 95,5 % des BIP im Jahr 2019 auf 115,6 % im Jahr 2020 ansteigen.

Dann stellt sich die Frage, wie diese Schuld „bezahlt“ werden soll. Es gibt mehrere Methoden, die rasch aufgezählt sind: Inflation, Umstrukturierung, Schuldenstreichung, Monetisierung, Besteuerung, Sparmaßnahmen.

Historisch gesehen war die Inflation oft (insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg) ein Mittel zur Verringerung

TABELLE 2

	Staatsdefizit			Staatsverschuldung		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Allemagne	1,4	-7,0	-1,5	59,8	75,6	71,8
Grece	1,5	-4,4	-2,1	176,6	196,4	182,6
Espagne	-2,8	-10,1	-6,7	95,5	115,6	113,7
France	-3,0	-9,9	-4,0	98,1	116,5	111,9
Italie	-1,4	-11,1	-5,6	134,8	158,9	153,6
Portugal	0,2	-6,5	-1,8	117,7	131,6	124,4
Zone euro	-1,1	-4,4	-2,1	79,4	95,1	92,0
En % du PIB						

der realen Schuldenlast. Sie mag in den kommenden Jahren eine Rolle spielen, aber sie ist kein Instrument, das manipuliert werden kann, und eine Deflation scheint ebenso wahrscheinlich. Zudem handelt es sich um einen ungezielten Mechanismus, der nicht nur die Kapitaleigner*innen trifft, sondern auch die Lohnempfänger*innen und Rentner*innen verarmen lassen kann.

Sparmaßnahmen können für die Mehrheit der Bevölkerung nur katastrophale Auswirkungen haben, wie die jüngsten Erfahrungen in Griechenland, Spanien oder Portugal hinreichend gezeigt haben. Doch während fiskalische Sparmaßnahmen vorerst nicht in Frage zu kommen scheinen, sind Lohnkürzungen als Antwort wahrscheinlich. Eine der Herausforderungen beim Überwinden der Krise wird es sein, alles zu tun, um zu verhindern, dass „die Finanzierung von heute zu Schulden von morgen und Strukturanpassungen von übermorgen wird“, wie Daniel Albarracín es sehr treffend formuliert hat.¹⁵

Die Umschuldung besteht darin, die tatsächliche Schuldenlast nach Verhandlungen mit den Gläubigern zu verringern. Die Annullierung ist eine einseitige Maßnahme. Nach einer Prüfung der Maßnahmen, die heute am meisten diskutiert werden, komme ich weiter unten auf diese radikaleren Optionen zurück.

Gott sei Dank gibt es die EZB!

Der erste Vorschlag besteht darin, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu nutzen, der während der vorangegangenen Krise eingerichtet wurde. Er verfügt derzeit über 410 Milliarden Euro, könnte aber neue Anleihen ausgeben, wenn mehr Mittel benötigt werden. Man befände sich aber in der Situation, in der die antragstellenden Länder im Gegenzug ein Memorandum of Understanding

(MoU) akzeptieren müssten, ähnlich denen, die insbesondere Griechenland oder Spanien auferlegt wurden und in böser Erinnerung sind. In der Praxis müssten sich die Länder Institutionen unterwerfen, die schnell geneigt sein könnten, auf Sparmaßnahmen zu drängen. Natürlich wäre auch weniger Konditionalität vorstellbar, aber diese Perspektive ist zu weit von der Logik der Kontrolle entfernt, die die Einrichtung dieses Mechanismus ermöglicht hat. Außerdem würden die Märkte ohne Konditionalität wahrscheinlich zögern, Neuemissionen des ESM zu zeichnen.

Die zweite Option besteht in einer Verlängerung der bereits von der EZB eingerichteten Maßnahmen, die an sich schon erheblich sind. Nach einem Fehltritt von EZB-Präsidentin Christine Lagarde, die behauptete, die EZB müsse sich keine Sorgen um die Spreads (die Unterschiede zwischen den Zinssätzen der einzelnen Länder der Eurozone) machen, wurde dieser Schritt mit der Lancierung eines 750 Milliarden Euro schweren „Pandemic Emergency Purchase Programme“ (PEPP) vollzogen. Die EZB wird in der Lage sein, Schuldverschreibungen der Mitgliedstaaten auf dem Sekundärmarkt zurückzukaufen, und muss sich nicht an die bisherige Regelung über die einzuhaltenden Anteile entsprechend dem Gewicht der einzelnen Staaten am Kapital der EZB halten. Darüber hinaus werden die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Regeln zu Staatsdefizit und -verschuldung ausgesetzt.

Dies ist in der Tat ein Verstoß gegen die Regeln, eine Form der Umgehung der europäischen Verträge. Die Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe lagen richtig, als sie versuchten, diese Initiative der EZB einzudämmen. Bei dieser Gelegenheit sei die EZB gewürdigt, die besser und schneller als in der vorangegangenen Krise reagiert hat: „Gott sei Dank gibt es die EZB!“, so drückten Beamte des französischen Finanzministeriums ihre Erleichterung aus.¹⁶

Coronabonds

Der dritte Vorschlag wäre die Ausgabe von Coronabonds, was eine Wiederholung der Ausgabe von Eurobonds wäre, die während der vorangegangenen Krise erfolglos aufgelegt wurden. Öffentliche Schuldverschreibungen würden direkt auf europäischer Ebene emittiert. Mit anderen Worten, es wäre eine europäische Schuld und nicht mehr eine spanische, französische usw. Diese Wechselseitigkeit hätte den Vorteil, dass die Zinsunterschiede von einem Land zum anderen eliminiert würden und somit verhindert würde, dass die schwächsten Länder spezifisch von der Krise getroffen werden, wie es während der Staatsschul-

denkrise in Europa geschehen ist. Der einheitliche Zinssatz würde wahrscheinlich irgendwo zwischen deutschem und italienischem oder spanischem, aber vielleicht relativ nahe am deutschen Zinssatz liegen, wenn die Märkte durch die gemeinsame Garantie „beruhigt“ werden.

Dennoch würden diese Eurobonds oder in diesem Fall Coronabonds weiterhin dem Wohlwollen der Märkte unterliegen. Außerdem würde das System, wenn es sich auf die neuen krisenbedingten Verbindlichkeiten beschränken würde, nicht alle Risiken ausschalten. Tatsächlich geben die verschiedenen Länder jedes Jahr neue Anleihen aus, um die fälligen Obligationen zurückzuzahlen (Schulden „umwälzen“), und genau an diesem Punkt könnten die Märkte Druck ausüben und neue Spreads zwischen den Ländern einführen. Schließlich wird das Geld, das die EZB beim Rückkauf von staatlichen Schuldverschreibungen am Markt bezahlt, zwangsläufig einem Anstieg des Kaufs von Finanzaktiva bewirken und damit deren Preis in die Höhe treiben. Genau deshalb haben die Aktienmärkte, nachdem sie stark gefallen waren, fast die Hälfte dieses Einbruchs wieder aufgeholt.

Das spanische Non-Paper

Einer der innovativsten Vorschläge ist derjenige, den die spanische Regierung zaghaft in Form eines Non-Papers vorgelegt hat.¹⁷ Ein Unterstützungsfonds würde eingerichtet, der aus einer ewigen europäischen Schuld finanziert würde; er sollte sich in der Größenordnung von 1500 Milliarden Euro bewegen, was etwa 10 Prozent des europäischen BIP entspricht. Den Mitgliedsstaaten würden über den EU-Haushalt Subventionen und nicht Kredite gewährt, und zwar im Verhältnis zu den Schäden, die jedem Mitgliedsstaat entstanden sind (Prozentsatz der betroffenen Bevölkerung, Rückgang des BIP, Anstieg der Arbeitslosigkeit).

Der spanische Plan enthält mehrere wichtige Punkte. Der erste ist der Vorschlag für eine ewige Schuld. Eine ewige Schuld ist, wie der Name schon sagt, eine Schuld, die niemals zurückgezahlt wird: Es werden nur Zinsen gezahlt. Man könnte sich vorstellen, dass jeder Mitgliedsstaat seine eigenen ewigen Anleihen (oder Anleihen mit sehr langer Laufzeit, 50 oder 100 Jahre) emittiert. Dies war übrigens der Vorschlag des griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, der Anfang 2015 erfolglos geblieben war. Der Haushalt der Eurozone, möglicherweise erweitert, würde als Garantie dienen. Aber die Märkte müssten sich immer noch für diese Anleihen bereit erklären und hätten hier das letzte Wort.

Die zusätzliche Idee des spanischen Plans ist, dass diese ewige Schuld auf europäischer Ebene ausgegeben wird und dass die Zinsen aus neuen, ebenfalls auf europäischer Ebene festgelegten Steuern gezahlt werden. Laut der *Financial Times* sind die Verdienste dieses Plans „unanfechtbar“.¹⁸ Erstens wäre er der Krise angemessen. Der Umfang des vorgeschlagenen Fonds liegt mit 10 % des BIP in der Tat in der gleichen Größenordnung wie der erwartete Schock für die Wirtschaft. Unterhalb dieser Größe wäre es eine „unangemessene budgetäre Reaktion auf die durch Covid-19 bedingte Rezession“. Der zweite große Vorteil dieses Plans besteht darin, dass er die Divergenzen zwischen den Ländern verringert und die Idee der Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene fördert.

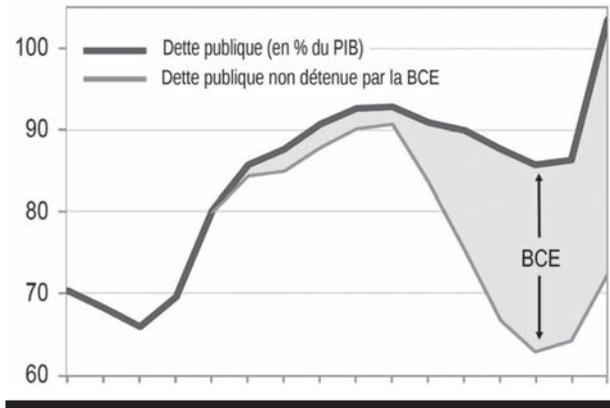
Der Warnung der *Financial Times* lässt sich nur zustimmen: „Das einzige wirkliche Argument gegen diesen Plan ist simpel: Manche ziehen es vor, dass jede Regierung allein für die Bedürfnisse ihrer eigenen Bürger zuständig bleibt. Sie sollten sich der Auswirkungen dessen, was sie befürworten, aber bewusst sein. Sollte die Reaktion auf die Krise in erster Linie national bleiben, wird Europa noch größeren und vielleicht dauerhaften wirtschaftlichen Unterschieden ausgesetzt sein. Sollte es so weit kommen, dann aufgrund bewussten Entscheiden und nicht aus Zufall.“ Dieser Plan hat tatsächlich kaum Chancen, umgesetzt zu werden: Man denke nur an den Streit zwischen den Staaten über den europäischen Haushalt, der fast zehnmal kleiner ist als der spanische Vorschlag.

Auf dem Weg zu einer diskreten Annullierung?

Sollte zu einem vollständigen oder teilweisen Erlass der öffentlichen Schulden übergegangen werden? Laut Alain Minc entspräche dies der „intellektuellen Logik“. Dass dieser Bewunderer der „glücklichen Globalisierung“ und diskrete Berater Macrons zu solchen Behauptungen kommt, ist ebenfalls eine Folge der Krise. Da aber ein Schuldenerlass eine inakzeptable Provokation für die Märkte wäre, greift Minc auf einen Vorschlag zurück, der alles in allem sinnvoll ist: „Am normalsten wäre es, wenn die Zentralbank Schatzscheine gegen niedrig verzinsliche Wertpapiere eintauschen würde, egal ob mit ewiger oder 50- oder 100-jähriger Laufzeit. Die öffentliche Verschuldung würde somit in zwei Teile aufgeteilt: eine private Verschuldung [wie bisher] und eine öffentliche Verschuldung, ewig oder sehr langfristig, die die Zahlungsfähigkeit des Schuldners nicht beeinträchtigen würde.“¹⁹

Ein analoger Vorschlag ist interessant, weil er die Schuldenfrage mit dem Kampf gegen die globale Erwär-

GRAFIK 5



ung verknüpft. Der Mechanismus „bestünde aus einem Erlass der von der EZB gehaltenen öffentlichen Schulden, geknüpft an die Bedingung, dass die Staaten vergleichbare Beträge für kohlenstoffarme Investitionen bereitstellen würden“.²⁰ Man müsste systematisch erfassen, was es bereits gibt, d.h. dass die EZB seit der Einführung der quantitativen Lockerung (QE von Engl. Quantitative easing) einen großen Teil der Staatsverschuldung hält, wie die obige Grafik zeigt.²¹ (Staatsverschuldung in % des BIP; nicht von der EZB gehaltene Staatsverschuldung) Die EZB hat eigentlich keine anderen Trümpfe mehr. Die Alternative könnte schließlich Folgendes sein: Entweder wird diese vernünftige Lösung angenommen oder die Eurozone bricht auseinander. (Grafik 5)

Die Mächtigen zahlen lassen

Man darf nicht vergessen, dass der Anstieg der Staatsverschuldung vor der Krise zum Teil die Folge eines selbstverantworteten Rückgangs staatlicher Steuereinnahmen war. Auf der Grundlage dieses Prinzips sollte auch über die Bewältigung von Defiziten im Zusammenhang mit der Krise nachgedacht werden.

Es ist durchaus möglich, jahrzehntelange Gegenreformen bei den Steuern rückgängig zu machen, indem die Besteuerung von Kapital, Gewinnen und Dividenden von Großunternehmen und Hochverdienern wieder auf das notwendige Niveau erhöht wird. Die Umstände erfordern eine nachhaltige Steuerreform, die die Auswirkungen der Krise auffangen und mit einer sozialen und ökologischen Richtung einhergehen kann. Idealerweise sollte diese Reform natürlich auf europäischer Ebene durchgeführt werden, um Kapitalflucht und Steuerdumping zu vermei-

den. Auch wenn dies außer Reichweite zu sein scheint, müssen wir die Notwendigkeit und das Recht jedes Staates bekräftigen, solche Reformen durchzuführen, und gleichzeitig den Kampf anführen, damit er auf so viele Länder wie möglich ausgedehnt werden kann.

Es ist zweifellos nützlich, vorbildhafte Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Frankreich oder die Einführung einer „Covid-Steuer“ vorzuschlagen, die gegenwärtig jedoch begrenzt wäre, weil es sich um eine Ausnahmesteuer handeln würde, die direkt auf europäischer Ebene vorgeschlagen wird.²²

Ungehorsam gegenüber den „Märkten“.

Die Schuldenfrage ist ein guter Indikator dafür, was in Europa auf dem Spiel steht. Hinter den hochtechnischen Debatten verbergen sich eminent politische Fragen. Die erste wird durch das Prinzip der Wechselseitigkeit, unabhängig von ihrer instrumentellen Form, aufgeworfen. Die Alternative ist folgende: Entweder kann jedes Land seine Probleme allein bewältigen oder es wird während dieser Krise ein zusätzliches Maß an Integration geleistet, was für eine Pandemie, die keine Grenzen kennt, natürlich vernünftig wäre.

Die Gefahr, dass dieser Schritt nicht vollzogen wird und es im Gegenteil zu einem Rückzug auf vermeintliche nationale Interessen kommt, die von politischen Orientierungen souveräner Natur getrieben werden, ist jedoch groß. Dies würde aber ein zunehmendes Auseinanderdriften der Länder der Europäischen Union bedeuten, mit einer Tendenz zur Vasallisierung der Länder des Südens (wie Griechenland), was wiederum zum Auseinanderbrechen der Eurozone führen könnte, was, wie wir uns vorstellen können, für alle eine Katastrophe wäre.

Der zweite entscheidende Faktor ist die Beziehung zu den „Märkten“, d.h. zu den Finanz- und Wirtschaftsmächten. Der gesamte europäische Aufbauprozess beruhte darauf, sich diesen „Märkten“ zu unterwerfen, die ständig „beruhigt“ werden müssen, insbesondere was den Umgang mit öffentlichen Schulden und Steuerfragen betrifft. Die Krise hat die EZB dazu veranlasst, sich diesem Gebot zumindest teilweise zu entziehen, aber diese „Übertretung“ könnte durchaus vorübergehend sein. Die Gesundheitskrise hat zumindest ganz konkret das Verdienst, die grundlegende Überlegung aufgeworfen zu haben, dass ein Staat in der Lage sein muss, nach eigenen Erwägungen öffentliche Politiken zu verfolgen, um „Gemeingüter“ wie die Gesundheit zu gewährleisten, ohne gegenüber den Privatinteressen, die durch die Märkte vertreten sind, Rechenschaft ablegen zu müssen.

Und schließlich sollte Konditionalität eine wesentliche Forderung sein. Auf dem Höhepunkt der Krise unterstützen die Regierungen Haushalte und Unternehmen, was natürlich nützlich ist. Aber Beihilfen für Unternehmen sollten zumindest an Bedingungen geknüpft werden, zum Beispiel im Falle der 7 Milliarden Euro, die die Regierung an Air France zu zahlen bereit ist. Anstatt zu versuchen, zum vorherigen Zustand zurückzukehren, wäre es besser, eine ganze Reihe von Industrien nach ihrer Verstaatlichung umzustrukturieren.

Die für das Wohlergehen der Menschen förderlichsten Ausrichtungen werden auch mit den Dogmen der herrschenden Wirtschaft und Appellen an besondere Bemühungen und Einschränkungen konfrontiert sein. Hinter diesen Dogmen zeichnen sich aber wie immer die Interessen der Besitzenden ab, deren Egoismus und Geiz durchaus mit der Beschwörung nationaler Interessen einhergehen kann. Aus diesem Grund ist es unmöglich, in Zeiten sozialer Unruhen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung abzugeben. Das ist auch der Grund, warum der Weg aus der Krise eine Frage sozialer und politischer Konfrontation sein wird.

(15. Mai 2020)

Erschienen in *Alencontre* am 17. Mai 2020

■ Übersetzung: tigris

1 Quelle: Bureau of Labor Statistics. Siehe auch diese Animation.

2 Michel Husson, « Le néo-libéralisme contaminé », *A l'encontre*, 31. März 2020.

3 Commission européenne, Forecast Spring 2020 ; FMI, *The Great Lockdown*, World Economic Outlook, April 2020.

4 Eric Heyer, « Une croissance de -8 % en 2020 est-elle encore possible ? », OFCE, 5. Mai 2020.

5 Marie Charrel, « Face à la crise, les économistes angoissés par l'économie du trou noir », *Le Monde*, 14. Mai 2020.

6 Michel Husson, « Rebond ou plongeon ? », *A l'encontre*, 29. April 2020.

7 Kristine A. Moore *et al.*, « The Future of the COVID-19 Pandemic: Lessons Learned from Pandemic Influenza », CIDRAP, 30. April 2020.

8 Zitiert von Paul Hannon und Saabira Chaudhuri, « Why the Economic Recovery Will Be More of a 'Swoosh' Than V-Shaped », *The Wall Street Journal*, 11. Mai 2020.

9 WTO, « Trade set to plunge as COVID-19 pandemic upends global economy », 8. April 2020.

10 Paul Anthem, «Le nombre de personnes souffrant de la faim dans le monde risque de doubler en 2020», World Food Program, 22. April 2020; Mathilde Gérard, «Après la pandémie, une grave crise alimentaire menace au Nord comme au Sud»,

Le Monde, 12. Mai 2020.

11 «The global food supply chain is passing a severe test», *The Economist*, 9. Mai 2020, <https://bit.ly/360cmjg>

12 UNCTAD, «From the Great Lockdown to the Great Meltdown: Developing Country Debt in the Time of Covid-19», April 2020.

13 Patrick Artus, «Comment corriger, compenser, la hausse de l'endettement des entreprises de la zone euro?», 13. Mai 2020, <https://bit.ly/3cuRLpO>

14 Comisión Europea, *Forecast Spring 2020*, <https://bit.ly/3cpbbwj>

15 Daniel Albarracín, «¿Del plan Marshall soñado a la farsa de los Pactos de la Moncloa?», *Viento Sur*, 23. April 2020.

16 Raphaël Legendre, «Dette des Etats: le contre la montre a commencé», *L'Opinion*, 30. April 2020.

17 *Spain's non-paper on a European recovery strategy*, 19, April 2020. Unter *Non Paper* versteht man ein Dokument, das Diskussionspunkte vorschlägt, vom Absender aber nicht offiziell vertreten wird.

18 Martin Sandbu, «The merits of Spain's proposed recovery fund are irrefutable», *The Financial Times*, 21. April 2020.

19 Alain Minc, «Pour une dette publique à perpétuité», *Les Echos*, 16. April 2020.

20 Laurence Scialom und Baptiste Bridonneau, «Crise économique et écologique : osons des décisions de rupture», *Terra Nova*, 2. April 2020.

21 Quelle: Patrick Artus, «L'arrêt de la Cour de Karlsruhe révèle l'ambiguïté du comportement de la BCE», 13. Mai 2020.

22 Miguel Urbán, «Por un tasa europea COVID-19 a multimillonarios y multinacionales», *El Diario*, 27. April 2020; Julián Moreno, Manolo Garí, «No tropezar nuevamente con la misma piedra», *El Salto*, 3. Mai 2020.



Verena Kreilinger /
Winfried Wolf / Christian Zeller



CORONA, KRISE, KAPITAL

EINE SOLIDARISCHE ALTERNATIVE
IN DEN ZEITEN DER PANDEMIE



Erscheinungstermin: Juli

Verena Kreilinger, Medienwissenschaftlerin, ist aktiv in der Klimabewegung und bei *Aufbruch – für eine ökosozialistische Alternative*; *Winfried Wolf*, Dr. phil., Politologe und Bundestagsabgeordneter 1994 bis 2002, Chefredakteur von *Lunapark 21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie*, Bücher zu Weltwirtschaft, Verkehr und Stuttgart 21; *Christian Zeller* lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg, engagiert sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung von unten.

Ergänzungstitel

*Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik*

MEMORANDUM 2020

Gegen Markt- und Politikversagen – aktiv in eine soziale und ökologische Zukunft

Paperback; 283 Seiten

€ 18,90 [D] / € 19,50 [A]

ISBN 978-3-89438-732-7



WELTWEITE ANTI-RASSISTISCHE REVOLTE!

■ Büro der Vierten Internationale

Das Ausmaß und die Größenordnung der Massenproteste und Aufstände gegen Rassismus und Polizeigewalt weltweit – im Gefolge des Mordes am schwarzen Arbeiter George Floyd durch die Polizei in Minneapolis, Minnesota, USA – sind ohnegleichen. Die Proteste zeichnen sich durch eine massive Beteiligung junger Menschen verschiedener Hautfarben aus, die sich zu einer generationenübergreifenden Bewegung zusammenfinden. Dabei sind dies in vielen Fällen auch die ersten Demos in Ländern, die gerade erst aus dem Lockdown herauskommen. Die Proteste haben es geschafft, sich auf den Straßen Sichtbarkeit und Geltung zu verschaffen.

In den USA dauern die täglichen Proteste in großen und kleinen Städten seit mehr als zwei Wochen an. Der multirassische, schwarz geführte, weitgehend dezentralisierte, spontane Charakter der meisten Proteste – von denen einige in mehreren Stadtteilen gleichzeitig stattfinden – sind die unverkennbaren Zeichen einer authentischen gesellschaftlichen Massenbewegung. Viele der Demonstrant*innen sind erwerbslos. In der kommenden Zeit werden sich viele von ihnen in Protesten für eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit und in weiteren sozialen Kämpfen engagieren.

Diese antirassistischen Proteste werden vielfach mit polizeilicher Repression überzogen, einschließlich des Einsatzes gefährlicher Chemikalien in Gas- und Pfeffersprays, grundloser Übergriffe gegen friedliche Demonstrant*innen, Ausgangssperren und Massenverhaftungen.

Die Proteste, die außerhalb der USA von Europa bis Australien, von Japan bis Afrika, von Mexiko bis Brasilien stattfinden, sind gleichzeitig Proteste gegen die Ermordung von Floyd und in Solidarität mit den antirassistischen Protesten in den USA sowie Proteste gegen lokale Polizeibehörden und deren Brutalität gegen die schwarze Mehrheitsbevölkerung wie in Brasilien; und es sind auch Proteste indigener Völker in Australien und ethnischer und religiöser Minderheiten und von Migrant*innen. Auf der ganzen Welt tragen Protestierende Schilder mit der

Aufschrift „Black Lives Matter“ und rufen die Namen von People of Color – etwa Adama Traoré in Frankreich (2016) und mehrere Fälle in Großbritannien – die auf ähnliche Weise, wie dies bei George Floyd der Fall war, in den Händen der Polizei ums Leben kamen. Forderungen, Symbole rassistischer und imperialistischer Unterdrückung zu entfernen – wie die Statue des belgischen Königs Leopold II., der den Kongo als privat-kapitalistischen Raum mörderisch ausbeutete, oder Statuen von Sklavenhändlern in Großbritannien, dem Zentrum des transatlantischen Sklavenhandels – sind der Widerhall auf Forderungen in den USA, die Statuen von Konföderierten zu entfernen und die (Pro-Sklaverei-)Flaggen der Südstaaten zu beseitigen.

Krise kapitalistischer Legitimität

Kapitalistische Regierungen – insbesondere in Großbritannien, Brasilien und den USA – haben dramatisch versagt, auf die Covid-19-Krise in angemessener Weise zu reagieren. So kam es zu Wellen von Massenentlassungen, in deren Gefolge Millionen von Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden, worunter insbesondere jene von Rassismus und Migration betroffenen Bevölkerungsgruppen am heftigsten leiden müssen. Dies verbindet sich nun mit Massenprotesten, die selbst nach zwei Wochen täglicher Mobilisierung noch weiter an Fahrt gewinnen. Die kapitalistischen Regierungen wurden damit in ihrem Bemühen, das normale kapitalistische Funktionieren wiederherzustellen, vorübergehend in die Defensive gedrängt.

In den USA hat die Rebellion bereits zu Brüchen in der Großbourgeoisie und ihren politischen Vertreter*innen geführt. Es gibt Anzeichen für eine Krise der Führungsriege und der Trump-Regierung selbst, da bereits hochrangige Militäroffiziere und Trumps eigener Verteidigungsminister – sowie alle vier lebenden ehemaligen Präsidenten, einschließlich George W. Bush – von Trumps Drohung öffentlich Abstand nehmen, mit militärischer Gewalt gegen die überwiegend jugendlichen, vierrassi-

gen Demonstrant*innen vorzugehen, die von Trump als „Schläger“ und „Terroristen“ bezeichnet werden.

Die Tatsache, dass diese Brüche zuweilen eine brutale Repression verhindert haben und dass die Forderung der Demonstrierenden, der Polizei Finanzmittel zu streichen und diese zu entmilitarisieren, erste Erfolge zeitigen, bildet einen ersten Etappensieg des Kampfes.

Dieser Augenblick birgt jedoch auch Gefahren. Trumps Law and Order-Tweets ermutigten weiße nationalistische Gruppen dazu, sich in die antirassistischen Proteste zu mischen, um ihre verschlüsselten rassistischen Symbole und Waffen zu zeigen. Rechtsextreme und autoritäre Regierungen in Brasilien, auf den Philippinen, in Indien und anderswo nutzen die Situation, um Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung zu verabschieden und die staatliche Repression zu verstärken, die sich unverhältnismäßig scharf gegen schwarze, migrantische und indigene Gemeinschaften richten. Migrantische Teile der Bevölkerung in Europa werden seit langer Zeit schon von rechtsextremen Gruppen wie der Goldenen Morgenröte in Griechenland terrorisiert und die Wirtschaftskrise wird rassistische Angriffe und Übergriffe gegen Migrant*innen nur noch verschärfen.

Massenhafte Aufwallung

Die enorme Explosion antirassistischer Mobilisierungen im Gefolge von Floyds Ermordung lässt sich als der letzte Tropfen bezeichnen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Nicht nur viele Polizeimorde an schwarzen Menschen gehören dazu, sondern auch die Folgen einer Pandemie, die zu einer zwei- bis dreimal höheren Sterblichkeit unter Schwarzen als in der Gesamtbevölkerung geführt hat, und die Folgen einer Wirtschaftskrise, die ebenso überproportional schwarze Menschen und Arbeiter*innen ethnischer Minderheiten schadet.

Die Massenproteste auf den Straßen und das fortdauernde Gebot des physischen Abstandhaltens – zu einem Zeitpunkt an dem nichtweiße, migrantische und marginalisierte Gruppen durch die Pandemie besonders verletzt sind – bilden einen der großen Widersprüche der gegenwärtigen Periode. Schwarze Gruppen gehen auf die Straße, unterstützt von jungen Menschen und weißen Arbeiter*innen, weil sie es für dringlicher halten, Rassismus, repressive Gewalt und neofaschistische Regierungen zu stoppen, als Maßnahmen einzuhalten, die sich in ihren eigenen Häusern unmöglich umsetzen lassen und zwar aufgrund von Arbeitslosigkeit und fehlenden Einkünften.

Die aufgeladene Spannung rassistischer Gewalt, einschließlich polizeilicher Morde an schwarzen Menschen

und mörderische antisemitische Angriffe sowie antimuslimischer Terror, der Völkermord an indigenen Völkern, all dies geht nun mit einer massiven Arbeitslosigkeit einher, die durch die Depression und Pandemie verursacht wurde. Es trifft die Gemeinschaften der People of Color und die Arbeiter*innenklasse weitaus härter als die Bevölkerung als Ganzes. Hieraus erklären sich die Kampfbereitschaft und der Mut, den Unterdrückern zu trotzen.

Die Verbindungen, die die Demonstrant*innen zwischen Floyds Ermordung und rassistisch motivierter Polizeigewalt an den jeweiligen Orten in der ganzen Welt herstellen, sind tiefgreifend. Der Umgang mit binnen-kolonialisierten, indigenen People of Color in den USA, Kanada, Australien, Südafrika und Lateinamerika sowie mit migrantischen Gruppen von People of Color in den imperialistischen Metropolen Europas spiegelt die jahrhundertelange koloniale und imperialistische Herrschaft des globalen Nordens über den globalen Süden wider und ist von zentraler Bedeutung für den Kapitalismus. Von der Plünderung der Silberminen von Potosí durch spanische Kolonisten im 16. Jahrhundert – als Teil der Kapitalakkumulation im Rahmen kapitalistischer Entwicklung in Europa – über die Versklavung von Millionen Afrikaner*innen durch Europa bis hin zur Kolonialisierung Afrikas im 19. Jahrhundert und zur heutigen neoimperialistischen Herrschaft über den globalen Süden: People of Color haben die Hauptlast der kapitalistischen Entwicklung und Expansion getragen.

Einige der schlimmsten Gräueltaten an Menschen wurden in den letzten Jahrzehnten an ethnischen und religiösen Minderheiten verübt. Ethnische Minderheiten und gesellschaftlich konstruierte rassifizierte Gruppen sind weltweit Repressionen ausgesetzt, von ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda in den 1990er Jahren bis hin gegenwärtigen Unterdrückung muslimischer Minderheiten in China und Indien und der Behandlung von Palästinenser*innen in Israel und in den besetzten Gebieten.

Ihr Antirassismus und unserer

Reformistische kapitalistische Politiker*innen bemühen sich, ihre Stellung zu behaupten und die Energie der Bewegung in die sicheren Kanäle von staatlichen Anhörungen, Kommissionen und kosmetischen Reformen zu lenken, die sich darauf beschränken, Symbole des Sklavenhandels zu beseitigen und oberflächliche Korrekturen in der Polizeiarbeit vorzunehmen.

Ein Schwall multinationaler Konzerne – darunter viele, die zu den 500 größten Konzernen der USA gehören – ver-

künden nun lautstark ihren Antirassismus, schalten teure Werbespots in den Medien, versprechen Geldspenden und überarbeiten ihre Firmenrichtlinien. Dabei handelt es sich um dieselben Unternehmen, die rassistische und sexistische Einstellungspraktiken pflegten und sich jahrelang gegen Reformen wehrten. Viele haben auf dem Rücken farbiger Arbeiter*innen riesige Gewinne gemacht.

In dieser Situation bieten die traditionellen politischen Parteien weder Führung noch Stimme. Der Mangel an politischer Führung ist in den USA besonders gravierend. Die Vorherrschaft des kapitalistischen Duopols von Demokraten und Republikanern in der US-Politik hat dazu geführt, dass die Energie auf den Straßen keinen nationalen politischen Ausdruck findet. Während der Vorwahlkampagne der US-Demokraten hat US-Senator Bernie Sanders für sein sozialdemokratisches Reformprogramm im Stil des New Deal enorme Begeisterung und breite Unterstützung vor allem bei jungen Menschen ausgelöst. Doch die Sanders-Kampagne wurde von den Konzerninteressen gestoppt, die die Demokratische Partei kontrollieren, noch bevor die Pandemie, die Massenentlassungen und die antirassistischen Proteste auf den Straßen losgingen – so gibt es jetzt eine Lücke auf der Linken.

Die Wandlung der europäischen Sozialdemokratie in neoliberale Werkzeuge des Kapitals wie auch die Wahlschlappen der KPen haben in der europäischen Linken eine Lücke hinterlassen, die sowohl Chancen als auch Herausforderungen bietet, um antirassistische und antikapitalistische Forderungen miteinander zu verbinden.

Eine Zeit der Möglichkeiten

Der globale Aufstand gegen Rassismus und Polizeirepression birgt ein riesiges Potenzial für die Zukunft der neuen Generationen, die ihre Kämpfe am Arbeitsplatz und in Gewerkschaften weiterführen, sich im Kampf gegen den Klimawandel und im feministischen Widerstand erheben und sich im direkten Kampf gegen die Polizei als der bewaffneten Macht der bürgerlichen Demokratie bewähren. All dies unterstreicht nur umso dringlicher die Notwendigkeit, die Selbstverteidigung der Bewegung bei Demonstrationen und anderen öffentlichen Veranstaltungen zu organisieren, und das Erfordernis, die Bewegung dauerhaft zu organisieren, basierend auf demokratischer Selbstorganisation.

Gegenwärtig bringt die Protestbewegung Wut und oft radikale, aber unscharfe Forderungen nach Veränderungen zum Ausdruck. Es spiegelt sich darin die Neuartigkeit der Bewegung, die Unerfahrenheit der Protestierenden, aber auch der Bankrott vieler etablierter reformistischer Füh-

rungen. In den USA finden die Forderungen nach „Entzug der Gelder/Entmilitarisierung der Polizei“ und sogar nach „Auflösung der Polizei“ ein breites Gehör in der Bevölkerung und sie bergen als antikapitalistische Übergangsforderungen beträchtliches Potenzial. Hinzukommt eine weit verbreitete Ablehnung der AFL-CIO, weil sie noch immer rassistische und ultrarechte Polizeigewerkschaften in ihren Reihen hat. Im Zuge der weiteren Entwicklung der Bewegungen kommen weitere Forderungen hinzu, die sich aus den jeweiligen länderspezifischen Verhältnissen ergeben: gegen Polizeigewalt insbesondere gegen Schwarze sowie gegen indigene und ethnische Minderheiten, gegen die Kriminalisierung von Protesten, gegen institutionellen Rassismus und die Beibehaltung kolonialer und die Sklaverei verherrlichender Symbole sowie für positive Maßnahmen und Schritte zur sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, um historisch entstandene Ungleichheit zu beseitigen.

Heute lässt sich das Banner der internationalen Solidarität der Arbeiter*innenklasse auf eine Art und Weise und vor einem Publikum hochhalten, wie es seit Jahrzehnten nicht mehr möglich war. Um es mit Malcolm X zu sagen: „You can't have capitalism without racism“ (Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus). Der Kampf gegen den Rassismus ist unauflöslicher Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Diese Bewegung birgt ein beträchtliches Potential, um gemeinsam mit Arbeiter*innen-, Frauen- und antikapitalistischen Bewegungen in der ganzen Welt einer neuen, gerechten Gesellschaft Bahn zu brechen.

Aus all diesen Gründen engagiert sich die Vierte Internationale an der Seite der Frauen und Männer, die heute in diesem antirassistischen und anti-neofaschistischen Aufstand aufbegehren. Die Kämpfe gegen staatliche Gewalt und institutionellen Rassismus können im Kapitalismus nur dann kohärente Formen annehmen, wenn wir uns ihrer Tragweite und ihrer Konsequenzen bewusst sind. Wir alle befinden uns im Krieg gegen ein System, das den Planeten zerstört, Menschen nach Geschlecht, Rasse, sexueller Orientierung und Identität diskriminiert, das uns im Interesse des Überlebens von Konzernen ausbeutet, um deren einziges Ziel zu verfolgen: die permanente Steigerung des Profits auf Kosten unseres Lebens und unserer körperlichen Unversehrtheit.

Büro der Vierten Internationale, 9. Juni 2020

Übers. aus dem Englischen: K.S.

ANTIKAPITALISTISCHE STRATEGIE UND ORGANISATIONSFRAGE

Wer will, dass der immer verheerendere Kreislauf von Zerstörung und Wiederaufbau, der die einzige Antwort einer angeschlagenen Weltbourgeoisie auf die Probleme der Menschheit ist, durchbrochen wird, kann sich hier wichtige strategische Einsichten zur Erinnerung und zur Weiterentwicklung holen.

■ Júlia Cámara

Unabhängig davon, wie viel Zeit seither vergangen ist und wie oft das Ende der Geschichte oder der Abschied von den „großen Erzählungen“ beschworen worden ist, stellt sich uns die Strategie- und damit Organisationsfrage stets aufs Neue. Als Grundvoraussetzung jeder politischen Arbeit wurde diese Frage in der Linken seit der Geburt der Arbeiterbewegung immer wieder diskutiert – im 19. Jahrhundert noch in rudimentärer Form, explizit hingegen seit Lenins „Taktik als Plan“ und seit dem Bruch der Revolutionäre mit der Sozialdemokratie.

Natürlich lässt sich über Strategie und Organisationsfrage auch getrennt diskutieren, aber in der Realität (und daher zwangsläufig auch in der Theorie) hängen sie stets miteinander zusammen. Insofern müssen wir sie auch im Zusammenhang sehen, um jede für sich überhaupt richtig verstehen zu können. Im gesamten 20. Jahrhundert wurden die beiden Fragen in den unterschiedlichsten Kombinationen und zeitbedingten Ausgestaltungen immer wieder diskutiert und in konkrete Formeln gegossen: Was ist

eine revolutionäre Organisation?; die endlose Debatte über Reform oder Revolution, die Propagierung der Volksfront oder die Konzeption der Einheitsfront, die Massen- oder Vorhutparteien, die Taktik des Entrismus oder die beiden großen strategischen Optionen, die die Diskussion im letzten Jahrhundert beherrschten (der aufständische Generalstreik und der langanhaltende Volkskrieg), sind da nur einige Beispiele. Wir wollen diese Diskussionen nicht im Einzelnen wiedergeben, sondern die grundlegenden Instrumente vermitteln, die uns die theoretische Orientierung und politische Praxis erleichtern können.

Denn in diesen verwirrenden Zeiten, in denen die Perspektive zu verschwimmen scheint, ist es enorm wichtig, daran festzuhalten und zu reflektieren, wie wir uns organisieren müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Einige Grundlagen

Unser strategisches Verständnis basiert auf einer Reihe von Konzepten, die sich aus der historischen Erfahrung entwi-

ckelt haben. Es ist nicht möglich, sie alle abzuhandeln, und es wäre auch nicht sinnvoll, sie der Reihe nach zu zitieren; viele werden im weiteren Text auftauchen. Aber ich möchte kurz auf einige von ihnen eingehen, bevor ich fortfahre, denn sie bieten eine theoretische Grundlage, auf der sich die weiteren Überlegungen erschließen.

Mit dem Bankrott der Zweiten Internationale 1915 entwickelte Lenin erstmals den Begriff der revolutionären Krise. Was gemeinhin bekannt ist unter der Formulierung „wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen und die in der Mitte zögern und zu den Unterschichten tendieren“, bedeutet eine Krise der gesamten sozialen Beziehungen und zugleich eine nationale Krise. Diese Formel soll besagen, dass es besondere und relativ außergewöhnliche Umstände gibt, unter denen der Staat und das gesamte System verwundbar sind und somit gestürzt werden können. Weiter, dass dies nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt geschieht und dass es deshalb einen Rhythmus im Klassenkampf gibt, der aus Brüchen und Diskontinuitäten besteht, die als Krisen wahrgenommen werden müssen.

Das zweite Konzept ist das des politischen Moments. Lenin verstand, dass diese Krise in jedem beliebigen Winkel ausbrechen kann und dass die Gesamtheit der Widersprüche des kapitalistischen Systems in verdichteter Form in jedem Konflikt zum Ausdruck kommen kann, so unbedeutend er auf den ersten Blick auch sein mag. Eine Studentenrevolte, eine demokratische Forderung, eine Mobilisierung der Frauen oder ein nationaler Konflikt sind einige Beispiele hierfür aus der Geschichte. Dieser Moment der Zuspitzung und des Ausbruchs der Krise ist das politische Ereignis. Um diesen Augenblick zu erkennen, die Widersprüche auszunutzen und eine Krise siegreich zu lösen, bedarf es einer bewussten Intervention, d. h. einer politischen Organisation. Denn wenn man über Strategie sprechen will, geht es um Initiative, Entscheidungsfähigkeit, klare Ziele, Verankerung in der Arbeiterklasse und entsprechende Machtverhältnisse.

Die Zeit der Politik ist also kein linearer Verlauf in Richtung Fortschritt, sondern eine gebrochene Zeit, voller Krisen und Unterbrechungen der historischen Normalität, auf die wir vorbereitet sein müssen und die wir zu nutzen wissen müssen. Daniel Bensaid sprach von leeren und dichten Zeiten, mit anderen Worten: Zeiten, in denen nichts passiert, und Zeiten, in denen sich die Entwicklung plötzlich überschlägt und sehr viel mehr passiert. Revolutionäre Politik setzt auch voraus, diese politischen Zeitläufe

zu beherrschen und zu wissen, wie man auf solche Umschwünge reagiert.

Schließlich sprach Trotzki von der Revolution als dem „gewaltsamen Einbruch der Massen in das Gebiet der Bestimmung über ihre eigenen Geschicke“. Oder was dasselbe ist: Die Emanzipation der Arbeiter wird das Werk ihrer selbst sein. Dies kann unter anderem als Warnsignal gegen diejenigen verstanden werden, die letztlich die Massen von außen befreien wollen: Um an der „Bestimmung über die eigenen Geschicke“ teilnehmen zu können, muss man sich bewusst sein, ein Teil davon zu sein. Wir werden auf diesen Vorbehalt weiter unten eingehen.

Zur Strategie ...

Eine der fortwährenden Diskussionen innerhalb der radikalen Linken ist die so genannte Debatte über Partei und Bewegung. Mit anderen Worten: Welches Verhältnis soll die politische Organisation (die Partei) zu dem haben, was wir heute als soziale Bewegungen bezeichnen und was man vor einem Jahrhundert Arbeiterbewegung nannte? Sicher ist, dass trotz der bürokratischen und populistischen Versuche, die realen Probleme an den Rand des politischen Kampfes zu drängen, und trotz der Behauptung der Post-Autonomien, die Politik erübrige sich im sozialen Kampf, das Politische und das Soziale zwei zutiefst miteinander verflochtene Bereiche bilden, die jedoch ihre eigenen Merkmale, ihren eigenen Rhythmus und ihre eigene Existenz haben. Der politische Kampf ist keine bloße Verlängerung des sozialen Kampfes: Er wird nach eigenen Regeln geführt und auf eigenem Terrain ausgetragen. Der politische Kampf ist, streng genommen, ein Kampf um die Macht. Nicht im vulgär-politischen oder taktiereri-schen, sondern im eigentlichen Sinn. Die Entfaltung einer antikapitalistischen und revolutionären Strategie erfordert die Überzeugung, dass die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse möglich ist; andernfalls wird man zwangsläufig am Ende in ein anderes Fahrwasser geraten und sich bestenfalls auf den Widerstand im Alltag beschränken, aber jeglichen Anspruch auf Veränderung aufgegeben haben.

Eine revolutionäre Strategie besteht darin, die Aktualität der Revolution im Auge zu behalten; Aktualität nicht in dem Sinne, dass sie morgen stattfindet, sondern in dem Sinne, dass sie in unserer Epoche möglich ist. Die Aktualität der Revolution führt zu ihrer Antizipation, zu dem Versuch, sie mit der Gegenwart zu verbinden und die Gegenwart mit ihr. Die Revolution fungiert also als Richtschnur unseres Handelns in der Gegenwart: Wenn

die Revolution nicht von Anfang an unser Ziel ist, haben wir wenig Chancen, uns ihr zu nähern; wenn wir sie umgekehrt für machbar halten, werden wir versuchen, sie herbeizuführen. Hier kommt Politik als eine strategische Kunst ins Spiel, als unsere kollektive Fähigkeit, unsere strategischen Hypothesen in der Realität zu erproben. Denn der politische Kampf funktioniert weder mit Phantasiegebilden noch mit vager Handwerkelei, sondern mit Hypothesen: Wetten, die solide begründet sind, aber dennoch Wetten bleiben. Die strategische Auseinandersetzung mit der Realität ist eine Voraussetzung für den Sieg, aber keine Garantie für den Sieg.

Dieses Verständnis vom politischen Kampf (Aktualität der Revolution, Revolution als Orientierung und die Ausarbeitung strategischer Hypothesen, die durch die Realität bestätigt werden müssen), hat zwei miteinander verflochtene Vorzüge. Erstens bricht sie mit der Sichtweise, der politische Kampf verlaufe als Abfolge einzelner Etappen – ein historisches Erbe aus der Zeit der klassischen Sozialdemokratie, das, wie wir gesehen haben, nicht mit der Realität der gebrochenen Zeitläufe in der Politik übereinstimmt. Zweitens ermöglicht dies, auf die spezifischen Rhythmen dieser gebrochenen politischen Zeitläufe adäquat zu reagieren, die Krisen zu antizipieren und sich auf den nicht-linearen Verlauf der Ereignisse vorzubereiten.

Die Zukunft ist also nicht das unvermeidliche Ergebnis einer Kette von Ursachen. Vielmehr ist die Zukunft selbst eine Ursache, die uns die eine oder andere Entscheidung in der Gegenwart treffen lässt, sie ist die Richtschnur unserer politischen Praxis. Umgekehrt wird unsere Fähigkeit, uns die Gegenwart vorzustellen, durch unser Verständnis der Vergangenheit bedingt (aber nicht vorbestimmt). Die Abkehr von einem teleologischen Politikverständnis, wonach alles unwiderrufflich geschieht und nichts anders hätte sein können, und von einer mechanistischen Rigidität, die Bedingtheit und Vorbestimmung verwechselt und den subjektiven Faktor der Geschichte eliminiert, ist eine notwendige Voraussetzung für strategisches Denken. Daniel Bensaïd drückt dies in einem Satz aus, der mir schon immer gefallen hat: „Die Vergangenheit ist voll von Geschenken, die nie zur Entfaltung gelangt sind“.

Entgegen all denen, die post festum im Lauf der Geschichte eine Zwangsläufigkeit sehen, sollten wir verstehen, dass es stets mehrere realistische Optionen gibt (und immer gab). Ob die eine oder die andere schließlich umgesetzt wird, hängt im Wesentlichen vom Kräfteverhältnis und dem Niveau des Klassenkampfes ab. Die gängige Sichtweise auf die transición (dem postfranquistischen

Übergang) in Spanien und den viel gepriesenen Moncloa-Pakt ist ein gutes Beispiel dafür, wie der gängige Diskurs, wonach die Geschehnisse deshalb so passiert sind, weil es keine Alternativen gab, politische Entscheidungen und Handlungen verschleierte, die dazu beitrugen, andere Optionen zu torpedieren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ebenfalls gangbar waren.

Indem man gezwungen ist, sich für den einen oder anderen Weg zu entscheiden, betritt man das Terrain der Strategie. Ob die zugrunde gelegten Hypothesen zutreffen oder nicht, hängt dabei unter anderem von der jeweiligen historischen Erfahrung, dem Kräfteverhältnis, der Fähigkeit zur Analyse der klassenpolitischen Lage im Staat und der Verankerung in der Massenbewegung ab. Aber selbst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann man sich noch immer irren.

Für die revolutionäre Linke ist die Strategie seit jeher die Grundlage, um ihre Mitglieder zu rekrutieren, zu organisieren und zu schulen, wobei das Ziel der Sturz der bürgerlichen politischen Macht ist. Da Politik der Kampf um die Macht ist, muss man die Hegemonie erringen. Mit anderen Worten erfordert dies die Bereitschaft, auch mit anderen zusammenzugehen und sich nicht nur abzugrenzen. Man muss das fatalistische Denken der Minderheit durchbrechen, immer anders und unverstanden zu sein und – in Gramscis Worten – eine Gegenhegemonie herzustellen und nicht nur eine organisatorische politische Alternative zu schaffen. Der Versuch, das Kräfteverhältnis umzukehren, ist eine der Grundfragen allen strategischen Denkens, und die einzig mögliche Methode ist die des Trial and Error, verbunden mit der Bereitschaft, Erfahrungen zu sammeln und Fehler zu korrigieren. Hier kommt die Rolle der Organisation ins Spiel.

... und Organisation

Einer der wichtigsten Beiträge von Lenin zur Theorie war die Unterscheidung zwischen Klasse und Partei. In seinem Werk *Was tun* stellte er unmissverständlich klar: Die Partei ist nicht mit der Klasse gleichzusetzen, sondern entspricht nur einer Gruppe von Individuen mit einem bestimmten Bewusstseinsstand und weitgehenden strategischen Übereinstimmungen. Daraus leiten sich zwei Fragen ab, die im letzten Jahrhundert immer wieder für Debatten innerhalb der Linken gesorgt haben, nämlich die Konzeption einer Avantgardepartei und ob es bestimmte Parteikonzepte gibt, die nützlicher sind als andere. Wir werden später darauf zurückkommen. Tatsache ist, dass Lenin nie argumentiert hat, dass die revolutionäre Organisation die Klasse als

Ganzes verkörpert. Vielmehr stellt eine solche Organisation ein klassenbasiertes Projekt dar, ein Instrument zur Optimierung der transformativen Kraft der Arbeiterklasse.

Eine wichtige Schlussfolgerung daraus ist, dass, wenn die Partei einen Klassencharakter aufweist, Platz für mehrere Parteien vorhanden sein muss. Die Verteidigung dieser Pluralität war für den gesamten revolutionären Marxismus in den schwierigen Zeiten des 20. Jahrhunderts von grundlegender Bedeutung. Zunächst weil sozialistische Demokratie nur erlernt werden kann, wenn man sie auch praktiziert. Aber auch, und das ist keine Nebensache, weil eine solche Pluralität unumgänglich ist. Ich werde versuchen, dies zu erklären.

Trotsky verwies zu Recht darauf, dass Parteien neben dem wohlbekannten Anspruch, bestimmte Klassen oder Teile davon zu repräsentieren, auch Ideologien und strategische Ausrichtungen verkörpern. Wiederum kann die Arbeiterklasse nicht ideologisch homogen sein, weil der Kapitalismus selbst dies verhindert, und zwar nicht in erster Linie durch bewusste und massive Manipulation, sondern als direkte Folge der vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Mechanismen, die auf das Bewusstsein der Unterdrückten einwirken. Ein allgemeines Bewusstsein der Massen kann nur im Verlauf eines revolutionären Prozesses entstehen, und selbst dann nicht ohne innere Widersprüche. Pluralität ist daher nicht nur in demokratischer Hinsicht wünschenswert, sondern auch unvermeidlich: Wenn die so verstandenen revolutionären Organisationen ideologische und strategische Optionen verkörpern, muss es zwangsläufig auch unterschiedliche, miteinander konkurrierende ideologische Ausrichtungen, also Organisationen, innerhalb einer Klasse geben.

Kommen wir zurück zum Begriff der Avantgarde. Lenins Abgrenzung der Partei gegenüber der Klasse ist oft als komplette Trennung zwischen beiden missverstanden worden, wodurch die vermeintliche Vorhut aufgeklärter Individuen von der realen Bewegung isoliert war. Dem ist nicht so. Schon die Geschichte der Bolschewistischen Partei zeigt, dass es keine selbsternannte Vorhut gibt. Sie muss sich, mit den Worten von Ernest Mandel, das historische Recht erst verdienen, als solche aufzutreten. Und dieses Recht kann nur durch die Beteiligung inmitten des Massenkampfes erworben werden. Niemand kann zum Führer werden oder eine wirkliche Führungsrolle einnehmen, der diese Position nicht innerhalb des Massenkampfes innehat.

In der Geschichte der revolutionären Linken waren die besten Theoretiker immer zugleich Führungspersonen,

und viele der besten von diesen haben wiederum wichtige theoretische Beiträge geleistet – etwa Lenin, Gramsci oder Bensaïd, um nur einige zu nennen. Aber selbst wenn wir umgekehrt an Menschen denken, die für ihre praktische Führungsrolle besonders anerkannt sind, wie zum Beispiel Che Guevara, stellen wir fest, dass auch ihr theoretischer Output nicht zu vernachlässigen ist. Dies veranschaulicht, was wir gesagt haben, aber es unterstreicht auch die Rolle der Partei, der politischen Organisation, als Vermittler zwischen Theorie und Praxis.

Die Partei arbeitet also strategische Hypothesen aus, aber sie tut dies nicht aus dem Nichts, sondern aus den gesammelten und verdichteten historischen Erfahrungen heraus. Die Anhäufung von Erfahrungen und deren Aneignung durch militante Kader, die in den Kämpfen verankert sind und aus ihnen lernen, macht die politische Organisation im doppelten Sinne zu einem Transmissionsriemen. Die Partei ist also sowohl ein Produzent als auch ein Produkt der revolutionären Aktion der Massen.

Neben der Partei als Vermittler zwischen Theorie und Praxis ist die politische Strategie der zweite wesentliche Aspekt unseres Konzeptes einer politischen Organisation. Eine strategisch handelnde Partei ist eine Partei, die strategisch an die Realität herangeht und nicht nur die Massen bei ihren Erfahrungen erzieht und begleitet, sondern auch in der Lage ist, Vorstöße und Rückzüge zu organisieren und Korrekturen entlang der Rhythmen und der aus den Kämpfen erwachsenden Momente vorzunehmen. Eine Partei, die versteht, wie man sich in den gebrochenen Zeitläufen der Politik bewegt.

Außerdem muss die Partei eine führende Rolle in einem historischen Block spielen, der aus einer Bandbreite verschiedener Organisationsformen der unteren Klassen der (von Gramsci so genannten) Zivilgesellschaft besteht. Dies vollzieht sich auf der – vorhin genannten – sozialen Ebene, die sich von der politischen Sphäre oder der politischen Gesellschaft – wie Gramsci sie nennt – unterscheidet. Unter historischem Block verstehen wir eine Verknüpfung oder die Bildung eines kollektiven Willens, der über die Partikularinteressen hinausgeht und sich selbst als eine Totalität denkt, die der herrschenden entgegengesetzt ist. Die Aufgabe der Partei ist es, diesen Prozess der Verknüpfung zu erleichtern, Verknüpfungszentren zu schaffen und eine Vision des Ganzen und eine strategische Hypothese anzubieten.

Es geht nicht darum – und das ist wichtig – eine politische Führung zu errichten, die ein Projekt umsetzt, das außerhalb des Kampfes liegt. Erinnern wir uns an Mandels

Behauptung, dass sich eine Avantgarde das Recht verdienen muss, eine zu sein, d. h. sie muss als solche anerkannt werden. Und indem wir die Existenz einer Pluralität politischer Organisationen anerkennen, müssen wir auch zugeben, dass es eine Ideologiedebatte gibt und konkurrierende strategische Hypothesen, die nur in der Realität getestet werden können, was nur durch eine Verankerung in der Massenbewegung möglich ist. Die Partei erscheint dann als die politische Führung eines historischen Blocks, aber sie erreicht diese Position nur, wenn ihre Zielsetzung von den Massen akzeptiert und als deren eigene anerkannt wird.

An diesem Punkt halte ich es für wichtig, einen Einschnitt vorzunehmen. Wir sprechen immer von Partei und politischer Organisation als Synonymen, aber die Wahrheit ist, dass es auch andere Formen der politischen Organisation gibt:

1 Hinter der steten Diskussion über die Parteiform verbergen sich häufig politische Gruppen, die auch auf der Grundlage ideologischer Abgrenzungen und strategischer Hypothesen organisiert sind, aber nicht als Parteien, sondern als Lobbys fungieren. Diese kranken oft an mangelnder Demokratie, sowohl intern (wer trifft Entscheidungen und wie?; Beteiligungs- und Diskussionsstrukturen usw.) als auch extern: mangelnde Transparenz, da niemand weiß, wer Mitglied ist und auf welcher Grundlage, oft verbergen sie sogar ihre Existenz usw.

2 Andererseits sollte(n) die Partei(en) nicht mit den Institutionen des politischen Kampfes verwechselt werden, die die Arbeiterbewegung in konkreten historischen Momenten selbst schafft. Wenn sich die Klasse als Ganze als revolutionäre Alternative begreift (wenn ein neuer historischer Block entsteht und verknüpft wird), werden autonome und einheitliche Organisationsformen erforderlich, die eine Doppelfunktion einnehmen: als Organe der Gegenmacht in der kapitalistischen Gesellschaft und als Instrumente zur Schulung der Massen in der sozialistischen Selbstverwaltung. Das häufigste historische Beispiel dafür sind die Sowjets, also Räte. Die Parteien (von denen es schon damals zwangsläufig und gottlob mehrere gab) intervenieren in den Sowjets, aber diese sind viel mehr als die Summe dieser Parteien: Sie sind das Instrument, mit dem sich die Klasse für ihre eigene Emanzipation rüstet. Sie sind zur gegebenen Zeit die Form der politischen Organisation, die zwischen der Klasse und ihrem eigenen Bewusstsein vermittelt.

Auf Gramscis Interpretation von Lenin zurückgreifend, lässt sich sagen, dass der Akzent auf dem direkten

sozialen Agenten, der Arbeiterklasse, liegen sollte. Nur so kann eine Dialektik zwischen der Klasse und der politischen Führung hergestellt werden, die verhindert, dass die Partei in ein Organ konvertiert, das sich nicht nur zur Klasse abgrenzt, sondern von ihr getrennt und ihr fremd ist.

An dieser Stelle müssen wir auf zwei unerlässliche Gebote verweisen. Das erste, Pluralität und Demokratie gegen die allgegenwärtige Gefahr der Bürokratisierung. Pluralität und Demokratie nach außen (Anerkennung der Legitimität der Institutionen, die sich die Klasse selbst geschaffen hat, sowie eine ehrliche und loyale Beteiligung an der Massenbewegung) und nach innen: wohlverstandener demokratischer Zentralismus, Kontrolle durch die Basis, permanente Schulung der Mitglieder, damit sie in der Lage sind, die Debatten und die Ausarbeitung einer Strategie zu verstehen und einzugreifen, Begrenzung der Mandate, freie und solidarische Publikationen, Tendenzrecht und Verbot des imperativen Mandats usw. Das zweite Gebot: enge Anbindung und Verankerung in den realen Bewegungen (auf der sozialen Ebene und in der Zivilgesellschaft) als Prävention gegen Bürokratisierung, Integration in den Staatsapparat und in die kapitalistischen Strukturen.

Schlussfolgerungen

Es ist hoffentlich klar geworden, wie sich die Diskussionen über Strategie und Organisation überschneiden und ineinander greifen: Man kann nicht darüber reden, welche Organisation wir wollen, ohne gleichzeitig darüber zu sprechen, wofür wir sie wollen. Daniel Bensaid formulierte dies so: Ist eine Revolution möglich und wollen wir dafür kämpfen? Und wenn ja, mit welchen politischen Instrumenten? Denn für die revolutionäre Organisation gilt, dass die Form Teil des Inhalts ist.

Die Parteiform ist immer historisch bedingt. Darin liegt die Antwort auf die offene Frage von vorhin, ob es an sich bessere oder revolutionärere Modelle gibt, eine Vorstellung, in die sich viele so genannte marxistische Gruppen immer wieder verstrickt haben und die im Kern zutiefst anti-leninistisch ist. Was es gibt, sind Kriterien, Referenzen und Leitfäden, aber die Art von Partei, die wir heute aufbauen müssen, ergibt sich aus der konkreten globalen Situation und dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, aus der Krisensituation und der Entwicklung der Arbeiter- und sozialen Bewegung.

Die große Herausforderung einer sozialen Revolution besteht darin, dass sie die erste in der Geschichte ist, die

notwendigerweise ein Bewusstsein darüber voraussetzt, was man erreichen will. Um dies zu erreichen, ist der politische Kampf von grundlegender Bedeutung, denn er schärft das Klassenbewusstsein, ermöglicht Erfahrungen und, wenn sich eine revolutionäre Krise anbahnt, trägt er auch zur Veränderung der Kräfteverhältnisse bei. Eine bewusste Führung ist daher eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der sozialen Revolution.

Und in diesem Sinne sind die von Lenin vorgegebenen Hauptkriterien des Parteaufbaus auch heute noch gültig und richtig, wenn wir sie als Kriterien und nicht als Modelle verstehen:

1 Eine fest umrissene Partei von Aktiven, die entgegen der konjunkturellen Schwankungen des kollektiven Bewusstseins als Element der Kontinuität wirkt. Das wird nicht immer für alle Mitglieder dasselbe bedeuten, und es ist selbstverständlich, verschiedene Formen des Engagements zu ermöglichen, die jeweils zu unserem Leben im Spätkapitalismus passen. Aber den aktiven Kern zu erhalten und sich weder mit der Auflösung des revolutionären Verbunds noch mit plebiszitären Formeln abzufinden, ist grundlegend.

2 Eine Partei, die in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv ist. Sie darf nicht gegenüber einer noch so geringfügig erscheinenden Ungerechtigkeit untätig bleiben, muss an allen lokalen und sektoriellen Kämpfen teilnehmen, darf sich aber nicht am Rande konkreter Konflikte einkapseln. Ebenso wenig in Betriebs- oder Gewerkschaftsarbeit oder im institutionellen Engagement.

3 Eine proaktive Partei, die in der Lage ist, auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren. Mit einer geschulten politischen Kultur, die an demokratische Diskussionen gewöhnt und in der Lage ist, unvorhergesehene Wendungen mitzumachen und dabei den Zusammenhalt zu wahren.

4 Eine Partei, die in der Lage ist, einen umfassenden Überblick zu geben. Das heißt, mit einer strategischen Sichtweise zu handeln, strategische Hypothesen zu formulieren und durch ihre Verankerung und Arbeit in den sozialen Bewegungen zur Verknüpfung des historischen Blocks beizutragen.

5 Schließlich eine Partei, die bereit dazu ist, in konkreten breiteren Zusammenhängen und temporären Organisationsformen zu fungieren, also fähig ist, konkrete Taktiken zu entwickeln und nicht gelähmt zu bleiben angesichts der Tatsache, dass es kein festgefügtes Drehbuch gibt, das den revolutionären Horizont näher bringt.

Die große Herausforderung heute, die große Frage, die unser politisches Handeln leiten sollte, besteht darin, wie wir in der Verknüpfung eines neuen historischen Blocks vorankommen können, der als solcher nicht nur eine einfache Summe seiner Bestandteile ist, sondern in der Lage ist, sich selbst als eine Totalität zu denken, die im Gegensatz zur herrschenden steht. Damit dies möglich ist, ist es von grundlegender Bedeutung, Klassenstrukturen und Institutionen aufzubauen, nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern die viel weiter gehen und die den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen ihnen herstellen. Wir brauchen eine Stärkung nicht nur der kämpferischen Gewerkschaften (sehr wichtig in dieser Krisenzeit), sondern auch des sozialen Gemeinwesens, der Mietervereinigungen, der Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung in den Stadtvierteln, der Sozialzentren, der feministischen Bewegung und all jener Räume der Selbstorganisation, in denen gemeinschaftliche Bindungen aufgebaut werden, die die Widersprüche des Systems offenbaren und Bewusstseinsprozesse der Klasse an sich befördern.

Aber wir müssen auch den Organisationsgeist als Partei wagen, um zu verstehen, dass die Partei kein bloßer Raum der Partizipation oder einer Identität unter vielen ist, sondern dass sie die Organisation ist, durch die der politische Kampf stattfindet. Dort kommen wir zusammen und organisieren uns politisch, um die Verknüpfung zu fördern und zu versuchen, ein anderes Kräfteverhältnis aufzubauen.

aus *vientosur* 4.5.2020

■ *Übersetzung: MiWe*

VOR 90 JAHREN GRÜNDUNG DER LINKEN OPPOSITION DER KPD

Der mutige und selbstlose Einsatz hunderter Genossinnen und Genossen von LO und IKD gegen die Barbarei ist vor dem Vergessen zu bewahren. Für Einheitsfront gegen Faschismus!*

■ W. A.

Das Drama der deutschen Arbeiter*innenbewegung im 20. Jahrhundert ist von zwei Eckdaten bestimmt – dem Scheitern der Novemberrevolution 1918 und der Machtübergabe an die Nazis 1933. Die blutige Unterdrückung des politischen und sozialen Aufstands der radikalen Teile der arbeitenden Klasse 1918/1919 war das gemeinsame Werk von Mehrheits-SPD um Ebert und Noske, Kapitalverbänden, Reichswehr und Freikorps. Dieses Bündnis bereitete, wie Sebastian Haffner zu Recht geschrieben hat, das faschistische Deutschland vor.

Eine zentrale Zwischenetappe auf dem Weg in den braunen Abgrund war der verpasste Oktoberaufstand 1923. Sie beendete nicht nur die 1917 in Europa begonnene Phase revolutionärer Erhebungen, sondern öffnete gleichzeitig dem Stalinismus in der Sowjetunion das Tor.

Dort hatte im selben Jahr der zynische Kampf gegen die Linke Opposition in der Kommunistischen Partei Russlands begonnen. Sie war im Herbst 1923 um prominente Bolschewiki wie Leo D. Trotzki und Jewgeni A. Preobraschenski gebildet worden. Die Linke Opposition forderte einen „neuen Kurs“ – insbesondere die Demokratisierung der Kommunistischen Partei und die planmäßige Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft.

Obwohl ihre Reformvorschläge von der Parteibasis mehrheitlich unterstützt wurden, konnte sie vom Parteiparaparat unter Stalin bürokratisch ausgeschaltet werden. Diese Entwicklung war im Wesentlichen bereits im Januar 1924 abgeschlossen.

Die genannten Rahmenbedingungen bestimmten die weitere Entwicklung der KPD. Aus ihren Reihen sollte später auch in Deutschland eine linksoppositionelle Strömung entstehen. Ihre geschichtlichen Bezugspunkte sind in der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 und im Kampf gegen die stalinistische Bürokratisierung des Rätestaates zu finden.

Nach seiner Ausweisung aus der UdSSR im Februar 1929 begann Trotzki damit, die zersplitterten Kräfte der internationalen linksoppositionellen Gruppen zu bündeln. Ziel dieser Bestrebungen war die Reform und politische Wiederbelebung der Dritten Internationale auf der Grundlage ihrer revolutionären Traditionen.

Die bedeutendste deutsche linkskommunistische Organisation mit anfangs rund 6000 Mitgliedern war der im April 1928 gegründete Leninbund. Allerdings wirkte das vergiftete Erbe der scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD auf politischer und persönlicher

Ebene im linksoppositionellen Spektrum noch lange nach.

Dies war nicht zuletzt ein Ergebnis der vom sowjetischen Geheimdienst GPU seit Mitte der 1920er Jahre begonnenen Zersetzungsarbeit gegenüber linksoppositionellen Kommunist*innen. Die deutsche Geheimpolizei konnte diese Aktivitäten übrigens detailliert überwachen. (Vgl. hierzu Günter Wernicke, Operativer Vorgang [OV] „Abschaum“; in: Andreas G. Graf [Hg.], *Anarchisten gegen Hitler*, Berlin 2001, S. 284f.)

Ab Sommer 1929 führte ein offener Streit zwischen der Mehrheit um Hugo Urbahns und einer Minderheit um Anton Grylewicz zur Spaltung des Leninbundes. Bereits im Februar 1930 wurde die Minderheit ausgeschlossen. Bei diesem Disput ging es im Kern um die Frage: Reform der KPD oder Schaffung einer neuen Kommunistischen Partei?

Die verdeckte Spitzel- und Spaltungstätigkeit von GPU-Agenten wie Roman Well (d. i. Ruvin Sobolewicz), seinem Bruder Adolf Senin (d. i. Abraham Sobolewicz) oder Jakob Frank verzögerte zunächst die Sammlung der Linken Opposition in Deutschland.

Startprobleme

Die Vereinigte Linke Opposition der K.P.D. (Bolschewiki-Leninisten) (VLO) konnte deshalb erst am 30. März 1930 in Berlin unter großen Schwierigkeiten gegründet werden. Dieser Zusammenschluss von Leninbund-Minderheit mit den Resten der ebenfalls linkskommunistischen Weddinger Opposition um Kurt Landau wurde weniger auf einer festen politischen als auf einer formalen Grundlage vollzogen.

Als Zentralorgan veröffentlichte die VLO die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung *Der Kommunist*. Die rund 200 Mitglieder zählende VLO war jedoch keine einheitliche, geschweige denn eine wirklich handlungsfähige Organisation.

Zudem konnte der immer noch nicht enttarnte stalinistische Provokateur Well als Mitglied der neu gewählten Reichsleitung (RL) der VLO an prominenter Stelle sein spalterisches Treiben fortsetzen.

Erschwerend hinzu kam das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die bürokratisierte KPD ließ kaum Spielraum für die von der VLO angestrebte „Eroberung der Partei für die Lehren des Marxismus-Leninismus“. In den Organisationsrichtlinien des ZK der KPD hieß es: „Jedes trotzkistische Ideen verdächtige Parteimitglied ist ohne Verfahren unverzüglich auszuschließen.“ Die zeitgenössische linksoppositionelle Presse berichtete über 53

Ausschlüsse von Mitgliedern der Linken Opposition in den Jahren 1930 bis 1933.

Am 6. April 1930 wurde in Paris die Internationale Linke Opposition (ILO) als „Fraktion der Komintern“ gegründet. Die VLO konnte als deutsche Sektion der ILO anfangs nur begrenzte organisatorische und politische Hilfe erwarten – wenn wir von der außerordentlichen Unterstützung Trotzki einmal absehen.

Bereits im Juni 1930 verschärfte sich in der VLO eine Diskussion über das aktuelle Ausmaß der Bedrohung durch den Faschismus. Ein nur schwer durchschaubares Knäuel von Meinungsverschiedenheiten, Intrigen und Provokationen beanspruchte mehrere Monate lang die Kräfte der Organisation.

In der Folge zerfiel die VLO am 31. Mai 1931 – nur vierzehn Monate nach ihrer Gründung – in zwei Teile. Sie waren nahezu identisch mit der ehemaligen Minderheit des Leninbundes und der Weddinger Opposition. Die GPU konnte einen weiteren Erfolg verbuchen.

Mit der Trennung von der Gruppe um Landau fand die Anfangsphase der Linken Opposition der KPD ihren Abschluss. Mehr als ein Jahr lang hatten interne Querelen die VLO weitgehend gelähmt. Der bescheidene Zuwachs an neuen Kräften war durch die Spaltung wieder verloren gegangen. 80 Mitglieder verließen mit Landau die Organisation. Sie verteilten sich auf Berlin, Ludwigshafen, Leipzig und Hamburg-Harburg.

Insgesamt 150 Mitglieder in Bautzen, Berlin, Bruchsal, Forst, Goldap, Hamborn, Hamburg, Heidelberg, Königsmann, Leipzig und Magdeburg wagten den Neuanfang.

Da Landau die Kontrolle über die Zeitung *Der Kommunist* erfolgreich verteidigt hatte, musste die Linke Opposition zunächst mittels eines hektographierten Mitteilungsblattes den Kontakt zu den Gruppen aufrechterhalten. Im Juli 1931 erschien dann endlich die erste Nummer der neuen gedruckten Zeitschrift *Permanente Revolution*.

Noch im Oktober 1931 sprach die LO selbst von einer „Periode der gewissen Stagnation“, aber im Dezember meinte sie, das „Stadium der Schwächung“ verlassen zu haben und eine langsame Aufwärtsentwicklung feststellen zu können.

Erst jetzt konnte sich die eigentliche Stärke der Linken Opposition der KPD, die scharfsinnige Analyse der Endphase der Weimarer Republik, besser entfalten.

Die massiven Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 hatten das Gefüge Deutschlands fundamental erschüttert. Soziale Verwerfungen ergaben sich aus der verheerenden Massenarbeitslosigkeit, politische durch die Auflösung

der parlamentarischen Demokratie und die Erfolge der Nazibewegung insbesondere seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930.

Die sich verschärfende Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des bürgerlichen Parlamentarismus, der nur scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Nazi-Bewegung und das katastrophale Versagen der Führungen der Arbeiterorganisationen waren zentrale Themen der LO-Publikationen.

Die auch heute noch beeindruckende Klarheit ihrer Kommentare, Einschätzungen und Aktionsvorschläge verdankten sie vor allem den Stellungnahmen Trotzki.

Von seinem türkischen Exil in Prinkipo aus verstand er es wie kein Zweiter, immer wieder überzeugende, aktualisierte Antworten auf die „Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ zu geben. Unermüdlich plädierten Trotzki und die Linke Opposition in einer Vielzahl von Artikeln und Broschüren für die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiter*innenbewegung gegen die faschistische Gefahr.

Faschismusanalyse

Das Anwachsen der NSDAP war Trotzki zufolge durch zwei Faktoren bedingt: einerseits durch die scharfe gesellschaftliche Krise und andererseits durch die „revolutionäre Schwäche des deutschen Proletariats“.

Wo sich die „fortschrittliche Klasse“, also das Proletariat, unfähig zeige, die Macht zu ergreifen und Wirtschaft und Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage neu zu gestalten, könne der niedergehende, sterbende Kapitalismus nur mittels der barbarischen Methoden des Faschismus aufrecht erhalten werden.

Es sei verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu leugnen oder zu verwischen. Zwar bezeichnete er beide als lediglich unterschiedliche Arten kapitalistischer Herrschaft. Aber in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sei die Existenz unabhängiger proletarischer Organisationen wie politischer Parteien und Gewerkschaften möglich.

Diese Organisationen bildeten vom Standpunkt der Linken Opposition Keime der proletarischen Demokratie im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Sie waren also für die LO Stützpunkte, von denen aus die arbeitende Klasse den revolutionären Kampf für ihre Interessen und gegen die Herrschaft des Kapitals führen könnte.

Die Aufgabe eines faschistischen Systems bestehe nicht allein in der Zerschlagung und physischen Vernichtung der „proletarischen Vorhut“, sondern auch darin, die ganze Arbeiterklasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu

halten. Das bedeute die Vernichtung aller proletarischen Organisationen und Stützpunkte. Der Nationalsozialismus werde sich nicht auf sein drohendes Vernichtungswerk in Deutschland beschränken, warnte Trotzki. Auch die Sowjetunion müsse mit einer direkten Bedrohung durch ein faschistisches Deutschland rechnen. Denn: „Hitlers Sieg bedeutet Krieg gegen (die) U[d]SSR“.

Was tun?

Die politische Schwäche des Proletariats als zweite Ursache für das Anwachsen des Nationalsozialismus setzte sich Trotzki Ansicht nach „aus zwei Elementen zusammen: aus der besonderen historischen Rolle der Sozialdemokratie, dieser allmächtigen kapitalistischen Agentur in den Reihen des Proletariats, und aus der Unfähigkeit der zentristischen Leitung der Kommunistischen Partei, die Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen“.

Die KPD stelle den „subjektiven Faktor“ dar. Hingegen sei die SPD „ein objektives Hindernis, das man hinwegräumen muß“, zumal sie mit ihrer faktischen Verteidigung der Kapitalinteressen „alle Bedingungen für den Sieg des Faschismus vorbereitet“ habe.

Grundtenor seiner Schriften war die leidenschaftliche Aufforderung an KPD und Komintern, ihren verhängnisvollen Kurs – die Einschätzung der Sozialdemokratie als Hauptfeind, die Unterschätzung der faschistischen Gefahr – aufzugeben. Denn diese Politik erlaube es der SPD – trotz des auch in den Augen breiter Massen immer offensichtlicher werdenden Bankrotts ihrer reformistischen Politik – weiterhin den Großteil ihrer Anhänger*innen unter Kontrolle zu halten. Stattdessen sollte die KPD zur Einheitsfronttaktik „von oben und von unten“ zurückkehren.

Er war davon überzeugt, dass diese das einzige Mittel sei, um die Arbeiterklasse vereint in den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus zu führen und um breite Teile der Arbeiterschaft dem Einfluss der SPD-Führung zu entziehen. Zudem schaffe sie auch die Voraussetzung, um später in die Offensive überzugehen.

Mehr als zuvor sah Trotzki die Stärke der revolutionären Partei während der Krise des bürgerlichen Regimes im außerparlamentarischen Massenkampf. Nur auf diesem Gebiet könnten entscheidende Erfolge errungen und die soziale und politische Bedeutung des Proletariats voll zur Entfaltung gebracht werden.

Aufschwung der LO

Auf die Grundzüge der Faschismusanalyse Trotzki konnte sich die VLO von Anfang an stützen. Als massenwirksames

Propagandamittel in Form von Broschüren und Artikeln stand sie der Linken Opposition im Wesentlichen jedoch erst ab Herbst 1931 zur Verfügung.

Seitdem konzentrierte sich die Führung der LO auf die Herausgabe und Verbreitung preiswerter Trotzki-Broschüren. Ab Ende 1931/Anfang 1932 fanden Trotzki in kurzen Abständen verfasste Analysen der deutschen Entwicklung einen wachsenden Widerhall bei Mitgliedern von KPD, SPD und Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP), ja sogar bei „linksbürgerlichen Kreisen“.

Im Juni 1932 bezifferte Anton Grylewicz die Gesamtauflage der seit April 1931 herausgegebenen Broschüren auf 67.000, von denen zum damaligen Zeitpunkt 55 000 Exemplare verbreitet worden waren.

Appelle wie der folgende im internen *Mitteilungsblatt* der Reichsleitung waren keine Seltenheit: „Jeder Genosse muß es sich zur Pflicht machen, mindestens 10 Stk. der neuen Broschüre des Gen. Trotzki: ‚Der einzige Weg‘ zu verbreiten.“

Seit Anfang 1932 widmete die LO zudem ihrer Monatszeitung *Permanente Revolution* verstärkte Aufmerksamkeit. Ab 1. Januar 1932 erschien sie vierzehntägig und schließlich ab Ende Juli 1932 als Wochenzeitung im Zeitungsformat.

Die Auflage, die sich seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe mehr als verdoppelt hatte, wurde im August 1932 mit 5000 Exemplaren pro Nummer angegeben. Im Vergleich zum *Kommunist* stellte die *Permanente Revolution* aufgrund ihres verbesserten Inhalts und des häufigeren Erscheinens sicherlich einen Fortschritt dar. Die Zeitung und die Broschüren Trotzki waren das eigentliche Bindeglied der LO.

Die propagandistischen Anstrengungen der Linken Opposition erhöhten den Einfluss ihrer Ideen in einem Ausmaß, das im Verhältnis zur Größe der Organisation bedeutend war.

In Diskrepanz dazu befand sich die organisatorische Entwicklung der LO, wenn auch seit Ende 1931 ein deutliches Wachstum und die Gründung neuer Ortsgruppen zu verzeichnen waren.

Der Linken Opposition gehörten sowohl winzige Propaganda-Stützpunkte als auch einige wenige, aber örtlich relativ einflussreiche Gruppen in kleineren Städten wie Bruchsal, Oranienburg oder Dinslaken an.

Dem zum größeren Teil aus älteren Kadern bestehenden Kern der LO schlossen sich seit Ende 1931 vor allem jüngere, das heißt 18- bis 35-jährige Menschen an. Trotz ihrer Jugend waren sie meist schon mehrere Jahre Mitglie-

der, teilweise auch Funktionär*innen der KPD oder des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) gewesen.

Von ihrer sozialen Zusammensetzung her war die LO im Gegensatz zu der auch heute noch verbreiteten Legende des „intellektuellen Trotzismus“ eine Organisation von Arbeiter*innen. Lediglich in Universitätsstädten wie Berlin oder Leipzig waren Student*innen stärker vertreten.

Insgesamt dürfte die Linke Opposition Ende 1932 ungefähr 600 Mitglieder in 44 Ortsgruppen und Stützpunkten gezählt haben. Die Organisationsstruktur der LO orientierte sich an den ursprünglichen Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

Die Leitung einer Ortsgruppe wurde von der örtlichen Mitgliederversammlung gewählt. Sofern regional eine größere Anzahl funktionsfähiger Ortsgruppen der LO angehörten, konstituierten sie sich auf einer Bezirkskonferenz zu einem Bezirk und wählten sich eine Bezirksleitung. Außer dem bereits 1930 geschaffenen Bezirk Sachsen entstanden bis Anfang 1932 weitere Bezirke unter anderem Rhein-Ruhr, Berlin-Brandenburg, Wasserkante und Südwest.

Die Reichskonferenz, auf der die Ortsgruppen durch Delegierte vertreten waren, wählte das Führungsorgan der LO, die 16-köpfige Reichsleitung. Eine siebenköpfige Redaktionskommission besorgte die Herausgabe der *Permanente Revolution*.

Einheitsfront in Bruchsal ...

Richten wir an dieser Stelle unser Augenmerk auf die nordbadische Kleinstadt Bruchsal. Denn dort befand sich die mit 100 Mitgliedern stärkste lokale Organisation der LO.

Sehr zum Ärger der führenden badischen KPD-Funktionäre stellten die „Trotzkisten“ dort die einzige kommunistische Kraft dar. Alle Versuche der KPD-Bürokratie, die Bruchsaler LO um Paul Speck zu „liquidieren“, scheiterten an deren starker Verankerung in der Bruchsaler Arbeiter*innenschaft. Die Linke Opposition spielte eine führende Rolle in den örtlichen Gewerkschaften und der Arbeitersportbewegung.

Bei den badischen Kommunalwahlen erhielten die Bruchsaler Linksoppositionellen 889 Stimmen und damit neun Gemeinderatssitze. Im Gemeindeparlament setzten sich die Vertreter der LO vor allem für die Interessen der Erwerbslosen ein.

Auf Initiative der Bruchsaler LO gelang es gegen den anfänglichen Widerstand der örtlichen SPD-Führung, im Oktober 1931 einen paritätischen Aktionsausschuss aus

LO, SPD, Gewerkschaften und anderen proletarischen Organisationen zu bilden.

Zu Versammlungen gegen Lohnabbau und Faschismus konnte der Aktionsausschuss jeweils weit über tausend Menschen mobilisieren. Das starke Wachstum der Bruchsaler LO-Gruppe und ihr Einfluss in den umliegenden Ortschaften Forst, Bretten und Heidelberg verdankte sie nicht zuletzt diesen Bemühungen.

Offensichtlich auf Anweisung einer höheren Parteiinstanz verließ die SPD 1932 das Einheitskomitee. Die „bewusste Sprengungspolitik“ des örtlichen SPD-Führers, so meinte die Bruchsaler Linke Opposition, sei dadurch erleichtert worden, dass ihre Einheitsfrontpolitik nicht über Bruchsal hinaus verwirklicht worden war.

Trotz dieses Rückschlags konnte die Bruchsaler LO ihren politischen Einfluss ausweiten. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erhielt die LO für die KPD 1000 Stimmen, die SPD lediglich 500 Stimmen. In seiner Broschüre *Was nun?* nannte Trotzki Bruchsal „trotz der bescheidenen Ausmaße ein Vorbild für das ganze Land“.

... und in Oranienburg

Eine andere relativ einflussreiche Ortsgruppe der Linken Opposition befand sich in Oranienburg.

Die KPD schloss dort am 8. Januar 1932 Helmut Schneeweiß, den örtlichen Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus wegen angeblicher Zugehörigkeit zur LO aus. Die KPD zog damit einen Schlusstrich unter die schon längere Zeit schwelenden Differenzen in der Einheitsfrontfrage. 56 weitere Mitglieder des Kampfbundes, die sich mit Schneeweiß solidarisiert hatten, wurden ebenfalls ausgeschlossen.

Mit entscheidend für den Übertritt der Oranienburger Dissident*innen zur Linken Opposition war die politische Anziehungskraft der Schriften Trotzkis. Die neue LO-Gruppe und der Proletarische Selbstschutz Oranienburg, einer Nachfolgeorganisation des Kampfbundes, waren personell weitgehend deckungsgleich.

Dank dieser fast 100 Arbeiter*innen und Erwerbslose umfassenden Organisation stellte die Oranienburger LO einen für die örtlichen Verhältnisse beachtlichen politischen Faktor dar. Sie wurde sofort im Sinne der Einheitsfrontbestrebungen der LO aktiv.

Das Arbeiter-Mai-Komitee, ein Bündnis aus LO bzw. Proletarischem Selbstschutz und SPD organisierte 1932 eine erfolgreiche 1. Mai-Demonstration. Es zeigte deutlich die isolierenden Folgen der ultralinken KPD-Politik auf, dass die KPD sich kurze Zeit später gezwun-

gen sah, dem in Arbeiter-Kampfkomitee umbenannten Einheitsfrontorgan beizutreten.

Das aus je fünf Vertreter*innen von LO, SPD und KPD zusammengesetzte Komitee entfaltete eine intensive Aktivität. Außer der Veranstaltung mehrerer antifaschistischer Kundgebungen und der Schaffung von Arbeiterschutzaufstellungen widmete es der koordinierten Betriebs- und Erwerbslosenarbeit besondere Aufmerksamkeit.

Ähnlich wie in Bruchsal übte die Oranienburger Einheitsfrontbewegung einen starken Einfluss auf die umliegenden Ortschaften aus. Auch dort entstanden Einheitsfrontkomitees und Selbstschutz-Organisationen der Arbeiter*innenschaft. In verschiedenen anderen Städten ergriff die LO die Initiative zur Bildung lokaler Einheitsfrontausschüsse. Meist scheiterten diese Bestrebungen jedoch schon im Anfangsstadium, weil die LO dort zu schwach war, um den Widerstand sozialdemokratischer und stalinistischer Funktionäre zu brechen.

Letzte Warnung

Anfang Januar 1933 schlug die *Permanente Revolution* erneut Alarm: „1933 [wird] das Jahr der Entscheidung sein“. (*Permanente Revolution*, 3. Jg., Nr. 1, 1. Januarwoche 1933.) Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stellte für die Linke Opposition das Ende der Epoche der „bonapartistischen“ Übergangsregimes dar, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Regierungen Papen und Schleicher.

Einige Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 lieferte Leo Sedow von Berlin aus seinem Vater und Genossen Leo Trotzki eine ernüchternde Beschreibung der Lage: „Was wir durchleben ähnelt einer Auslieferung der Arbeiterklasse an den Faschismus [...] An der Spitze Unentschlossenheit, niemand weiß, was er tun soll; an der Basis kein Vertrauen in unsere eigenen Kräfte. [...] Wenn jetzt nicht eine entschlossene Aktion geschieht [...], ist eine schreckliche Niederlage unvermeidlich. Diese Aktion [...] ist [...] meiner Meinung nach nicht mehr sehr wahrscheinlich.“ (Leo Sedow, 05.02.1933, zit. nach Pierre Broué, *Trotzki*, Köln o. J. [2003], S. 880.)

Noch ein letztes Mal warnte die *Permanente Revolution*: „Hitlers Programm ist die völlige Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, um den Weg für eine noch ungeheuerlichere Verelendung der Arbeiterschaft zu öffnen. Sein außenpolitisches Ziel ist der Krieg mit Sowjetrußland.“ (*Permanente Revolution*, 3. Jg., Nr. 5, 1. Februarwoche 1933, Hervorhebung im Original.)

In dieser politisch entscheidenden Situation organisierte die GPU eine erneute Spaltung der Linken Opposition. Bereits im Herbst 1932 hatten Roman Well und sein Bruder Adolf Senin durch eine erneute Verschärfung der organisationsinternen Debatte diesen Schritt vorbereitet.

Es war kein Zufall, dass dies fast zeitgleich zu Trotzki's Reise nach Kopenhagen im November 1932 und der dortigen inoffiziellen Konferenz der Internationalen Linken Opposition geschah. In der zweiten Januar-Hälfte 1933 versuchten Well und Konsorten der Arbeiter*innenöffentlichkeit mit einer gefälschten Ausgabe der Permanenten Revolution weiszumachen, dass die Mehrheit der LO politisch und organisatorisch mit Trotzki und der ILO gebrochen habe. Sowohl die *Rote Fahne* der KPD als auch das Komintern-Organ *Inprekorr* verbreiteten umgehend die Meldung vom „Zusammenbruch der deutschen Trotzki-Gruppe“. Davon konnte jedoch keine Rede sein. Es gelang der GPU mit diesem Coup lediglich, etwa 35 Mitglieder von der LO abzuspalten.

Bezeichnenderweise kommentierten andere linke Organisationen wie SAP, KPO, Leninbund und die Landau-Gruppe mit unverhohlener Befriedigung die Spaltung.

Zwar fiel es der LO nicht schwer, die absurden Behauptungen der stalinistischen Agenten als „bestellte Arbeit“ zu widerlegen. Dennoch musste die LO zugeben: „Daß solche Leute so lange in unseren Reihen weilten, ist sicher Ausdruck unserer Schwäche.“

Widerstand und Emigration

Die Machtübergabe an Hitler und die Errichtung der Nazi-Diktatur markierte für Trotzki die „bedeutendste Niederlage in der Geschichte der Arbeiterklasse“. Erneut hatte die Linke Opposition im Wettlauf mit der politischen Entwicklung wichtige Zeit verloren: Aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Well-Gruppe konnte die ursprünglich für Ende Januar 1933 geplante Reichskonferenz der LO erst in der Illegalität stattfinden.

Am 11. und 12. März 1933 trafen sich Delegierte der Ortsgruppen, Vertreter der Reichsleitung und der ILO in Leipzig, um die neue Situation zu analysieren. Hauptaufgabe sei es, den Widerstand der Arbeiterklasse zu organisieren, den Aufbau einer neuen Kommunistischen Partei lehnte die Konferenz noch ab.

Zwar glaubte sich die Linke Opposition im Rahmen ihrer Möglichkeiten gut auf die Illegalität vorbereitet, aber sie musste bereits in den ersten Monaten der NS-Diktatur zahlreiche Verhaftungen vor allem in den örtlich bekann-

ten Gruppen hinnehmen (Bruchsal, Oranienburg, Westdeutschland, Leipzig...).

Schon nach Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932 hatte die LO auf Beschluss der Reichsleitung mit der Vorbereitung auf die Illegalität begonnen. Die Ortsgruppen waren in kleine, drei bis fünf Personen umfassende Gruppen aufgeteilt worden. Diese wählten jeweils eine Leitungsperson, die zusammen mit den anderen auf Ortsebene eine sogenannte Fünfergruppe bildete. Diese wiederum wählte eine Kontaktperson zur Bezirksleitung bzw. direkt zur Reichsleitung.

Durch diese Maßnahmen sollte die LO besser vor dem Zugriff staatlicher Repressionsorgane geschützt werden. Trotz der geringen Größe und der spärlichen materiellen Ressourcen der Linken Opposition dürfen ihre organisatorischen und propagandistischen Anstrengungen im Widerstand nicht unterschätzt werden.

Die Zugehörigkeit zur Internationalen Linken Opposition erwies sich erneut als großer politischer und organisatorischer Vorteil. Sie milderte anfangs die Probleme, die aus der zwangsläufigen Trennung in eine im Untergrundarbeitende Inlands- und eine im Exil aktive Auslandsorganisation resultierten.

Es war deshalb auch kein Zufall, dass *Unser Wort*, die neue Zeitung der LO, schon ab Mitte März 1933 in Prag herausgegeben werden konnte. *Unser Wort* war nicht nur eine der ersten Zeitschriften der illegalen deutschen Opposition gegen die Nazis, sie war auch eine der Publikationen, die am längsten überlebte. Ihre letzte Ausgabe erschien im Sommer 1941 in New York.

Insgesamt flüchteten zunächst etwa 50 Mitglieder der Linken Opposition ins Ausland. Nicht nur in Prag, sondern auch in Paris, Amsterdam, Antwerpen, Basel, Wien, Reichenberg, Kopenhagen und London entstanden Gruppen und Stützpunkte. Sie betreuten von dort aus den jeweils geographisch benachbarten Inlandsbezirk. So war zum Beispiel die Amsterdamer Gruppe für die westdeutsche LO zuständig.

Im Sommer 1933 wurde Paris als Sitz des Auslandskomitees (AK) bestimmt. Das Auslandskomitee stellte die offizielle Führung der LO dar. Allerdings war die Verbindung zwischen Exil und Inlandsgruppen sehr fragil. Wege und Möglichkeiten der Kommunikation und des Materialtransports mussten erst mühsam gefunden, weiterentwickelt und oft neu hergestellt werden.

Obwohl die Gestapo die Kontakte mit dem Ausland immer wieder unterbrechen konnte, besaßen die meisten Inlandsgruppen zunächst ausreichende technische und politische Ressourcen, um eigenständig arbeiten zu können.

Neben illegal hektographierten Flugblättern und Zeitschriften (wie *Das andere Deutschland*, *Der Vortrupp*, *Die kritische Parteistimme*, *Der Rote Kurier*) konnte sich der Widerstand auf das Zentralorgan *Unser Wort* stützen. Es wurde nach Deutschland eingeschmuggelt und beispielsweise in Berlin vervielfältigt.

Wie Oskar Hippe, ein führendes Mitglied der Gruppe, berichtete, stellte die Berliner LO etwa 300 bis 400 kleinformatige Fotoabzüge von jeder Zeitungsseite her und verkaufte die Reproduktionen zusammen mit einem einfachen Vergrößerungsglas der Warenhauskette Woolworth an interessierte Kontakte.

Kurs auf eine neue Partei

Offensichtlich konnte die LO in den ersten Monaten der Nazi-Diktatur die durch Verhaftungen entstandenen Lücken teilweise wieder schließen. Sie vermochte sogar kurzzeitig, neue Kräfte vor allem aus SPD und KPD zu gewinnen. Dadurch war trotz des NS-Terrors die Funktionsfähigkeit der LO zunächst relativ gut gesichert, aber die politische Verständigung über die neue Lage stand noch aus.

Zur gleichen Zeit, als die Mehrheit der LO auf ihrer Reichskonferenz den Kurs auf eine neue Partei ablehnte, hatte Trotzki für die Vorbereitung einer neuen kommunistischen Partei plädiert. Die kampfflose Niederlage der KPD im Frühjahr 1933, die er mit der politischen Kapitulation der SPD zu Beginn des Ersten Weltkriegs verglich, bedeute ihr Ende als revolutionäre Partei.

Für die Internationale Linke Opposition stand nun nicht mehr die bisher angestrebte „Reform“ der Komintern, sondern der Aufbau einer neuen, keineswegs als „trozkistisch“ verstandenen Internationale auf der Tagesordnung.

Der Bruch der ILO mit ihrer bisherigen Orientierung und die Wende zum Aufbau neuer revolutionärer Parteien und einer neuen Internationale führten zu Namensänderungen. Seit Herbst 1933 nannte sich die LO Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD), die ILO hieß seitdem Liga der Kommunisten-Internationalisten (LKI).

In dieser Phase war die SAP ein enger Bündnispartner. Aber noch bevor die damaligen Vereinigungsverhandlungen zwischen SAP und ILO/LKI bzw. SAP und LO/IKD endgültig scheiterten, legte das Auslandskomitee der LO/IKD mehr Wert als bisher darauf, die eigene Organisation in der Öffentlichkeit herauszustellen.

So erregten die Übertritte der ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Maria Reese sowie der promi-

nenen Altkommunisten Karl Friedberg (d. i. Karl Retzlau) und Erich Wollenberg zur IKD einiges Aufsehen.

Entscheidende Schläge

Abgesehen von den schweren Verlusten in den ersten Monaten nach der Machtübergabe an die Nazis war die Linke Opposition und spätere IKD zunächst weitgehend vor weiteren Verhaftungen verschont geblieben.

Aber von November 1935 bis Ende 1936 – im Laufe eines Jahres – waren die Strukturen des innerdeutschen IKD praktisch zerschlagen worden. Nach dieser Verhaftungswelle verfügte die IKD seit Anfang 1937 nur noch über zwei intakte Gruppen, die eine in Berlin-Charlottenburg, die andere in Dresden. In weiteren Städten standen lediglich einzelne Mitglieder noch in Kontakt mit dem Auslandskomitee.

Die Verhafteten mussten teilweise eine mehrjährige Untersuchungshaft ertragen, während der die Gestapo durch Folterung weitere Informationen über die IKD zu erpressen versuchte. Die Anklagen wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ dienten als Grundlage für die Verhängung meist hoher Gefängnis- oder Zuchthausstrafen.

Für viele Opfer der NS-Justiz war nach der Verbüßung ihrer Haftstrafen der Leidensweg nicht beendet. Vor allem die Widerstandskämpfer*innen, die die Gestapo als Leitungsmitglieder der IKD identifizieren konnte, wurden danach in Konzentrationslager in „Schutzhäft“ überführt.

Eine nicht bekannte Zahl von linksoppositionellen Kommunisten wurde in der Gefangenschaft durch Nazis ermordet, teilweise wie im Falle Werner Scholems mit Unterstützung von Stalinisten. Viele der Verurteilten mussten während des Zweiten Weltkriegs im Strafbataillon 999 Kriegsdienst leisten. Nach Schätzung des Auslandskomitees waren 1940 mindestens 150 IKD-Mitglieder Gefangene des Regimes.

Versuch einer Bilanz

Welches Resümee können wir ziehen? Die ersten drei Jahre des organisierten deutschen „Trozkismus“ waren geprägt von der scharfen Krise der Arbeiter*innenbewegung. Anfang 1933 schlugen die Nazis die deutsche Arbeiter*innenbewegung vernichtend.

Das politische Versagen der sozialdemokratischen II. und der stalinistischen III. Internationale (Komintern) war offenkundig geworden. Die bedeutendste sozialdemokratische und die größte kommunistische Partei der damaligen kapitalistischen Welt wollten keine Einheitsfront gegen den Faschismus bilden. Auch die deutschen Gewerkschaften hatten kampfflos kapituliert.

SPD und KPD hatten die politische Spaltung und Lähmung der Arbeiterbewegung zu verantworten, die direkt in die verheerende Kapitulation von 1933 führte. Sie ermöglichte nicht nur die blutige faschistische Diktatur, sondern auch den Triumph des stalinistischen Terrorregimes.

Dies war eine historische Niederlage, die bis heute nachwirkt.

Die Linke Opposition konnte diese katastrophalen Entwicklungen nicht verhindern, aber sie skizzierte eine realistische Alternative zum ideologisch begründeten Versagen der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteiführungen. Eine Alternative, deren Grundgedanken auch für den heutigen Kampf gegen den Faschismus und dessen kapitalistischen Nährboden sehr aktuell sind.

Die Geschichte von LO (und IKD) ist ein konkreter Beleg für die oft unterschätzte oder gar missachtete Funktion kleiner Organisationen. Zum einen als sensible Seismographen sich ankündigender gesellschaftlicher und politischer Veränderungen. Zum anderen als Zentren praktischen politischen Widerstands, der keinen Vergleich zur Wirksamkeit von parlamentarisch orientierten und bürokratisierten Massenparteien zu scheuen braucht.

* Dieser Artikel ist zuerst in der Theoriebeilage zu *Avanti*² Nr. 67 von März 2020 veröffentlicht worden. Er beruht auf der überarbeiteten Fassung eines Referats des Autors auf der Gelsenkirchener Tagung zum Widerstand linker Kleinorganisationen gegen den Nationalsozialismus am 28. Februar 2004. Dieses ist ungekürzt in *Inprekorr*, Nr. 396/397 von November/Dezember 2004 veröffentlicht worden.

Soweit nicht anders angegeben beruht die Darstellung auf Wolfgang Alles, *Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930*, Köln 1994 (2. Auflage). Alle Zitate ohne Quellenangabe sind dieser Untersuchung entnommen.

Fortsetzung von Seite 64

chern, um Freunde zu finden, die sie unterbringen konnten. Daniel Bensaïd und Henri Weber waren bei Marguerite Duras gelandet, ich wurde bei Lucienne Hamon und dann bei Michel Piccoli und Juliette Gréco, rue de Verneuil, untergebracht. Ich hatte Michel Piccoli bei Treffen kennengelernt, die von Michel Rotman organisiert wurden, einem unserer führenden Genossen, der mit Künstlerkreisen auf vertrautem Fuß stand. Der Kontakt war recht unkompliziert gewesen, denn Piccoli war auf alles neugierig. Wie Sartre und viele andere wollte er sich in den siebziger Jahren aktiver engagieren und stellte sogar seinen Beruf infrage. Im Gegensatz zum Vorgehen der Maoisten gegenüber den ihnen nahestehenden Künstlern, rieten wir ihm davon ab, „vor die Fabriktoore“ zu gehen. Jeder sollte eine konstruktive Rolle entlang seiner Fähigkeiten spielen können. Wiederholt besuchte er uns im Bistro der Impasse Guéménée. Wir tranken ein Glas zusammen im hinteren Teil des Raumes, vor dem Chef und den Gästen, die über die Gesellschaft erstaunt waren, in der sie sich befanden. Michel Piccoli teilte natürlich nicht alle unsere Positionen, hatte aber drei Jahre später erneut die Gelegenheit, uns einen Gefallen zu tun. Die Ligue wollte einen Kredit aufnehmen, um eine Druckerpresse zu kaufen, mit der wir die rouge als Tageszeitung produzieren konnten. Trotz der Vorbehalte seines Bankiers bürgte er für den Kredit und brachte als Sicherheit ein Atelier ein, das er in der Rue Monsieur-le-Prince besaß. Durch sein Vertrauen und seine Großzügigkeit entstand damals die Druckerei Rotographie, die noch heute in Betrieb ist.“

aus: Alain Krivine, *Ça te passera avec l'âge*

■ Übersetzung: MiWe

Sein aufmerksames Lächeln wird uns fehlen

Daniel Michel Piccoli: Erinnerungen an einen nicht nur politischen Freund anlässlich seines Todes am 12. Mai 2020.

■ Philippe Cyrroulnik

Es sind vor allem die Rollen eines Schauspielers, die ihn zu dem machen, was er ist. Ein Mime, seine Darstellungskraft und seine Kunst, eine Person, einen Gedanken zu verkörpern. Und sein Beitrag, mit dem er das Gemeinwesen mitgeprägt hat. Michel Piccoli starb vor etwas mehr als einer Woche in einem mehr als ehrwürdigen Alter.

In der Nachkriegszeit stand Piccoli dem PCF (dt. KPF) lange Zeit recht nahe. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre ergriff ihn voll und ganz der „Hauch der Rebellion“, der von Berkeley bis Warschau, von Prag bis Hanoi, von Paris bis Santiago und von Athen bis Algier über Europa und die Welt wehte. Eng verbunden mit seinen kulturellen Ambitionen waren es seine politischen und ethischen Ansprüche, die ihn dazu veranlassten, sich über seine Rolle als Sympathisant der KP hinaus zu radikalisieren und sich eine Zeitlang im Rahmen eines „roten Komitees“ an den Aktivitäten der Ligue (die damalige Sektion der IV. Internationale in Frankreich) zu beteiligen. Daniel Bensaïd geht darauf in seinem Buch *Une lente impatience (Ein ungeduldiges Leben)*, LAIKA-Verlag, 2016. Siehe Anhang I) ein. Piccoli begleitete uns damals bei einer Reihe von Solidaritätskampagnen.

Als die Aussicht auf eine Revolution aus der unmittelbaren Reichweite geriet und stattdessen die triste Zeit der Misserfolge und die noch ungewissere Zeit des Widerstands begannen, überkam ihn die Ernüchterung und er zog sich in das besser überschaubare Terrain des „Sozialismus des Machbaren“ zurück. Dieses „Machbare“ stand Pate für viele Irrungen und Wirrungen, von denen sich einige nicht mehr erholt haben. Zweifellos vollzog auch Piccoli diesen Rückzug, aber er verlor nicht sein Gewissen und sein Engagement gegen soziale Ungleichheit.

Dieses Engagement begleitete ihn in seinem Theater- und Filmleben bis zuletzt. Er wollte stets beide Seiten des Schauspiels miteinander verbinden, im Theater und beim Film: anspruchsvoll für alle und zugleich volkstümlich auf hohem Niveau. Er wirkte im neuen Filmkonzept von Claude Sautet mit und war zugleich Hauptdarsteller in

Godards *Die Verachtung*. Im Theater spielte er unter der Regie von Marcel Bluwal und Patrice Chéreau, Luc Bondy, André Engel und Peter Brook oder Bob Wilson, lauter Namen, die neben vielen anderen für einige der Sternstunden des Theaters des 20. Jahrhunderts stehen.

Im Film verweigerte er sich konsequent allem Schund. Kino, das waren für ihn Alain Clément, Jean Pierre Melville, Costa Gavras, Youssef Chahine und auch Luis Buñuel, Jacques Rozier, Agnès Varda, Leo Carax, Marco Ferreri oder Manuel de Oliveira und andere.

Michel Piccoli ist in die Geschichte von Film und Theater, aber auch in unsere Geschichte eingegangen, weil er einer der Menschen war, für die Theater und Film nicht nur der Unterhaltung dienen, sondern auch einen Hauch von Einsicht und Verständnis in die Niederungen des Alltags bringen und die Fiktion zum Vergnügen und zur Waffe machen sollten.

Alain Krivine, dem er anvertraute, dass er die Schauspielerei aufgeben wolle (siehe u. Anhang II), um an der Seite der Ausgebeuteten zu arbeiten und zu kämpfen, hatte ihm geantwortet, dass große Schauspieler genauso gebraucht würden. Er hat sein Engagement weiter hochgehalten und erreicht, dass Kino manchmal wie ein Molotow-Cocktail ist, der die falsche Sentimentalität und den Zeitgeist aufrüttelt und zum Elixier für Ungehorsam und Unangepasstheit wird.

Jetzt, wo sich der Vorhang vor seinem Leben gesenkt hat, rufen wir ihm zu: „Danke, Michel! Hasta siempre, Genosse Piccoli!“

„Nach der Demonstration liefen wir zurück zur Impasse Guéménée. [dort befand sich damals die Zentrale der Ligue] Überraschung: Michel Piccoli langweilte sich auf einer Bank am Ende des leeren Saals. Damals hielt die Ligue bei ihm Sitzungen zum Bulletin Télé 7-Rouge ab, das sich an das Personal von Radio und Fernsehen richtete. Angeschlagen durch die jüngsten Ereignisse, wollte er sich mehr engagieren. Er dachte sogar darüber nach, ein Fulltimer der Ligue zu werden.“

aus: Daniel Bensaïd, *Ein ungeduldiges Leben*

„Die Ligue war wieder einmal für „nicht legal“ erklärt worden. Ihre Hauptverantwortlichen, die mehr oder weniger von der Polizei gesucht wurden, blätterten damals in ihren Adressbü-

Fortsetzung auf Seite 63